

**Informationsbroschüre
für die Empfänger
von Direktzahlungen
über die anderweitigen Verpflichtungen
(Cross Compliance)
Ausgabe 2006**



**Niedersächsisches Ministerium für
den ländlichen Raum, Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Diese Broschüre enthält wichtige Informationen über die anderweitigen Verpflichtungen (Cross-Compliance), die die Empfänger von Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 unbedingt zu beachten haben. Deren Inhalte wurden von einer Bund-/Länder-Arbeitsgruppe erstellt und von hier um landesspezifische Regelungen ergänzt.

Die Broschüre dient der allgemeinen Information und ersetzt nicht eine gründliche Auseinandersetzung mit den aktuellen, für jeden Betrieb verbindlichen Rechtsvorschriften. Insbesondere sind Direktzahlungsempfänger verpflichtet, sich über gegebenenfalls eintretende Rechtsänderungen nach Redaktionsschluss und damit verbundenen Änderungen der anderweitigen Verpflichtungen zu informieren. Für 2006 sind bspw. Änderungen in den Bereichen Düngerverordnung, Viehverkehrsverordnung, JGS-Anlagenverordnungen der Länder, Direktzahlungen-Verpflichtungsverordnung zu erwarten. Entsprechende Informationen werden über die landwirtschaftliche Fachpresse zur Verfügung gestellt.

Kapitel IV Nr. 1 dieser Broschüre betrifft die Bereiche Vogelschutz- und FFH-Richtlinie. Dieses gibt die Ergebnisse der Bund-/Länder-Arbeitsgruppe wieder und ist lediglich hinsichtlich der jagdrechtlichen Vorgaben um landesspezifische Vorschriften ergänzt worden. Weitere Ausführungen des Niedersächsischen Umweltministeriums zu landesspezifischen Regelungen für den Bereich Vogelschutz- und FFH-Richtlinie befinden sich in Anlage 3 dieser Broschüre.

Inhalt

I	EINLEITUNG	4
II	ERHALTUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER FLÄCHEN IN GUTEM LANDWIRTSCHAFTLICHEN UND ÖKOLOGISCHEN ZUSTAND	5
1	Erosionsvermeidung	5
2	Erhaltung der organischen Substanz im Boden und der Bodenstruktur	5
2.1	Einhaltung eines Anbauverhältnisses, das mindestens drei Kulturen umfasst	5
2.2	Humusbilanz	6
2.3	Bodenumusuntersuchung	6
3	Instandhaltung von aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen	7
4	Landschaftselemente	7
III	DAUERGRÜNLANDERHALTUNG	8
1	Definition von Dauergrünland	8
2	Regelungen zum Erhalt des Dauergrünlandes	8
IV	GRUNDANFORDERUNGEN AN DIE BETRIEBSFÜHRUNG	10
1	Regelungen für den Bereich Vogelschutzrichtlinie und FFH-Richtlinie	10
1.1	Vogelschutzrichtlinie	10
	Allgemeine Regelung	10
	Besonderheiten für Schutzgebiete	10
	Jagd- und Fangverbote	11
	Jagdgenehmigung	11
	Jagdmethoden	11
1.2	FFH-Richtlinie	11
	Besonderheiten für Schutzgebiete	11
	Geschützte Pflanzenarten	11
	Jagdgenehmigung und Jagdmethoden	12
	Ansiedlung nichtheimischer Pflanzenarten	12
2	Grundwasserrichtlinie	12
3	Klärschlammrichtlinie	12
3.1	Grundlagen der Aufbringung	12
3.2	Anwendungsge- und -verbote	13
4	Nitratrichtlinie	14
4.1	Vorgaben für die Düngung mit stickstoffhaltigen Düngemitteln	14
4.2	Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist und Silagesickersäften	16
5	Regelungen zur Tierkennzeichnung und -registrierung	16
5.1	Registrierung von Betrieben mit Rindern, Schweinen, Schafen und/oder Ziegen	17
5.2	Kennzeichnung und Registrierung von Tieren	17
5.2.1	Rinder	17
5.2.1.1	Ohrmarken	17
5.2.1.2	Rinderpass	17
5.2.1.3	Bestandsregister	18
5.2.1.4	Zentrale Datenbank	18
5.2.2	Schweine	19
5.2.2.1	Ohrmarken	19
5.2.2.2	Bestandsregister	19
5.2.3	Schafe und Ziegen	19
5.2.3.1	Kennzeichnung	20
5.2.3.2	Bestandsregister	21
5.2.3.3	Begleitdokument	21

6	Pflanzenschutzmittelrichtlinie	21
6.1	Anwendungsbestimmungen	22
6.2	Anwendungsverbote und -beschränkungen	22
6.3	Bienenschutz	22
6.4	Dokumentation	22
7	Lebens- und Futtermittelsicherheit	23
7.1	Vorgaben zur Futtermittelsicherheit	23
	Produktion sicherer Futtermittel	23
	Information der Behörden, Rückruf und Rücknahme von Futtermitteln	23
	Rückverfolgbarkeit	23
	Anforderungen an die Futtermittelhygiene	24
7.2	Vorgaben zur Lebensmittelsicherheit	24
	Produktion sicherer Lebensmittel	24
	Information der Behörden, Rückruf und Rücknahme von Lebensmitteln	25
	Rückverfolgbarkeit	25
	Anforderungen an die Lebensmittelhygiene	25
	Milcherzeugung	26
	Eierzeugung	27
8	Richtlinie über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe in der tierischen Erzeugung	28
9	Verfütterungsverbot	29
9.1	Verfütterungsverbote bestimmter Futtermittel	29
9.2	Generelle Ausnahmen vom Verfütterungsverbot	29
9.3	Behördliche Ausnahmen vom Verfütterungsverbot	29
10	Tierseuchen	30
10.1	Meldung von Tierseuchen	30
10.2	Weitere Tierhalterpflichten	31
V	KONTROLL- UND SANKTIONSSYSTEM	33
1	Kontrolle	33
1.1	Systematische Kontrolle	33
1.2	Weitere Kontrollen (Cross Checks)	33
2	Bewertung eines Verstoßes gegen die anderweitigen Verpflichtungen	33
3	Sanktionshöhe	34
VI	ANLAGEN	37
1	Humusbilanz und Bodenhumusuntersuchung	37
1.1	Grenzwert für die Humusbilanz	37
1.2	Grenzwerte für den Erhalt der organischen Substanz im Boden bei der Bodenhumusuntersuchung	37
2	Grundanforderungen an die Betriebsführung	44
3	Ausführungen zu landesspezifischen Regelungen für den Bereich Vogelschutzrichtlinie und FFH-Richtlinie	46
4	Musterformular Nährstoffvergleich	48
5	Musterformular für mehrjährigen betrieblichen Nährstoffvergleich	50
6	Wesen, Weiterverbreitung und klinisches Erscheinungsbild der einzelnen Tierkrankheiten/Tierseuchen	51
VII	GLOSSAR	55
1	Begriffsbestimmungen	55
2	Relevante Rechtsvorschriften	57

I EINLEITUNG

Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003¹ wird die Gewährung von Direktzahlungen ab dem Jahr 2005 auch an die **Einhaltung von Vorschriften in den Bereichen Umwelt, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit sowie Tiergesundheit und Tierschutz** (Cross Compliance) geknüpft. Damit wird die Einhaltung dieser anderweitigen Verpflichtungen Teil der Regelungen der Gemeinsamen Marktorganisationen, indem Verstöße gegen diese Vorschriften zu einer Kürzung der Direktzahlungen führen. Eine detaillierte Beschreibung des Kontroll- und Sanktionssystems finden Sie in Kapitel V.

Die Cross Compliance-Regelungen umfassen:

- ▶ Regelungen zur Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand,
- ▶ Regelungen zur Erhaltung von Dauergrünland,
- ▶ 19 einschlägige, schon bestehende EU-Regelungen.

Die Einführung von Cross Compliance bezüglich der 19 EU-Regelungen erfolgt in **drei Schritten zwischen den Jahren 2005 und 2007**:

- ▶ **Ab dem 01.01.2005** wurde mit Umweltregelungen zu Vogelschutz und Flora-Fauna-Habitat sowie in den Bereichen Grundwasserschutz, Klärschlamm, Nitrat sowie den Regelungen und Vorschriften zur Tierkennzeichnung begonnen.
- ▶ **Ab dem 01.01.2006** werden die Mindestanforderungen auf die Bereiche Pflanzenschutz, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit sowie Tiergesundheit ausgedehnt.
- ▶ **Ab dem 01.01.2007** werden in einem letzten Schritt auch Tierschutzregelungen Bestandteil von Cross Compliance.

Die Regelungen zur Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand sowie die Regelungen zur Erhaltung von Dauergrünland gelten dagegen seit **dem 01.01.2005**.

Die wesentlichen Bestimmungen zu den Cross Compliance-Verpflichtungen finden sich in der Ratsverordnung (EG) Nr. 1782/2003, der EG-Durchführungsverordnung (EG) Nr. 796/2004², dem

Direktzahlungen-Verpflichtungengesetz³ sowie der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung⁴.

Die Cross Compliance Regelungen gehen von einem gesamtbetrieblichen Ansatz aus. Dies bedeutet, dass ein Betrieb, der Direktzahlungen erhält, in allen Produktionsbereichen (z. B. Ackerbau, Viehhaltung, Gewächshäuser, Sonderkulturen) und allen seinen Betriebsstätten, auch wenn diese in unterschiedlichen Bundesländern liegen, Cross Compliance-Verpflichtungen einhalten muss. Dabei ist es unerheblich, in welchem Umfang Flächen oder Betriebszweige bei der Berechnung der Direktzahlungen berücksichtigt wurden.

Beispiel: Ein Weinbaubetrieb, der auch Ackerflächen (siehe Glossar) bewirtschaftet und hierfür Direktzahlungen erhält, muss die Cross Compliance Anforderungen auch auf seinen Rebflächen einhalten. Beispielsweise kann ein Verstoß gegen Pflanzenschutzbestimmungen auf den Rebflächen zu einer Kürzung der Direktzahlungen führen.

Cross Compliance ersetzt nicht das deutsche Fachrecht. Deshalb sind neben den dargestellten Cross Compliance-Verpflichtungen die bestehenden Verpflichtungen, die sich aus dem nationalen Fachrecht ergeben, auch weiterhin einzuhalten, selbst wenn sie die Cross Compliance-Anforderungen übersteigen. Ahndungen nach dem deutschen Fachrecht (Ordnungswidrigkeiten) erfolgen unabhängig und gegebenenfalls zusätzlich zu Kürzungen der EU-Direktzahlungen.

Beispiel: Ein Betrieb, der bei der Düngung mit Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft die 170 kg N-Grenze nicht einhält, verstößt sowohl gegen die EG-Nitratrichlinie (Cross Compliance relevant) als auch gegen die Düngeverordnung (deutsches Fachrecht). Dagegen wird ein Verstoß gegen die Aufbringungsvorgaben von Phosphat allein nach deutschem Fachrecht geahndet. Dies führt jedoch nicht zur Kürzung der Direktzahlungen, da diese Vorgabe nicht Bestandteil der EG-Nitratrichlinie ist.

Verstöße gegen das deutsche Fachrecht lösen nur dann eine Kürzung der EU-Direktzahlungen aus, wenn gleichzeitig auch gegen die Cross Compliance-Verpflichtungen verstoßen wird.

II ERHALTUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER FLÄCHEN IN GUTEM LANDWIRTSCHAFTLICHEN UND ÖKOLOGISCHEN ZUSTAND

Betroffen sind alle Direktzahlungsempfänger

In der **Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung** sind die Grundsätze der Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand geregelt. Damit kommt Deutschland der Verpflichtung nach, konkrete Anforderungen zu den Bereichen „Bodenschutz“, „Instandhaltung von Flächen“ und „Landschaftselemente“ vorzuschreiben. Alle Landwirte, die Direktzahlungen beziehen, müssen diese einhalten. Folgende Anforderungen sind in der Verordnung geregelt:

1 Erosionsvermeidung

Als Erosionsschutzmaßnahmen sind vorgeschrieben:

- **Mindestens 40 % der Ackerflächen** (siehe Glossar) eines Betriebes müssen in der Zeit **vom 1. Dezember bis 15. Februar** entweder mit Pflanzen bewachsen sein oder die auf der Oberfläche verbleibenden Pflanzenreste dürfen nicht untergepflügt werden.

Beispiel: Baut ein Betrieb mehr als 40 % Wintergetreide oder Winterfrüchte / Winterzwischenfrüchte / mehrjährige Kulturen an und hat er diese vor dem 1. Dezember eingesät, erfüllt er die Verpflichtung. Auch wenn keine Winterung angebaut wird (z.B. Herbstsaat von Zwischenfrüchten wie Senf oder Phacelia), aber auf 40 % der Flächen die Erntereste nicht vor dem 15. Februar des Folgejahres untergepflügt werden (z.B. Abfrieren der Zwischenfrüchte und Verbleib der Pflanzenreste auf der Fläche), ist die Vorgabe erfüllt.

Die Landwirtschaftskammer kann Ausnahmen von dieser Verpflichtung in Gebieten mit geringer Erosionsgefahr oder aus witterungsbedingten Gründen (bspw. Winteraussaat nach dem 1.12. aufgrund nasser Zuckerrübenenerntebedingungen) zulassen.

- Die **Beseitigung von Terrassen** ist **verboten**. Terrassen sind von Menschen angelegte, lineare Strukturen in der Agrarlandschaft, die dazu bestimmt sind, die Hangneigung von Nutzflächen zu verringern.

Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann die Beseitigung einer Terrasse genehmigen, so

weit der Beseitigung keine Gründe des Erosionsschutzes entgegenstehen.

2 Erhaltung der organischen Substanz im Boden und der Bodenstruktur

Um die organische Substanz im Boden und die Bodenstruktur zu erhalten, ist ein Anbauverhältnis mit mindestens drei Kulturen sicherzustellen. Falls die Vorgaben zum Anbauverhältnis nicht eingehalten werden, muss entweder jährlich eine **Humusbilanz erstellt werden** oder der Bodenhumusgehalt mit Hilfe von **Bodenproben untersucht werden**.

2.1 Einhaltung eines Anbauverhältnisses, das mindestens drei Kulturen umfasst

Jede Kultur muss **mindestens 15 %** der Ackerfläche bedecken. Weist ein Betrieb mehr als drei Kulturen auf, kann durch Zusammenfassung mehrerer Kulturen der Mindestflächenanteil von 15 % erreicht werden. Stilllegungsflächen sind eine eigenständige Kulturart, wenn sie den Mindestanteil von 15% erreichen. Ansonsten können sie nach der Zusammenfassungsregelung einer anderen Kulturart zugeschlagen werden.

Ackerflächen, auf denen Dauerkulturen oder mehrjährige Kulturen (siehe Glossar) angebaut werden, können aufgrund ihrer Mehrjährigkeit nicht in die Fruchtfolge integriert werden und sind deshalb von den Fruchtfolgevorgaben ausgenommen. Somit werden bei der Berechnung der Kulturanteile an der Fruchtfolge sowie bei der Humusbilanz **mehrfürjährige Kulturen** (z.B. Spargel) und Dauerkulturen **nicht** berücksichtigt. Auf diesen Flächen muss auch keine Bodenhumusuntersuchung durchgeführt werden. Gleiches gilt für Dauergrünland und Dauerkulturen.

Als eigenständige Kultur im Sinne dieser Vorschrift gelten alle Kulturarten, sodass unterschiedliche Getreidearten als eigenständige Kultur gezählt werden. Sommerkulturen und Winterkulturen gelten ebenfalls als eigenständige Kultur ebenso wie stillgelegte Flächen (obligatorisch und freiwillig aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommene Flächen). Verschiedene Gemüse- (z.B. Weißkraut, Karotten)

und Salatarten (z.B. Kopfsalat, Feldsalat) sind ebenfalls als eigenständige Kulturen zu werten.

Sommer- bzw. Wintermenggetreide gelten als eigenständige Kulturen, wenn aufgrund der Mischungsanteile tatsächlich von einem Gemenge gesprochen werden kann. Gemengemischungen, bei denen eine Pflanzenart deutlich überwiegt, sind dagegen nicht als eigenständige Kulturen einzustufen und demzufolge der Kultur zuzuordnen, die den Hauptbestandteil des Gemenges ausmacht.

Die Unterscheidung der Kulturen erfolgt nach pflanzenbaulichen Aspekten und nicht nach der Verwendung der Ernteprodukte. Demzufolge gelten z.B. Silo- und Körnermais als Mais, Stärke- und Pflanzkartoffeln als Kartoffel, NaWaRo-Winterraps und Konsum-Winterraps als Winterraps oder Back-, Futter- und Energie-Winterweizen als Winterweizen.

Zwischenfrüchte oder Untersaaten gelten nicht als Kultur im Sinne dieser Verordnung.

Hinweis: Ein Landwirt, der auf seiner Betriebsfläche in einem Jahr nur eine oder zwei Kulturen anbaut, in den nächsten zwei Folgejahren jedoch andere Kulturen im Wechsel, erfüllt die Vorgaben an das Anbauverhältnis, da er auf der einzelnen Fläche eine Fruchtfolge einhält (überjährige Fruchtfolge).

Baut ein Landwirt nur eine oder zwei Kulturen an, bewirtschaftet aber jedes Jahr andere Flächen im Wechsel mit anderen Betrieben, die andere Kulturen angebaut haben, so erfüllt dieser Landwirt ebenfalls die Vorgaben bezüglich des Anbauverhältnisses, da zwar nicht auf betrieblicher Ebene, jedoch **auf der jeweiligen Fläche eine Fruchtfolge** eingehalten wurde (Flächentausch).

Der Nachweis obliegt im Zweifelsfall dem Antragsteller.

2.2 Humusbilanz

Die Humusbilanz ist für den Gesamtbetrieb bis zum 31. Dezember des jeweiligen Jahres zu erstellen.

In der Humusbilanz werden Zufuhr und Abbau der organischen Substanz einander gegenübergestellt. Die Humusbilanz darf im Durchschnitt von drei Jahren **nicht unter einen Wert von minus 75 kg Humuskohlenstoff (Humus-C) pro Hektar und Jahr** absinken. Wie eine solche Humusbilanz erstellt werden kann, wird in Anlage 1 an Hand eines Rechenbeispiels beschrieben. Liegt der bilanzierte Wert

im Durchschnitt der letzten drei Jahre unter dem genannten Grenzwert, besteht die **Verpflichtung, an einer Beratungsmaßnahme teilzunehmen**. Diese muss Möglichkeiten aufzeigen, wie die Humusbilanz bzw. der Bodenhumusgehalt verbessert werden kann. Spätestens im zweiten darauf folgenden Jahr (z.B. in 2009, wenn der Durchschnittswert aus 2005-2007 den Grenzwert unterschreitet) muss der Landwirt durch eine Humusbilanz nachweisen, dass seine Ackerflächen durch Anpassung der Bewirtschaftung den vorgegebenen Grenzwert der Humusbilanz (- 75 kg Humus-C/ha und Jahr) nicht unterschreiten.

2.3 Bodenhumusuntersuchung

Bei Wahl dieser Alternative müssen zum Zeitpunkt der Kontrolle die Ergebnisse von Bodenhumusuntersuchungen, die nicht älter als 6 Jahre sein dürfen, vorliegen. Die Untersuchung des Bodenhumusgehaltes mit Hilfe von Bodenproben muss somit mindestens alle 6 Jahre erneut durchgeführt werden.

Die Bodenuntersuchung ist nach wissenschaftlich anerkannten Methoden durchzuführen.

Die Bodenuntersuchung muss ergeben, dass der vorgegebene **Grenzwert von 1 % Humus auf Böden** mit weniger als 13 % Tongehalt bzw. **1,5 % Humus auf Böden** mit mehr als 13 % Tongehalt nicht unterschritten wird. Bei Unterschreitung des Grenzwertes besteht auch hier die Pflicht zur Teilnahme an einer Beratungsmaßnahme und zur Erstellung einer Humusbilanz spätestens im zweiten darauf folgenden Jahr. Hierdurch kann nachgeprüft werden, ob der Landwirt seine Bewirtschaftung umgestellt hat, um den Gehalt der organischen Substanz im Boden nicht weiter absinken zu lassen. Wenn in diesem Fall die Humusbilanz ergibt, dass der Humuskohlenstoff (Humus-C) pro Hektar und Jahr nicht unter einem Wert von minus 75 kg liegt, sind die Anforderungen erfüllt.

Sowohl die Humusbilanzen als auch die Ergebnisse der Bodenproben sind mindestens **7 Jahre** ab dem Zeitpunkt der jeweiligen Erstellung **aufzubewahren**.

- Zusätzlich gilt ein Verbot für das **Abbrennen von Stroh auf Stoppelfeldern**.

Aus phytosanitären Gründen kann die Landwirtschaftskammer Ausnahmen vom Verbrennungsverbot genehmigen. Zu beachten ist, dass auch eine Genehmigung nach Naturschutzrecht erforderlich sein kann, die von der unteren Naturschutzbehörde oder ebenfalls von der Landwirtschaftskammer im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde erteilt wird (§ 37 Abs. 2 und 5 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes (NNatG)).

3 Instandhaltung von aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen

Zur Instandhaltung von aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen gelten unterschiedliche Vorgaben, je nachdem, ob es sich um aus der Erzeugung genommene Acker- oder Dauergrünlandflächen handelt:

- **Ackerflächen**

Obligatorisch stillgelegte oder freiwillig aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommene Ackerflächen sind zu begrünen oder es ist eine Selbstbegrünung zuzulassen.

Der Aufwuchs ist zu zerkleinern und ganzflächig zu verteilen (Mulchen oder Häckseln) oder zu mähen und das Mähgut abzufahren.

Hinweis: Auf obligatorisch stillgelegten Flächen ist das Abfahren des Mähgutes nicht erlaubt.

- **Dauergrünlandflächen**

Auf nicht mehr landwirtschaftlich genutzten Dauergrünlandflächen ist der Aufwuchs mindestens einmal jährlich zu zerkleinern und ganzflächig zu verteilen (Mulchen oder Häckseln) oder mindestens alle zwei Jahre zu mähen und das Mähgut von der Fläche abzufahren.

Aus besonderen Gründen des Natur- oder Umweltschutzes kann die Landwirtschaftskammer im Benehmen mit der unteren Naturschutzbehörde jedoch Ausnahmen von diesen Vorschriften genehmigen.

Bei der Flächenbearbeitung von obligatorisch stillgelegten oder freiwillig aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenem Acker- und Dauergrünland müssen die Hauptbrut- und -aufzuchtzeiten von Wildtieren vom **1. April bis 15. Juli** berücksichtigt werden. In dieser Zeit dürfen diese **Flächen** deshalb **weder gemulcht noch gehäckselt oder gemäht werden**.

Sofern schädliche Auswirkungen auf den Naturhaushalt nicht zu besorgen sind, kann die Landwirtschaftskammer im Benehmen mit der unteren Naturschutzbehörde jedoch Ausnahmen genehmigen.

Im Gegensatz zur obligatorischen Stilllegung, die auf den Zeitraum vom 15. Januar bis 31. August beschränkt ist, gelten die Verpflichtungen zur Instandhaltung von aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen grundsätzlich das ganze Kalenderjahr, jedoch nur so lange, wie die Fläche nicht in Nutzung ist. Sobald eine freiwillig aus der land-

wirtschaftlichen Erzeugung genommene Fläche wieder genutzt wird (bspw. Nutzung des Aufwuchses zu Futterzwecken, Umbruch mit nachfolgender Ansaat zur Nutzung) gelten die Anforderungen an die Instandhaltung für diese Flächen nicht mehr. In diesem Fall ist dieses mindestens 3 Tage vor Aufnahme der Nutzung der Landwirtschaftskammer schriftlich anzuzeigen, sofern die Aufnahme der Nutzung innerhalb der Sperrfrist vom 01. April bis zum 15. Juli erfolgt.

4 Landschaftselemente

Landschaftselemente erfüllen wichtige Funktionen für den Umwelt- und Naturschutz. Aus Sicht der Artenvielfalt haben sie in der Agrarlandschaft häufig eine herausragende Bedeutung, indem sie besondere Lebensräume bieten. Gleichzeitig stellen sie eine Bereicherung des Landschaftsbildes dar.

Es ist daher verboten, folgende Landschaftselemente ganz oder teilweise zu beseitigen:

- **Hecken oder Knicks** ab einer Länge von 20 Metern

Definition: Lineare Strukturelemente, die überwiegend mit Gehölzen bewachsen sind.

- **Baumreihen**, die aus mindestens 5 Bäumen bestehen und eine Länge von mindestens 50 Metern aufweisen

Definition: Anpflanzungen von nicht landwirtschaftlich genutzten Bäumen in linearer Anordnung. Somit fallen Obstbäume und Schalenfrüchte nicht unter das Beseitigungsverbot.

- **Feldgehölze** mit einer Größe von mindestens 100 Quadratmetern bis höchstens 2 000 Quadratmetern

Definition: Überwiegend mit gehölzartigen Pflanzen bewachsene Flächen, die nicht der landwirtschaftlichen Erzeugung dienen; Flächen, für die eine Beihilfe zur Aufforstung oder eine Aufforstungsprämie gewährt worden ist, gelten nicht als Feldgehölze.

- **Feuchtgebiete** (siehe Glossar) mit einer Größe von höchstens 2 000 Quadratmetern

Definition: Biotope, die nach § 28 a Abs. 1 Nr. 1 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes (NNatG) geschützt und in das Verzeichnis nach § 31 Abs. 1 NNatG eingetragen sind.

- **Einzelbäume**, die nach landesrechtlichen Vorschriften als Naturdenkmale im Sinne des § 27 NNatG geschützt sind.

Bei Feldgehölzen und Feuchtgebieten gilt die Obergrenze von 2 000 Quadratmetern für jedes einzelne

Element, d.h. auf einem Schlag können mehrere Elemente vorkommen, die für sich jeweils die Obergrenze einhalten.

Grundsätzlich gilt, dass das Beseitigungsverbot für die Landschaftselemente **keine Pflegeverpflichtung** beinhaltet. Die ordnungsgemäße Pflege von Land-

schaftselementen ist keine Beseitigung. Die Landwirtschaftskammer kann im Benehmen mit der unteren Naturschutzbehörde die Beseitigung eines Landschaftselementes genehmigen.

Landschaftselemente sind im Gesamtflächen- und Nutzungsnachweis des Sammelantrages anzugeben.

III DAUERGRÜNLANDERHALTUNG

1 Definition von Dauergrünland

Für die Anwendung der Regelung ist die nachfolgende **Definition von Dauergrünland** von entscheidender Bedeutung:

Dauergrünland sind Flächen, die durch Einsaat oder auf natürliche Weise (Selbstaussaat) zum Anbau von Gras oder anderen Grünfütterpflanzen genutzt werden und mindestens 5 Jahre lang nicht Bestandteil der Fruchtfolge des Betriebes sind (5-Jahres-Regelung). Hierzu zählt auch der ununterbrochene Anbau von Klee, Klee gras, Luzerne, Gras und Klee-Luzerne-Gemischen bzw. das Wechselgrünland. Durch die 5-Jahres-Regelung kann jährlich neues Dauergrünland entstehen, indem ununterbrochen 5 Jahre Grünfütteranbau auf der betreffenden Fläche betrieben wird.

Nicht zur Dauergrünlandfläche gehören alle Kulturen, die jährlich bearbeitet werden. Somit sind alle einjährigen Kulturen wie Silomais ausgeschlossen. Auch Flächen, auf denen Gräseraatgut erzeugt wird, gehören nicht zum Dauergrünland.

2 Regelungen zum Erhalt des Dauergrünlandes

Die Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 verpflichtet die Mitgliedstaaten Dauergrünland zu erhalten. Diese Verpflichtung wird mit Hilfe eines **mehrstufigen Verfahrens** umgesetzt.

In Deutschland gilt die Einhaltung dieser Verpflichtung auf Länderebene. Jedes Bundesland hat jährlich auf der Grundlage der Anträge auf Direktzahlungen den Anteil des Dauergrünlands an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche zu ermitteln und der EU-Kommission mitzuteilen. Verglichen wird dieser jährlich neu ermittelte Wert mit einem **Basiswert**. Dieser errechnet sich aus dem Anteil der Dauergrünlandflächen des Jahres 2005, die bereits im Jahre 2003 Dauergrünland gewesen sind (zuzüglich sol-

cher Flächen, die im Antrag 2005 erstmals angegeben wurden und Dauergrünland sind) an der im Jahr 2005 von den Antragstellern angegebenen landwirtschaftlichen Fläche.

Je nachdem, wie sich der aktuelle Dauergrünlandanteil im Vergleich zum Basiswert verändert, gelten folgende Bestimmungen:

- ▶ Hat sich der jeweils aktuell ermittelte Dauergrünlandanteil gegenüber dem Basiswert um **weniger als 5 %** verringert, ergibt sich keine Verpflichtung für den einzelnen Landwirt.
- ▶ Hat sich dagegen der jeweils aktuell ermittelte Dauergrünlandanteil gegenüber dem Basiswert um **mindestens 5 %** verringert, ist das jeweilige Land verpflichtet, eine Verordnung zu erlassen, nach der der **Umbruch von Dauergrünland einer vorherigen Genehmigung** bedarf.
- ▶ Hat sich der jeweils aktuell ermittelte Dauergrünlandanteil gegenüber dem Basiswert
 - um **mehr als 8 %** verringert, kann,
 - um **mehr als 10 %** verringert, muss

das Land Direktzahlungsempfänger, die **umgebrochenes Dauergrünland** bewirtschaften, verpflichten, dieses **wieder einzusäen** oder auf anderen Flächen **Dauergrünland neu anzulegen**.

Sollten bereits im Jahr **2005** die Grenzwerte von 8 % bzw. 10 % überschritten werden, bezieht sich das Gebot Dauergrünland wieder anzusäen oder neu anzulegen auf alle Flächen, die zwischen dem Jahr 2003 und 2005 umgebrochen worden sind.

Werden die Werte im Jahr **2006 oder später** überschritten, sind die Landwirte, welche in den vorhergehenden 24 Monaten Dauergrünland umgebrochen haben, verpflichtet, das **in diesem 24-Monatszeitraum umgebrochene Dauergrünland wieder einzusäen** oder neu-

es **Dauergrünland** auf anderen Flächen **anzulegen**.

Ackerflächen, die im Rahmen von **Agrarumweltprogrammen** in Grünland umgewandelt und anschließend wieder zu Ackerland umgebrochen wurden, sind von dieser Wiederan-saatverpflichtung ausgenommen.

In Niedersachsen sind diese Grenzwerte bislang nicht überschritten worden. Daher gibt es für das Jahr 2006 auf der Ebene des einzelnen

landwirtschaftlichen Betriebes zunächst keine Vorgaben zur Erhaltung des Dauergrünlandes.

Hinweis: Naturschutzrechtlich besonders geschützte Lebensraumtypen des Grünlandes der FFH-Richtlinie, Lebensräume der Arten, die unter die FFH- und Vogelschutz-Richtlinie fallen, sowie weitere naturschutzrechtlich geschützte Flächen dürfen generell nicht umgebrochen werden.

Beispiel:

Berechnung des Dauergrünlandanteils im Zeitablauf auf der Ebene einer Region

Jahr	Dauergrünland in ha	LF insgesamt in ha	Anteil Dauer- grünland in %	Veränderung des Dau- ergrünlandanteils gegenüber 2003 in %
2003	300 000	1 000 000	30,0	-
2005	295 000	1 000 000	29,5	- 1,7
2006	280 000	975 000	28,7	- 4,3
2007	270 000	970 000	27,8	- 7,3
2008	250 000	960 000	26,0	- 13,3

Erläuterung:

- *Im Referenzjahr 2003 beträgt der Anteil des Dauergrünlands 30 % (Basiswert). Zur Ermittlung dieses Anteils wird die landwirtschaftliche Fläche des Jahres 2005 herangezogen. Dieser Basiswert ist in den Folgejahren jeweils mit dem aktuellen Anteil zu vergleichen.*
- *In den Jahren 2005 und 2006 ist der Dauergrünlandanteil geringfügig zurückgegangen. Der Anteil hat sich aber nur um 1,7 % bzw. 4,3 % verringert. Folglich hat das Land nichts zu veranlassen. Für den einzelnen Betrieb gelten damit weiterhin keine Vorgaben.*
- *Im Jahr 2007 wird ein Rückgang um 7,3 % festgestellt. Damit ist die Schwelle von 5 % überschritten. Das Land muss ein Genehmigungsverfahren für den Dauergrünlandumbruch einführen. Zukünftig benötigen Landwirte in dieser Region für den Umbruch von Dauergrünland eine Genehmigung.*
- *Im Jahr 2008 hat sich der Anteil des Dauergrünlands trotz des Genehmigungsverfahrens weiter verringert. Damit wären die Landwirte verpflichtet, die in den vorhergehenden 24 Monaten Dauergrünland umgebrochen haben bzw. solche Flächen bewirtschaften, das in diesem 24-Monatszeitraum umgebrochene Dauergrünland wieder einzusäen oder neues Dauergrünland auf anderen Flächen anzulegen.*

IV GRUNDANFORDERUNGEN AN DIE BETRIEBSFÜHRUNG

1 Regelungen für den Bereich Vogelschutzrichtlinie und FFH-Richtlinie

Betroffen sind alle Direktzahlungsempfänger

Verbote beziehen sich auf Maßnahmen, die im Rahmen der landwirtschaftlichen Tätigkeit (siehe Glossar) oder auf den landwirtschaftlichen Flächen (siehe Glossar) ausgeführt werden.

Die Grundanforderungen an die Betriebsführung leiten sich im Bereich Naturschutz aus der Vogelschutzrichtlinie⁵ sowie der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie⁶ ab, von denen bestimmte Artikel⁷ Cross Compliance relevant sind. Diese werden in Deutschland durch Bundes- und Landesrecht umgesetzt⁸.

Pläne und Projekte, die ein FFH- oder Vogelschutzgebiet erheblich beeinträchtigen könnten, sind vor ihrer Zulassung oder Durchführung durch die Genehmigungsbehörde auf ihre Verträglichkeit⁹ mit den Erhaltungszielen zu überprüfen. Weder innerhalb noch außerhalb von FFH- und Vogelschutzgebieten dürfen Pläne oder Projekte ausgeführt werden, die die für ein solches Gebiet festgelegten Erhaltungsziele erheblich beeinträchtigen könnten. Die Einhaltung ggf. erteilter Auflagen ist relevant für die anderweitigen Verpflichtungen; z.B. Auflagen der Baubehörde für Baumaßnahmen, die aus einer Verträglichkeitsprüfung resultieren. Um diesen Sachverhalt zu klären, sind bei einer Vor-Ort-Kontrolle für nach dem 1.1.2005 realisierte Projekte die Genehmigungen vorzulegen.

Ob z.B. bei einer Baugenehmigung zusätzlich eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchzuführen ist, entscheidet die für die Genehmigung jeweils zuständige Behörde im Einzelfall. Beispiele für genehmigungspflichtige Pläne und Projekte, die grundsätzlich einen Eingriff in Natur und Landschaft darstellen:

- Errichtung von Bauwerken,
- geländeverändernde Maßnahmen (Aufschüttungen, Abtragungen, Zuschüttungen),
- Veränderungen des Wasserhaushaltes (Entwässerung).

Ergänzende Ausführungen zu landesspezifischen Regelungen für den Bereich Vogelschutz- und FFH-Richtlinie sind Anlage 3 der Broschüre zu entnehmen.

1.1 Vogelschutzrichtlinie

Allgemeine Regelung

Die EU-Mitgliedstaaten sind zur Erhaltung und Wiederherstellung von Lebensräumen für alle europäischen wildlebenden Vogelarten in oder außerhalb von Schutzgebieten verpflichtet¹⁰. Konkrete Rechtspflichten ergeben sich für landwirtschaftliche Betriebe insbesondere aus:

- dem Beseitigungsverbot bestimmter Landschaftselemente¹¹
- dem gesetzlichen Biotopschutz¹²
- den Vorgaben der Eingriffsregelung¹³
- den Vorgaben des Artenschutzes. D. h. Nist-, Brut, Wohn- und Zufluchtstätten der europäischen Vogelarten dürfen ohne gesonderte Ausnahmegenehmigung weder beseitigt noch beschädigt werden¹⁴

Ordnungsgemäß durchgeführte Pflegemaßnahmen, durch die geschützte Lebensräume dauerhaft erhalten bleiben, sind zulässig.

In der Regel ist davon auszugehen, dass für die Erhaltung der Lebensräume der europäischen wildlebenden Vogelarten Hecken oder Knicks, Baumreihen, Feldgehölze, Feuchtgebiete (siehe Glossar) und Einzelbäume von besonderer Bedeutung sind, wie sie in Kapitel II Nr. 4 definiert werden. Darüber hinausgehende landesrechtliche Verbote der Zerstörung oder erheblichen Beeinträchtigung von Landschaftselementen (z.B. § 28 a Abs. 2, § 33 Abs. 1, § 37 NNatG) bleiben gleichwohl zu beachten.

Besonderheiten für Schutzgebiete¹⁵

Zum Erhalt der durch die Vogelschutzrichtlinie geschützten Vogelarten müssen die Mitgliedstaaten, in Deutschland die Bundesländer, die zahlen- und flächenmäßig geeignetsten Gebiete zu Vogelschutzgebieten erklären. In diesen sind zusätzliche Regelungen zu beachten, wenn diese beispielsweise in Form einer Schutzgebietsverordnung oder einer Einzelanordnung (siehe Glossar) erlassen wurden.

Solche zusätzlichen Regelungen können beispielsweise

- den Dünger- und Pflanzenschutzmitteleinsatz,
- den Mahdzeitpunkt,
- das Umbruchverbot von Grünlandflächen,
- die Veränderung des Wasserhaushaltes, vor allem in Feuchtgebieten, oder
- die Unterhaltung von Gewässern

betreffen.

Nähere Informationen sind bei der zuständigen Naturschutzbehörde erhältlich.

Jagd- und Fangverbote¹⁶

Es ist verboten, den wild lebenden Vögeln europäischer Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten sowie ihre Nester und Eier zu beschädigen, zu zerstören oder zu entfernen. Des Weiteren ist es weder erlaubt, deren Eier zu besitzen noch zu sammeln, selbst wenn sie leer sind, und die wild lebenden Vögel europäischer Arten zu stören (d.h. Maßnahmen mit dem Ziel der Störung ohne Ausnahmegenehmigung durchzuführen).

Diese Verbote gelten in der Landwirtschaft uneingeschränkt nur für alle absichtlich durchgeführten Handlungen. Werden dagegen im Rahmen der ordnungsgemäßen land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Bodennutzung Tiere, einschließlich ihrer Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtstätten und Pflanzen der besonders geschützten Arten, unabsichtlich beeinträchtigt, stellt dies keinen Verstoß dar¹⁷. Das Gleiche gilt bei der Verwertung so gewonnener Erzeugnisse und bei der Ausführung einer genehmigten Maßnahme.

Soweit es sich um Vogelarten handelt, die in Deutschland dem Jagdrecht unterliegen (z.B. heimische Greifvögel wie Habicht oder Bussard, aber auch viele Enten-, Gänse- und Taubenarten), sind die **Fang- und Tötungsverbote** im Jagdrecht geregelt (z.B. Bundesjagdgesetz und Niedersächsisches Jagdgesetz, Verordnungen über die Jagdzeiten des Bundes und des Landes Niedersachsen).

Die Tötung zur Schadensabwehr ist nur gestattet, sofern sie unter Beachtung jagdrechtlicher Bestimmungen - oder bei speziellen Landesregelungen (z.B. Kormoran-Verordnung) in Verbindung mit einer Ausnahmegenehmigung - erlaubt ist.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass Verstöße gegen nationale Vorschriften des Naturschutz- oder des Jagdrechts - je nach Fallgestaltung - zudem Straftaten sein können.

Jagdgenehmigung¹⁸

In Übereinstimmung mit der Vogelschutzrichtlinie dürfen die Mitgliedstaaten nur bestimmte Vogelarten zur Jagd freigeben. Die speziellen Regelungen zur Jagd von europäischen wild lebenden Vogelarten sind in den entsprechenden Paragraphen der Jagdgesetze des Bundes und des Landes Niedersachsen sowie in den jeweiligen Verordnungen über die Jagdzeiten umgesetzt worden. Nähere Auskünfte erteilt die zuständige Jagdbehörde.

Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass in Deutschland Landwirte nur dann auf ihren landwirtschaftlichen Flächen jagen dürfen, wenn sie dort Inhaber eines Eigenjagdreviers oder Jagdpächter sind oder dort die Jagderlaubnis des Pächters haben.

Jagdmethoden¹⁹

Mittel, Einrichtungen oder Methoden, mit denen Vögel in Mengen oder wahllos gefangen oder getötet werden oder die gebietsweise das Verschwinden einer Vogelart nach sich ziehen können sowie jegliche Verfolgung aus bestimmten Beförderungsmitteln heraus, sind verboten²⁰.

1.2 FFH-Richtlinie

Besonderheiten für Schutzgebiete

Die Mitgliedstaaten müssen die nötigen Erhaltungsmaßnahmen für die in den FFH-Gebieten vorkommenden Lebensraumtypen und Arten festlegen und geeignete rechtliche, administrative oder vertragliche Maßnahmen ergreifen, um die Erhaltungsziele zu erreichen²¹. Die Bundesländer setzen diese Regelung in den Landesnaturschutzgesetzen in Landesrecht um. Die Richtlinie verlangt geeignete Maßnahmen, um in den Schutzgebieten die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume und Habitate der Arten sowie Störungen der relevanten Arten zu vermeiden²².

Soweit Flächen in einem FFH- oder in einem Vogelschutzgebiet bewirtschaftet werden, ergeben sich nur dann zusätzliche Bewirtschaftungsvorgaben oder -auflagen, wenn verbindliche Vorschriften in Form einer Schutzgebietsverordnung, einer Einzelanordnung oder in einer diese ersetzenden vertraglichen Vereinbarung (siehe Glossar) festgelegt wurden. Im Übrigen dürfen Lebensraumtypen und Habitate nicht erheblich beeinträchtigt werden.

Geschützte Pflanzenarten²³

Die in Anhang IV der FFH-Richtlinie genannten Pflanzenarten sind streng geschützt und dürfen nicht

absichtlich gepflückt, gesammelt, abgeschnitten, ausgegraben oder vernichtet werden. Besitz, Transport, Handel oder Austausch und Angebot zum Verkauf oder zum Austausch von aus der Natur entnommenen Exemplaren dieser Pflanzenarten sind grundsätzlich verboten. Die Verbote gelten für alle Lebensstadien dieser besonders geschützten Pflanzen²⁴.

Diese Regelung hat für den Betrieb nur Bedeutung, wenn die geschützten Pflanzen auf seinen landwirtschaftlichen Flächen vorkommen. Wenn dies der Fall ist, kann in der Regel die bisherige Nutzung fortgeführt werden. Sofern sich zum Erhalt dieser Pflanzen Konsequenzen für die Bewirtschaftung ergeben, wird die zuständige Behörde dies mitteilen und geeignete Maßnahmen vereinbaren oder anordnen.

Jagdgenehmigung und Jagdmethoden²⁵

Eine Nutzung der in der FFH-Richtlinie genannten Fang- und Tötungsgeräte sowie Transportmittel zum Fangen oder Töten bestimmter Tierarten²⁶ ist verboten.

Ansiedlung nichtheimischer Pflanzenarten²⁷

Die ungenehmigte, absichtliche Ansiedlung nichtheimischer Arten in der Natur ist verboten.

Diese Regelung schränkt den Anbau von Pflanzen zur landwirtschaftlichen Produktion, die im "Gemeinsamen Sortenkatalog für Gemüsearten" und im "Gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten" in der jeweils geltenden Fassung aufgeführt sind, nicht ein²⁸.

2 Grundwasserrichtlinie

Betroffen sind alle Direktzahlungsempfänger

Die Richtlinie²⁹ wurde in Deutschland durch die Grundwasserverordnung³⁰ umgesetzt. Sie verbietet bzw. begrenzt für bestimmte gefährliche Stoffe die direkten (z.B. über Leitungen oder Sickerschächte) und indirekten Ableitungen durch den Boden ins Grundwasser. Von den dort genannten Stoffen werden in landwirtschaftlichen Betrieben in der Regel **Mineralölprodukte** und **bestimmte chemische Pflanzenschutzmittelwirkstoffe** eingesetzt. Auf dem landwirtschaftlichen Betrieb sind diese Stoffe

so zu lagern und zu handhaben, dass **Ableitungen ins Grundwasser nicht stattfinden**.

Die ordnungsgemäße Düngung und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln stellt keinen Verstoß gegen die Bestimmungen der Grundwasserrichtlinie dar. Anforderungen an die ordnungsgemäße Lagerung und den Umgang mit Gülle, Jauche und Silagesickersäften sind im Abschnitt Kapitel IV, Nr. 4.2) beschrieben.

3 Klärschlammrichtlinie

Betroffen sind Direktzahlungsempfänger, in deren Betrieb Klärschlamm ausgebracht wird

Die Regelungen dieser Richtlinie sind in Deutschland mit der Klärschlammverordnung³¹ umgesetzt.

Nach dieser Verordnung ist das Aufbringen von Rohschlamm oder Schlamm aus anderen Abwasserbehandlungsanlagen als zur Behandlung von Haushaltsabwässern, kommunalen Abwässern oder Abwässern mit ähnlich geringer Schadstoffbelastung auf landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Böden verboten.³²

Von den landwirtschaftlichen Betrieben sind im Wesentlichen die nachfolgenden Bestimmungen zu beachten:

3.1 Grundlagen der Aufbringung

Nach der Klärschlammverordnung muss der Klärschlammabgeber die Ausbringung zwei Wochen zuvor der unteren Abfallbehörde der Landkreise und der kreisfreien Städte und der Landwirtschaftskammer als landwirtschaftliche Fachbehörde mit einem Lieferschein anzeigen. Der Klärschlammabnehmer (Landwirt) hat die Ausbringung, wie im Lieferschein angegeben, zu bestätigen.

Die Aufbringung von Klärschlamm ist nach Art, Menge und Zeit auf den Nährstoffbedarf der Pflanzen unter Berücksichtigung der im Boden verfügbaren Nährstoffe und organischen Substanz sowie der

Standort- und Anbaubedingungen auszurichten. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Düngemittelrechts für das Aufbringen von Klärschlamm entsprechend. Das bedeutet, dass die im Klärschlamm vorhandenen **Pflanzennährstoffe** somit bei der Düngebedarfsermittlung zu berücksichtigen und **im Nährstoffvergleich - soweit vorgeschrieben - anzugeben** und aufzuzeichnen sind.³³ Die Aufzeichnungen sind nach den düngemittelrechtlichen Vorschriften aufzubewahren.

Klärschlamm darf nur aufgebracht werden, wenn der **Boden** auf den pH-Wert, den Gehalt an pflanzenverfügbarem Phosphat, Kalium und Magnesium **untersucht** worden ist.³⁴

3.2 Anwendungs- und -verbote

- Das Aufbringen von Klärschlamm auf **Gemüse- und Obstanbauflächen** ist **verboten**. Auf Ackerflächen, die auch zum Anbau von **Feldgemüse** genutzt werden, ist im Jahr der Aufbringung des Klärschlammes und dem darauf folgenden Jahr der Anbau von Feldgemüse verboten.³⁵
- Auf Ackerflächen, die zum Anbau von **Feldfutter** oder zum Anbau von Zuckerrüben, soweit das **Zuckerrübenblatt** verfüttert wird, genutzt werden, ist eine Klärschlammaufbringung nur vor der Aussaat mit anschließender **tiefwendender Einarbeitung** zulässig.

Beim Anbau von **Silo- oder Grünmais** ist der Klärschlamm vor der Saat in den Boden einzuarbeiten.³⁶

- Das Aufbringen von Klärschlamm auf **Dauergrünland** ist **verboten**.³⁷
- Das Aufbringen von Klärschlamm auf **forstwirtschaftlich genutzte Böden** ist **verboten**.³⁸
- Das Aufbringen von Klärschlamm auf landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden in **Naturschutzgebieten, Naturdenkmalen, Nationalparks, geschützten Landschaftsbestandteilen und Flächen nach § 30 des BNatSchG** ist **verboten**. Ausnahmen hiervon sind möglich, wenn die zuständige Behörde im Einvernehmen mit der zuständigen Naturschutzbehörde im Einzelfall eine Genehmigung erteilt hat.³⁹
- Das Aufbringen von Klärschlamm auf Böden in Zone I und II von **Wasserschutzgebieten** sowie auf Böden im Bereich der **Uferrandstreifen** bis zu einer Breite von 10 Metern ist **verboten**. Weitergehende Regelungen für Wasserschutzgebiete nach wasserrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt.⁴⁰
- Klärschlamm darf auf oder in der Nähe der **Aufbringungsfläche** nur **gelagert** werden, soweit dies für die Aufbringung erforderlich ist.⁴¹

Für die Einhaltung nachfolgender Bestimmungen sind Direktzahlungsempfänger dann verantwortlich, wenn sie selbst Klärschlamm auf ihren Flächen aufbringen⁴². Beauftragt der Landwirt einen Dritten mit der Aufbringung, muss er bei dessen Auswahl und Überwachung die erforderliche Sorgfalt walten lassen, um die Einhaltung der nachfolgenden Bestimmungen zu gewährleisten:

- Das Aufbringen von Klärschlamm auf landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden ist verboten, wenn sich aus den Bodenuntersuchungen nach § 3 Abs. 2 oder 3 ergibt, dass die Gehalte der in § 4 Abs. 8 genannten Schwermetalle mindestens einen der dort genannten Werte übersteigen.
- Das Aufbringen von Klärschlamm auf landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden ist auch verboten, sofern für diese Böden ein Zielwert von pH 5 oder kleiner im Rahmen ordnungsgemäßer Bewirtschaftung angestrebt oder ein pH-Wert von 5 oder kleiner bei der Untersuchung nach § 3 Abs. 4 festgestellt wird.
- Das Aufbringen von Klärschlamm auf landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden ist außerdem verboten, wenn sich aus den Klärschlammuntersuchungen nach § 3 Abs. 6 ergibt, dass die Gehalte der in § 4 Abs. 10 genannten organisch-persistenten Schadstoffe mindestens einen der dort genannten Werte übersteigen oder der Gehalt der in § 4 Abs. 11 genannten Summe der halogenorganischen Verbindungen überschritten wird.
- Das Aufbringen von Klärschlamm auf landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden ist ebenfalls verboten, wenn sich aus Klärschlammuntersuchungen nach § 3 Abs. 5 ergibt, dass die Gehalte der in § 4 Abs. 12 aufgeführten Schwermetalle mindestens einen der dort genannten Werte übersteigen.
- Bei der Herstellung von Gemischen unter Verwendung von Klärschlamm sind die Regelungen des § 4 Abs. 13 einzuhalten.

<ul style="list-style-type: none"> - Innerhalb von drei Jahren dürfen nicht mehr als 5 Tonnen Trockenmasse an Klärschlamm je Hektar aufgebracht werden. Bei Klärschlammkomposten dürfen innerhalb von 3 Jahren bis zu 10 Tonnen Trockenmasse je Hektar aufgebracht werden, wenn die Schadstoffgehalte im Klärschlammkompost die Hälfte der gemäß § 4 Abs. 12 zulässigen Schwermetallgehalte und die Hälfte der gemäß § 4 Abs. 10 zulässigen Gehalte an organischen Schadstoffen nicht überschreiten. Diese jeweils maximal zulässigen Aufbringungsmengen an Klärschlamm und Klärschlammkomposten sind aufgrund des limitierenden Faktors Phosphatgehalt im Einzelfall auf die Mengen zu reduzieren, die zur Deckung des Nährstoffbedarfs der Pflanzen unter Berücksichtigung der im Boden verfügbaren Nährstoffe erforderlich sind (vergleiche § 3 Abs. 1).
<ul style="list-style-type: none"> - Im Falle der Aufbringung eines Gemisches unter Verwendung von Klärschlamm bezieht sich die zulässige Aufbringungsmenge auf den eingesetzten Klärschlamm und nicht auf das Gemisch. Der Anteil an Klärschlamm muss dabei vom Anlieferer nachgewiesen und dem Anwender bekannt gemacht werden. Unabhängig davon gelten auch die Bestimmungen des § 4 Abs. 13 Satz 2.

4 Nitratrichtlinie

Betroffen sind alle Direktzahlungsempfänger in deren Betrieb stickstoffhaltige Düngemittel angewendet werden

Die Regelungen dieser Richtlinie sind in Deutschland durch die Düngeverordnung des Bundes und die Verordnungen der Länder über Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist, Silagesickersäften (JGS-Anlagen) bzw. über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen umgesetzt worden. In Niedersachsen handelt es sich dabei um die Verordnung zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und Fachbetriebe - Anlagenverordnung (VAwS).

4.1 Vorgaben für die Düngung mit stickstoffhaltigen Düngemitteln

In Umsetzung der EG-Nitratrichtlinie ergeben sich aus der Düngeverordnung ab 2006 folgende Anforderungen an die Anwendung von Düngemitteln und anderen Stoffen mit wesentlichem Gehalt an Stickstoff (mehr als 1,5 % Gesamtstickstoff in der Trockenmasse):

- Vor der Ausbringung von organischen Düngemitteln oder organisch-mineralischen Düngemitteln ist der Gehalt an Gesamtstickstoff, bei Gülle zusätzlich der Gehalt an Ammoniumstickstoff zu ermitteln. Wenn diese Gehalte nicht aufgrund der Kennzeichnung bekannt sind, sind sie entweder auf Grundlage von Daten der Landwirtschaftskammer als zuständige Stelle zu ermitteln oder durch wissenschaftlich anerkannte Untersuchungen festzustellen.⁴³
- Düngemittel mit wesentlichem Gehalt an Stickstoff dürfen nur ausgebracht werden, wenn der Boden aufnahmefähig ist. Dies

bedeutet, dass auf überschwemmten, wassergesättigten, durchgängig höher als 5cm mit Schnee bedeckten oder gefrorenen und im Laufe des Tages nicht oberflächlich auftauenden Böden solche Düngemittel nicht ausgebracht werden dürfen. Ausnahmen für das Aufbringen auf gefrorene Böden können von der Landwirtschaftskammer als zuständige Stelle genehmigt werden.⁴⁴

- Bei der Ausbringung von Düngemitteln mit wesentlichem Stickstoffgehalt ist ein direkter Eintrag in Oberflächengewässer durch Einhaltung eines ausreichenden Abstands zwischen dem Rand der durch die Arbeitsbreite bestimmten Ausbringungsfläche und der Böschungsoberkante zu vermeiden. Dieser Abstand beträgt mindestens 3 Meter, soweit keine Ausbringungsgeräte verwendet werden, die eine genaue Platzierung der Düngemittel erlauben. Ferner ist zu vermeiden, dass diese Düngemittel in oberirdische Gewässer abgeschwemmt werden⁴⁵
- Neu geregelt ist die Ausbringung von Düngemitteln mit wesentlichem Stickstoffgehalt auf stark geneigten Ackerflächen. Stark geneigte Ackerflächen sind solche, die innerhalb eines Abstands von 20 m zu Gewässern eine durchschnittliche Hangneigung von mehr als 10 % zum Gewässer aufweisen.
- Innerhalb eines Abstands von 10 m bis zur Böschungsoberkante sind die Düngemittel durch Anwendung geeigneter Technik di-

- rekt in den Boden einzubringen (z.B. Gülleinjektion).
- Innerhalb des Abstands von 10 m bis 20 m gilt:
 - Auf unbestellten Ackerflächen sind die Düngemittel sofort einzuarbeiten.
 - Auf bestellten Ackerflächen sind folgende Bedingungen einzuhalten:
 - Die Fläche muss mit Mulch- oder Direktsaat bestellt worden sein.
 - Bei Reihenkulturen (Reihenabstand mehr als 45 cm) sind diese Düngemittel sofort einzuarbeiten, sofern keine entwickelte Untersaat vorhanden ist.
 - Bei allen anderen Kulturen muss eine hinreichende Bestandsentwicklung vorliegen.
 - Für die Ausbringung von Festmist - außer Geflügelkot - auf stark geneigten Flächen gelten innerhalb des Abstands von 20 m zum Gewässer folgende Vorgaben:
 - Auf unbestellten Ackerflächen ist der Festmist sofort einzuarbeiten.
 - Auf bestellten Ackerflächen sind folgende Bedingungen einzuhalten:
 - Die Fläche muss mit Mulch- oder Direktsaat bestellt worden sein.
 - Bei Reihenkulturen (Reihenabstand mehr als 45 cm) ist der Festmist sofort einzuarbeiten, sofern keine entwickelte Untersaat vorhanden ist.
 - Bei allen anderen Kulturen muss eine hinreichende Bestandsentwicklung vorliegen.⁴⁶
 - Auf Ackerland dürfen Gülle, Jauche und sonstige flüssige organische sowie organisch-mineralische Düngemittel mit wesentlichen Gehalten an verfügbarem Stickstoff oder Geflügelkot nach Ernte der letzten Hauptfrucht vor dem Winter nur zu im gleichen Jahr angebauten Folgekulturen einschließlich Zwischenfrüchten bis in Höhe des aktuellen Düngebedarfs an Stickstoff der Kultur oder als Ausgleichsdüngung zu auf dem Feld verbliebenem Getreidestroh aufgebracht werden. Insgesamt darf jedoch nicht mehr als 80 kg Gesamtstickstoff oder 40 kg Ammoniumstickstoff je Hektar angewendet werden.⁴⁷
 - Düngemittel mit wesentlichem Stickstoffgehalt, ausgenommen Festmist ohne Geflügelkot, dürfen
 - auf Ackerland vom 1. November bis 31. Januar (2006: 15. Januar)
 - auf Grünland vom 15. November bis 31. Januar (2006: 15. Januar)
- nicht aufgebracht werden. Die Landwirtschaftskammer kann für die zeitliche Begrenzung andere Zeiten, ggf. mit weiteren Auflagen zur Ausbringung, genehmigen.⁴⁸
- Im Durchschnitt des Betriebes dürfen auf Acker- und Grünlandflächen pro Hektar nicht mehr als 170 kg Stickstoff aus Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft ausgebracht werden. Der Stickstoffanfall aus der Weidehaltung ist anzurechnen.⁴⁹
 - Bringt ein Betrieb mehr als 50 kg Stickstoff je Hektar und Jahr auf einer Fläche aus, hat er den Düngebedarf der Kultur festzustellen. Dazu ist der Stickstoffgehalt des Bodens, außer auf Dauergrünlandflächen, mindestens jährlich auf jedem Schlag durch Bodenuntersuchungen zu ermitteln. Alternativ können auch veröffentlichte Untersuchungsergebnisse vergleichbarer Standorte oder länderspezifische Beratungsempfehlungen genutzt werden.⁵⁰
 - Der Betriebsinhaber hat spätestens bis zum 31. März für die Stickstoffanwendung im Vorjahr einen Nährstoffvergleich von Zufuhr und Abfuhr (Bilanz) als Flächenbilanz oder aggregierte Einzelschlagbilanz für den Betrieb zu erstellen und aufzuzeichnen.⁵¹ Ausgenommen hiervon sind
 - Flächen, auf denen nur Zierpflanzen angebaut werden, Baumschul-, Rebschul- und Baumobstflächen sowie nicht im Ertrag stehende Dauerkulturflächen des Wein- und Obstbaus,
 - Flächen mit ausschließlicher Weidehaltung bei einem jährlichen Stickstoffanfall an Wirtschaftsdüngern von bis zu 100 kg je Hektar, wenn keine zusätzliche Stickstoffdüngung erfolgt,
 - Betriebe, die auf keinem Schlag mehr als 50 kg Gesamtstickstoff düngen,
 - Betriebe mit einem Nährstoffanfall aus Wirtschaftsdüngern unter 500 kg Stickstoff je Betrieb und weniger als 10 ha landwirtschaftlich

genutzter Fläche (abzüglich der unter dem 1. Spiegelstrich genannten Flächen) sowie höchstens einem Hektar Gemüse, Hopfen oder Erdbeeren.

Die Bilanzen sind nach Vorgabe der Düngeverordnung zu erstellen.⁵² Muster finden sich im Anhang dieser Broschüre.

4.2 Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist und Silagesickersäften

Die wesentlichen Anforderungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Anlagen für das Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle und Silagesickersäften einschließlich deren Sammel-, Um- und Abfülleinrichtungen müssen bei den zu erwartenden Beanspruchungen standsicher und dauerhaft dicht sein.
- Ein Ab- bzw. Überlaufen des Lagergutes, dessen Eindringen in das Grundwasser, in oberirdische Gewässer und in die Kanalisation muss zuverlässig verhindert werden.
- Ortsfeste Anlagen zum Lagern von Festmist sind mit einer dichten und wasserundurchlässigen Bodenplatte zu versehen. Zur ordnungsgemäßen Ableitung der Jauche ist die

Bodenplatte seitlich einzufassen und gegen das Eindringen von Oberflächenwasser aus dem umgebenden Gelände zu schützen.

- Sofern eine Ableitung der Jauche in eine vorhandene Jauche- oder Güllegrube nicht möglich ist, ist eine gesonderte Sammeleinrichtung vorzusehen.
- Das Fassungsvermögen der JGS-Anlagen muss jeweils größer sein als die Kapazität, die erforderlich ist, um
 1. die Menge an Jauche, Gülle und Silagesickersäften, die während des längsten Zeitraums anfällt, in dem das Ausbringen auf landwirtschaftlichen Flächen nicht zulässig ist,
 2. jedoch mindestens die Menge an Jauche und Gülle, die während sechs Monaten anfällt,

zu lagern. Der Anfall ist je Tiereinheit nach den fachspezifischen Erkenntnissen über eine gute landwirtschaftliche Praxis zu berechnen. Von Satz 1 kann abgewichen werden, wenn der zuständigen Behörde gegenüber nachgewiesen ist, dass die vorhandene Fassungsvermögen übersteigende Menge umweltgerecht verwertet wird.

Bestehende Anlagen müssen die Anforderungen ab dem 01. Januar 2009 erfüllen.

5 Regelungen zur Tierkennzeichnung und -registrierung

Betroffen sind Direktzahlungsempfänger, die Halter von Rindern einschließlich Bisons, Wisenten und Wasserbüffeln, Schweinen, Schafen und/oder Ziegen sind

Es gelten:

- **für Halter von Schweinen:**
Tierkennzeichnungs- und Registrierungsrichtlinie⁵³;
- **für Halter von Rindern:**
Tierkennzeichnungs- und Registrierungsrichtlinie⁵⁴;
Verordnung zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern und über die Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen⁵⁵;

Durchführungsverordnung zur Verordnung zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern und über die Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen⁵⁶;

- **für Halter von Schafen und Ziegen:**
Verordnung zur Kennzeichnung und Registrierung von Schafen und Ziegen.^{57 1}

¹ Solange die Verordnung zur Kennzeichnung und Registrierung von Schafen und Ziegen noch nicht durch die ViehVerkVO in nationales Recht um-

Detaillierte Durchführungsbestimmungen zur Kennzeichnung und Registrierung von Tieren der betreffenden Tierart zu den genannten Artikeln der angeführten EG-Vorschriften (Rechtsakten) finden sich grundsätzlich in der nationalen Verordnung zum Schutz gegen die Verschleppung von Tierseuchen im Viehverkehr⁵⁸. Auf die Vorbemerkung zum Kapitel „Schafe und Ziegen“ wird besonders hingewiesen.

5.1 Registrierung von Betrieben mit Rindern, Schweinen, Schafen und/oder Ziegen⁵⁹

Jeder Halter von Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen ist verpflichtet, seinen Betrieb spätestens bei Beginn der Tätigkeit beim Veterinäramt des zuständigen Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt unter Angabe seines Namens, seiner Anschrift und der Anzahl der im Jahresdurchschnitt gehaltenen Tiere, ihrer Nutzungsart und ihres Standortes, bezogen auf die jeweilige Tierart, anzuzeigen. Änderungen sind unverzüglich anzuzeigen.

Dem Tierhalter wird dann eine zwölfstellige Registriernummer zugeteilt, die aus der für die Gemeinde des Betriebes vorgesehenen amtlichen Schlüsselnummer nach dem Gemeindeschlüsselverzeichnis (8 Stellen) und einer vierstelligen Betriebsnummer gebildet wird.

5.2 Kennzeichnung und Registrierung von Tieren

Jeder Halter von Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen muss Ohrmarken unter Angabe des voraussichtlichen jährlichen Bedarfs beim Vereinigte Informationssysteme Tierhaltung w. V. (VIT), Heideweg 1, 27283 Verden, E-Mail: vvvo@vit.de, der in Niedersachsen als Regionalstelle im Sinne der ViehVerk VO beauftragt ist, beantragen, die dann von dort ausgegeben werden.

Jeder Halter von Schweinen, Schafen und Ziegen muss den voraussichtlichen jährlichen Bedarf beim zuständigen Veterinäramt des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt beantragen. Die Ohrmarken werden direkt an die Tierhalter ausgeliefert.

gesetzt ist, ist die zur Zeit geltende Fassung der ViehVerkVO⁵⁵ einschlägig.

5.2.1 Rinder

5.2.1.1 Ohrmarken⁶⁰

Jeder Tierhalter ist dafür verantwortlich, dass alle im Betrieb gehaltenen Rinder durch 2 identische Ohrmarken in beiden Ohren zu identifizieren sind. Dies gilt für Rinder, die nach dem 31. Dezember 1997 geboren sind.

Kälber sind innerhalb von 7 Tagen nach der Geburt mit 2 identischen Ohrmarken in beiden Ohren zu kennzeichnen.

Rinder, die aus einem Drittland eingeführt werden, sind durch den Tierhalter des Bestimmungsbetriebes innerhalb von 7 Tagen nach dem Einstellen in den Betrieb mit 2 identischen Ohrmarken zu kennzeichnen.

Die Kennzeichnung von Rindern, die aus anderen EU-Mitgliedstaaten nach Deutschland verbracht werden, steht der Kennzeichnung in Deutschland gleich; diese Tiere brauchen nicht erneut gekennzeichnet zu werden.

Bei Verlust oder Unlesbarkeit einer oder beider Ohrmarken ist der Tierhalter verpflichtet, bei der Regionalstelle eine Ersatzohrmarke mit denselben Angaben, die sich auf der verlorenen oder unlesbar gewordenen Ohrmarke befanden, zu beantragen und das Rind unverzüglich erneut zu kennzeichnen.

5.2.1.2 Rinderpass⁶¹

Der Rinderpass wird für nach dem 30. Juni 1998 in Deutschland geborene, für aus anderen EU-Mitgliedstaaten verbrachte oder aus Drittländern eingeführte Rinder, ausgenommen Schlachtrinder, ausgestellt. In dem Pass werden alle Angaben aus dem Rinderpass des anderen EU-Mitgliedstaates oder des Drittlandes übertragen. Begleitpapiere, die von der zuständigen Behörde oder der beauftragten Stelle für Rinder ausgestellt wurden, die in der Zeit vom 28. Oktober 1995 bis 30. Juni 1998 geboren wurden, stehen dem Rinderpass gleich.

Zur Ausstellung eines Rinderpasses muss der Rinderhalter der Regionalstelle unverzüglich nach Kennzeichnung des Rindes seinen Namen, die Anschrift, die Registriernummer seines Betriebes sowie die verwendete Ohrmarkennummer und

- im Falle eines im Inland geborenen Rindes dessen Geburtsdatum, das Geschlecht, die Rasse und die Ohrmarkennummer des Muttertieres oder
- im Falle eines aus einem Drittland eingeführten Rindes das betreffende Drittland, aus dem das Tier eingeführt wurde, das Ge-

burtsdatum, das Geschlecht, die Rasse, das Ursprungsland sowie die ursprüngliche Kennzeichnung des Tieres

mitteilen.

Für Rinder, die aus EU-Mitgliedstaaten in den Bestand verbracht werden, muss der Tierhalter umgehend einen deutschen Rinderpass bei der Regionalstelle beantragen. Dazu muss das das Rind begleitende Dokument vorgelegt werden.

Im Rinderpass bestätigt der Tierhalter

- die Tierdaten durch Unterschrift unter Angabe von Ort und Datum nach Erhalt des Passes,
- im Falle des Zugangs eines Tieres in seinen Bestand, die Übernahme eines Rindes durch Unterschrift unter Angabe von Ort, Datum und Registriernummer seines Betriebes,
- im Falle des Abgangs eines Tieres aus dem Bestand, Datum der Schlachtung, Verendung oder Tötung.

Der Tierhalter hat auch dafür Sorge zu tragen, dass der Rinderpass das Rind bei jedem Verbringen aus einem Bestand stets begleitet und die Übernahmedaten unverzüglich ergänzt werden.

Sofern das Rind geschlachtet wird, obliegt diese Pflicht dem Schlachthofbetreiber als Tierhalter. Im Falle einer Hausschlachtung muss der Rinderpass ebenfalls an die zuständige Behörde oder die Regionalstelle zurückgesandt werden.

Nach einer Verendung oder Tötung eines Rindes hat der letzte Tierhalter den Rinderpass der Untersuchungseinrichtung oder der Tierkörperbeseitigungsanstalt bei der Übergabe des Tierkörpers zu übergeben.

Der Verlust eines Rinderpasses ist der Regionalstelle unverzüglich anzuzeigen. Diese stellt daraufhin einen Ersatzpass aus.

5.2.1.3 Bestandsregister⁶²

Jeder Tierhalter muss ein Bestandsregister führen, in das folgende Angaben für jedes im Betrieb vorhandene Rind einzutragen sind:

- die Ohrmarkennummer,
- das Geburtsdatum,
- das Geschlecht,
- die Rasse,
- die Ohrmarkennummer des Muttertieres von ab dem 1. Januar 1998 geborenen Rindern und von vor dem 1. Januar 1998 geborenen Rindern, bei denen im Einzelfall die Ohrmar-

kennnummer des Muttertieres nachgewiesen werden kann,

- im Falle von Zugängen:
 - = Name und Anschrift des bisherigen Tierhalters oder der Registriernummer des Betriebes, von dem das Rind übernommen wurde, und das Zugangsdatum - *bei Geburten sind innerhalb von 7 Tagen die entsprechenden Angaben einzutragen* -;
- im Falle von Abgängen:
 - = Name und Anschrift des neuen Tierhalters oder der Registriernummer des Betriebes, an den das Rind abgegeben wurde, und das Abgangsdatum - *bei Verendungen oder Schlachtungen muss das Datum dieses Ereignisses eingetragen werden* - .

Das Bestandsregister kann handschriftlich oder in elektronischer Form geführt werden. Wird das Bestandsregister in elektronischer Form – z. B. in der Rinderdatenbank HI-Tier – geführt, ist bei einer Überprüfung der zuständigen Behörde ein aktueller Ausdruck auf Kosten des Tierhalters vorzulegen. Bei handschriftlicher Form muss das Bestandsregister gebunden, chronologisch geführt und mit fortlaufender Seitenzahl versehen sein. In jedem Falle sind die Eintragungen unverzüglich nach Ausführung der aufzeichnungspflichtigen Tätigkeit vorzunehmen. Das Bestandsregister muss mindestens 3 Jahre lang aufbewahrt werden. Diese Aufbewahrungspflicht gilt auch dann, wenn die Rinderhaltung aufgegeben wurde.

5.2.1.4 Zentrale Datenbank⁶³

Alle Rinderhalter, auch die, die nur vorübergehend für die Tiere verantwortlich sind, müssen **jede Bestandsveränderung** an die zentrale Datenbank (Internetadresse: www.hi-tier.de) **melden**, d.h. Landwirte, Pensionstierhalter und Viehhändler sind zur Meldung von Geburten, Zugängen, Abgängen, Verendungen oder Hausschlachtungen verpflichtet. Die Abgabe zur tierärztlichen Behandlung ist nicht meldepflichtig.

Neben der Registriernummer seines Betriebes muss der Tierhalter folgende einzeltierbezogene Angaben melden:

- die Ohrmarkennummer,
- das Zugangsdatum,
- das Abgangsdatum,
- den EU-Mitgliedstaat, das Ursprungsland und das Geburtsdatum im Falle des Verbringens aus einem anderen EU-Mitgliedstaat unmittelbar in seinen Bestand oder

- das Geburtsdatum im Falle der Einfuhr aus einem Drittland zur unmittelbaren Schlachtung oder
- den EU-Mitgliedstaat im Falle des Verbringens nach einem anderen EU-Mitgliedstaat oder
- das Drittland im Falle der Ausfuhr in ein Drittland oder
- Angaben zum Tod eines Rindes (Schlachtung, Krankenschlachtung, Notschlachtung oder Tod auf andere Weise).

Die Meldung muss innerhalb von 7 Tagen entweder mit vorgedruckter Meldekarte an die Regionalstelle - von dort erfolgt Weiterleitung der Daten an die zentrale Datenbank - per Tastentelefon oder via Computer und Internet an die zentrale Datenbank erfolgen. Meldekarten für die verschiedenen Meldearten können bei den Regionalstellen bezogen werden.

Fehlerhafte Meldungen sind vom Tierhalter zu korrigieren.

5.2.2 Schweine

5.2.2.1 Ohrmarken⁶⁴

Schweine sind im Ursprungsbetrieb vom Tierhalter so früh wie möglich, spätestens mit dem Absetzen mit einer offenen Ohrmarke zu kennzeichnen.

Die offene Ohrmarke darf nur einmal verwendbar sein und muss auf der Vorderseite folgende Angaben in deutlich lesbarer schwarzer Schrift auf weißem Grund tragen: DE (für Deutschland), das für den Sitz des Betriebes geltende amtliche Kraftfahrzeugkennzeichen des Landkreises oder der kreisfreien Stadt sowie - für ab dem 1. April 2003 geborenen Schweine - die letzten sieben Ziffern der Registriernummer des Geburtsbetriebes.

Die Kennzeichnung von Schweinen, die aus anderen EU-Mitgliedstaaten nach Deutschland verbracht werden, steht der Kennzeichnung in Deutschland gleich. Derartig gekennzeichnete Schweine brauchen nicht erneut gekennzeichnet zu werden.

Schweine, die aus einem Drittland eingeführt werden, sind spätestens bei dem Einstellen in den Betrieb zu kennzeichnen. Eine Ausnahme gilt nur für Schlachttiere, die unter Beachtung von § 33 der Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung (BmTierSSchV) unmittelbar zur Schlachtung verbracht werden. Danach dürfen eingeführte Schlachtkläuentiere nur unmittelbar in das von der zuständigen Behörde bestimmte öffentliche oder von ihr zugelassene nicht-öffentliche Schlachthaus verbracht werden; der Empfänger hat die Tiere dort spätestens

5 Werktagen nach ihrem Eintreffen zu schlachten oder schlachten zu lassen, sofern nicht eine kürzere Frist bestimmt wird.

Bei Verlust oder Unlesbarkeit der Ohrmarke muss der Tierhalter das Schwein unverzüglich erneut kennzeichnen. Eine Ausnahme gilt für Schlachtschweine, die unmittelbar zur Schlachtung bestimmt sind und die - nach Anhang III Kapitel IV Nr. 3 der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 - so gekennzeichnet sind, dass der Betrieb, von dem aus sie zur Schlachtung kommen, identifiziert werden kann (z. B. durch Schlagstempel).

5.2.2.2 Bestandsregister⁶⁵

Alle Schweinehalter müssen ein Bestandsregister über die im Bestand vorhandenen Schweine unter Berücksichtigung der Zu- und Abgänge einschließlich Geburten und Todesfällen unter Angabe ihrer Ohrmarkennummer führen. Folgende Angaben sind einzutragen:

- bei Geburt: Geburtsdatum und Anzahl,
- bei Zugang: Name, Anschrift des bisherigen Besitzers, Zugangsdatum.
- bei Abgang: Name, Anschrift des Erwerbers, Abgangsdatum,
- bei Verendung: Datum der Verendung und Anzahl.

Das Bestandsregister kann handschriftlich oder in elektronischer Form geführt werden. Bei handschriftlicher Form muss das Bestandsregister gebunden oder als Loseblattsammlung geführt, chronologisch aufgebaut und mit fortlaufender Seitenzahl versehen sein. Wird das Bestandsregister in elektronischer Form geführt, ist bei einer Überprüfung der zuständigen Behörde ein aktueller Ausdruck auf Kosten des Tierhalters vorzulegen. In jedem Falle sind die Eintragungen unverzüglich nach Ausführung der aufzeichnungspflichtigen Tätigkeit vorzunehmen. Das Bestandsregister muss 3 Jahre lang aufbewahrt werden. Diese Aufbewahrungspflicht gilt auch dann, wenn die Schweinehaltung aufgegeben wurde.

Es wird darauf hingewiesen, dass neben den beiden genannten Anforderungen auch andere fachrechtliche Bestimmungen, insbesondere die vorgeschriebenen Meldungen an die zentrale Schweinedatenbank, einzuhalten sind; ein Verstoß gegen solche fachrechtlichen Bestimmungen stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann von der zuständigen Behörde geahndet werden.

5.2.3 Schafe und Ziegen

Derzeit werden neue Durchführungsbestimmungen zum System der Kennzeichnung und Registrierung

von Schafen und Ziegen erarbeitet. Dies betrifft Regelungen zur Kennzeichnung (neue Ohrmarken), zusätzliche Angaben im Bestandsregister und die Einführung eines Begleitdokumentes. Die Vieh-VerkVO wird entsprechend geändert werden.

Hinsichtlich der Kennzeichnung von Schafen und Ziegen, die vor dem 10. Juli 2005 geboren sind, ist weiterhin die einschlägige Bestimmung der nationalen Viehverkehrsverordnung anzuwenden.

5.2.3.1 Kennzeichnung

Kennzeichnung von vor dem 10. Juli 2005 geborenen Schafen und Ziegen⁶⁶

Vor dem 10. Juli 2005 geborene Zucht- oder Schlachtschafe oder -ziegen sind im Ursprungsbetrieb vom Tierhalter spätestens 6 Monate nach der Geburt, jedoch vor dem ersten Verlassen aus dem Ursprungsbetrieb mit einer offenen Ohrmarke zu kennzeichnen.

Die offene Ohrmarke darf nur einmal verwendbar sein und muss auf der Vorderseite in deutlich lesbarer schwarzer Schrift auf weißem Grund folgende Angaben tragen: DE (für Deutschland), das für den Sitz des Betriebes geltende amtliche Kraftfahrzeugkennzeichen des Landkreises oder der kreisfreien Stadt und die letzten sieben Ziffern der Registrierungsnummer des Geburtsbetriebes. Der Tierhalter kann Schafe und Ziegen auch mittels Ohrtätowierung kennzeichnen, sofern durch eine Ohrtätowierung der zuständigen Behörde oder einer Züchtervereinigung der Ursprungsbetrieb zu ermitteln ist und die Züchtervereinigung sich verpflichtet hat, die zuständige Behörde über die vorgenommene Kennzeichnung zu unterrichten.

Die Kennzeichnung von Zucht- oder Schlachtschafen oder -ziegen, die vor dem 10. Juli 2005 aus anderen EU-Mitgliedstaaten nach Deutschland verbracht wurden, steht der Kennzeichnung in Deutschland gleich, d.h. diese Tiere müssen nicht erneut gekennzeichnet werden.

Schafe oder Ziegen, die aus einem Drittland eingeführt werden, sind spätestens bei dem Einstellen in den Betrieb zu kennzeichnen. Eine Ausnahme gilt nur für Schlachttiere, die unter Beachtung von § 33 der BmTierSSchV unmittelbar zur Schlachtung verbracht werden. Danach sind eingeführte Schlachtkläuentiere nur unmittelbar in das von der zuständigen Behörde bestimmte öffentliche oder von ihr zugelassene nicht-öffentliche Schlachthaus zu verbringen; der Empfänger hat die Tiere dort spätestens 5 Werktage nach ihrem Eintreffen zu schlachten oder schlachten zu lassen, sofern nicht eine kürzere Frist bestimmt wird.

Bei Verlust oder Unlesbarkeit der Ohrmarke muss der Tierhalter die vor dem 10. Juli 2005 geborenen Tiere unverzüglich erneut mit nur einer Ohrmarke kennzeichnen.

Kennzeichnung von nach dem 9. Juli 2005 geborenen Schafe und Ziegen⁶⁷

Im Vorgriff auf die anstehende Änderung der Vieh-VerkVO sind nach dem 9. Juli 2005 in Niedersachsen geborene Schafe und Ziegen innerhalb von 9 Monaten nach der Geburt, spätestens vor dem Verlassen des Geburtsbetriebes, mit zwei Ohrmarken individuell zu kennzeichnen oder kennzeichnen zu lassen.

Die Ohrmarken müssen gelb mit schwarzer Beschriftung, deutlich lesbar, fälschungssicher und mit unauslöschlicher Schrift sein. Beide Ohrmarkenteile sind bedruckt:

- Das Dornteil (Vorderseite) weist den Ländercode „DE“ und eine zwölfstellige Nummer, die aus Tierartenkennung „01“, der Länderkennung für Niedersachsen „03“ bzw. für Bremen „04“ und einer fortlaufenden individuellen Tiernummer mit acht Stellen besteht, auf;
- das Lochteil ist wie bisher mit dem Ländercode für Deutschland „DE“, dem für den Betriebssitz geltenden amtlichen Kfz-Kennzeichen des Landkreises oder der kreisfreien Stadt und den letzten sieben Zeichen der Registriernummer des Betriebes bedruckt.

Mit einer Übergangsfrist bis zum 31.12.2006 können die bislang ausgelieferten weißen Schafohrmarken weiter verwendet werden für Masttiere, die nicht älter als 12 Monate werden und nicht innergemeinschaftlich gehandelt oder ausgeführt werden. Nach Aufbrauch der weißen Ohrmarken sind die Tiere einheitlich doppelt zu kennzeichnen.

Die Kennzeichnung von o.g. Schafen oder Ziegen aus anderen EU-Mitgliedstaaten steht der Kennzeichnung in Deutschland gleich, d.h. diese Tiere brauchen nicht erneut gekennzeichnet zu werden.

Nach dem 9. Juli 2005 aus einem Drittland eingeführte Schafe und Ziegen sind durch den Tierhalter des Bestimmungsbetriebes innerhalb von vierzehn Tagen nach dem Einstellen in den Betrieb, spätestens vor dem Verlassen des Betriebes wie oben beschrieben zu kennzeichnen oder kennzeichnen zu lassen, es sei denn, es handelt sich um Schlachttiere, die unter Beachtung von § 33 der BmTierSSchV unmittelbar zur Schlachtung verbracht werden.

Bei Verlust einer Ohrmarke der doppelten Kennzeichnung ist die am Tier verbliebene Ohrmarke zu entfernen und das Tier mit einer neuen individuellen Nummer erneut zu kennzeichnen. Dies ist im Bestandsregister zu vermerken.

5.2.3.2 Bestandsregister⁶⁸

Der Tierhalter hat ein Bestandsregister zu führen, das folgende Angaben enthält:

- Registriernummer (Kenncode) des Betriebs,
- Anschrift und geographische Koordinaten (=Standort des Betriebs),
- Produktionsrichtung (Fleisch oder Milch),
- Ergebnis und Datum der letzten jährlichen Tierzählung. Da hier der Stichtag noch nicht festgelegt ist, gilt bis dahin die bisherige Regelung, d. h. die Gesamtzahl der am 1. Januar 2006 im Bestand vorhandenen Schafe oder Ziegen,
- Name und Anschrift des Tierhalters und
- ggf. Angaben zu Ersatzohrmarken.

Darüber hinaus sind folgende Angaben im Bestandsregister verpflichtend:

- *Beim Abgang von Tieren:*
 - Name des Transportunternehmens,
 - Amtliches Kennzeichen des Transportmittels,
 - Registriernummer (Kenncode) oder Name und Anschrift des Bestimmungsbetriebes oder des Schlachthofs und
 - Verbringungsdatum.

Hinweis: Ein Ersatz dieser Angaben ist durch eine Zweitausfertigung oder Kopie des **Begleitdokuments** möglich.

- *Beim Zugang von Tieren:*
 - Registriernummer (Kenncode) des Herkunftsbetriebs und
 - Ankunftsdatum.

Das Bestandsregister kann handschriftlich oder in elektronischer Form geführt werden. Die Eintragungen sind unverzüglich nach Ausführung der aufzeichnungspflichtigen Tätigkeit vorzunehmen. Das Bestandsregister muss 3 Jahre lang aufbewahrt werden. Diese Aufbewahrungspflicht gilt auch dann, wenn die Schaf- oder Ziegenhaltung aufgegeben wurde. Auf Verlangen der zuständigen Behörde hat der Tierhalter alle Angaben über Herkunft, Kennzeichnung und gegebenenfalls Bestimmung von Tieren vorzulegen, die sich in den letzten drei Jahren in seinem Besitz befanden oder von ihm gehalten, befördert, vermarktet oder geschlachtet wurden.

5.2.3.3 Begleitdokument⁶⁹

Werden Schafe oder Ziegen zwischen *zwei verschiedenen Betrieben* in Deutschland verbracht, müssen sie mit einem Begleitdokument versehen sein, das folgende Angaben enthält:

- Registriernummer (Kenncode) des Betriebs,
- Name und Anschrift des Tierhalters,
- Gesamtzahl der verbrachten Tiere,
- Registriernummer (Kenncode) des Bestimmungsbetriebs oder des nächsten Tierhalters oder Schlachthofs oder – *bei Wanderhaltung* – der Bestimmungsort,
- Daten des benutzten Transportmittels und des Transportunternehmers und seiner Zulassungsnummer,
- Verbringungsdatum und
- Unterschrift des Tierhalters.

Die jeweils erforderlichen Angaben sind vom Tierhalter einzutragen. Das Begleitdokument ist vom Tierhalter des Bestimmungsbetriebs für einen Zeitraum von mindestens drei Jahren zu verwahren. Auf Anfrage der zuständigen Behörde hat der Tierhalter eine Kopie zu übermitteln.

Ein bundeseinheitliches Muster wird derzeit erarbeitet und in die ViehVerkVO aufgenommen werden. Bis dahin können andere Dokumente mit den o. g. Informationen geführt werden.

6 Pflanzenschutzmittelrichtlinie

Betroffen sind Direktzahlungsempfänger, in deren Betrieb Pflanzenschutzmittel angewendet werden

Die Richtlinie über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (Pflanzenschutzmittelrichtlinie)⁷⁰ harmonisiert neben der Zulassung von Pflanzen-

schutzmitteln auch die grundsätzlichen Bedingungen für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Beispielsweise ist die Anwendung von zugelassenen

Pflanzenschutzmitteln nur in den zugelassenen oder genehmigten Anwendungsgebieten erlaubt. Sie wird in Deutschland mit dem Pflanzenschutzgesetz⁷¹ umgesetzt.

6.1 Anwendungsbestimmungen

Nach dem Pflanzenschutzgesetz ist bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach guter fachlicher Praxis⁷² zu verfahren. Betriebe haben bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln unabhängig davon, ob dies in Eigen- oder Fremdleistung erbracht wird, folgende Anforderungen einzuhalten:

- Der Anwender muss **sachkundig** sein. Diese Sachkunde muss er der zuständigen Behörde auf Verlangen nachweisen können, zum Beispiel durch einen entsprechenden Berufsabschluss oder eine bestandene Sachkundeprüfung (Sachkundenachweis)⁷³.
- Im Gebrauch befindliche Spritz- und Sprühgeräte, mit denen Pflanzenschutzmittel angewendet werden, müssen regelmäßig überprüft werden und über eine **gültige Prüfplakette** verfügen⁷⁴.
- Die in der Gebrauchsanleitung beschriebenen Anwendungsgebiete⁷⁵ (Schadorganismus und Pflanze oder Pflanzenerzeugnis) und Auflagen bzw. Anwendungsbestimmungen⁷⁶ (z. B. maximale Aufwandmenge, maximale Anwendungen pro Jahr, Abstand zum Gewässer) sind bei der Anwendung einzuhalten.
- Den behördlichen Anordnungen zur Anwendung von Pflanzenschutzmitteln ist Folge zu leisten⁷⁷.
- Pflanzenschutzmittel dürfen auf Freilandflächen nur angewendet werden, soweit diese landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt sind oder eine Ausnahmegenehmigung vorliegt. Pflanzenschutzmittel dürfen nicht in oder unmittelbar an oberirdischen Gewässern angewendet werden⁷⁸.

6.2 Anwendungsverbote und -beschränkungen

Die Anwendung eines nicht zugelassenen Pflanzenschutzmittels ist grundsätzlich verboten. Darüber hinaus ist die Anwendung eines zugelassenen Pflanz-

schutzmittels in einem nicht festgesetzten oder genehmigten Anwendungsgebiet (Kultur und Schadorganismus) verboten. Bei der Anwendung eines Pflanzenschutzmittels sind die festgesetzten Anwendungsbestimmungen zu beachten (z.B. zum Schutz von Gewässern oder Saumbiotopen).

Die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung⁷⁹ enthält zusätzlich Anwendungsverbote und -beschränkungen für Pflanzenschutzmittel, die in dieser Verordnung aufgeführte Wirkstoffe enthalten. Diese Anwendungsverbote oder -beschränkungen sind ebenfalls zu beachten⁸⁰.

6.3 Bienenschutz

Bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln ist der Bienenschutz zu beachten. Entsprechend der Bienenschutzverordnung⁸¹ dürfen bienengefährliche Pflanzenschutzmittel nicht

- an blühenden oder von Bienen beflogenen Pflanzen angewendet werden⁸²,
- so angewendet werden, dass solche Pflanzen bei der Applikation mit getroffen werden⁸³,
- so gehandhabt, aufbewahrt oder beseitigt werden, dass Bienen mit ihnen in Berührung kommen können⁸⁴.

Von den Imkern ist eine Zustimmung einzuholen, wenn Pflanzen im Umkreis von 60 m zu einem Bienenstand innerhalb der Zeit des täglichen Bienenflugs mit einem bienengefährlichen Pflanzenschutzmittel behandelt werden sollen⁸⁵.

6.4 Dokumentation

Hinsichtlich der Dokumentation der Anwendung sowie der Lagerung von Pflanzenschutzmitteln sind weitere Vorgaben relevant, die sich aus den Fachrechtsanforderungen im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit (vgl. hierzu auch Kapitel IV, Nr. 7) bzw. der Grundwasserrichtlinie (vgl. hierzu auch Kapitel IV, Nr. 2) ergeben.

7 Lebens- und Futtermittelsicherheit

Betroffen sind Direktzahlungsempfänger, die Lebens- oder Futtermittel erzeugen und in Verkehr bringen.

Die Basisverordnung zur Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit⁸⁶ gilt unmittelbar und bedarf keiner nationalen Umsetzung. Sie wird unter anderem konkretisiert durch bestimmte Verordnungen zur Lebensmittelhygiene⁸⁷ sowie zur Futtermittelhygiene⁸⁸. Diese Verordnungen weisen **jedem Landwirt** als Lebensmittel- bzw. Futtermittelunternehmer die Verantwortung für die Erzeugung und das Inverkehrbringen sicherer Lebens- und Futtermittel zu.

7.1 Vorgaben zur Futtermittelsicherheit

Produktion sicherer Futtermittel⁸⁹

Landwirte als Futtermittelunternehmer müssen auf allen Produktions-, Verarbeitungs- und Vertriebsstufen in den ihrer Kontrolle unterstehenden Unternehmen dafür sorgen, dass die Futtermittel die Anforderungen des Lebensmittelrechts erfüllen, die für ihre Tätigkeit gelten und die Einhaltung der Anforderungen überprüfen.

Futtermittel, die nicht sicher sind, dürfen nicht in den Verkehr gebracht oder an zur Lebensmittelgewinnung dienende Tiere verfüttert werden. Futtermittel gelten als nicht sicher in Bezug auf den beabsichtigten Verwendungszweck, wenn davon auszugehen ist, dass sie

- die Gesundheit von Mensch oder Tier beeinträchtigen können,
- bewirken, dass die Lebensmittel, die aus den der Lebensmittelgewinnung dienenden Tieren hergestellt werden, als nicht sicher für den Verzehr durch den Menschen anzusehen sind.

So ist beispielsweise bei einem Nachweis **unzulässiger oder verbotener Stoffe** in Futtermitteln oder bei einem Nachweis von **unerwünschten Stoffen in Futtermitteln** oberhalb geltender Höchstgehalte zu prüfen, ob dadurch die Gesundheit von Mensch oder Tier beeinträchtigt werden kann oder ob diese Verunreinigungen bewirken, dass die Lebensmittel, die aus den der Lebensmittelgewinnung dienenden Tieren hergestellt werden, als nicht sicher für den Verzehr durch den Menschen anzusehen sind.

Für folgende Stoffe, die in der Futtermittelverordnung aufgeführt sind, gelten insbesondere Verbote oder Höchstgehalte:

Unzulässige Stoffe

- z. B. Stoffe, die nicht als Zusatzstoffe zugelassen oder für die jeweilige Tierart nicht zugelassen sind (z. B. antibiotische Leistungsförderer).

Unerwünschte Stoffe, z. B.⁹⁰

- Schwermetalle (z.B. Blei, Cadmium, Arsen, Quecksilber),
- Dioxin,
- Chlorierte Kohlenwasserstoffe (z.B. DDT, Chlordan),
- Mutterkorn,
- Rückstände an Schädlingsbekämpfungsmitteln.

Verbotene Stoffe, z. B.⁹¹

- Kot und Urin,
- Abfälle aus der Behandlung von Abwässern,
- Saatgut (gebeizt).

Information der Behörden, Rückruf und Rücknahme von Futtermitteln⁹²

Erfüllt ein Futtermittel die Anforderungen an die Futtermittelsicherheit nicht, muss der Landwirt als Futtermittelunternehmer dies unverzüglich den zuständigen Behörden mitteilen. Erfolgt diese Meldung nicht, liegt ein Cross Compliance-relevanter Verstoß vor. Genügen in Verkehr gebrachte Futtermittel nicht den Anforderungen an die Futtermittelsicherheit, muss der Landwirt als Futtermittelunternehmer unverzüglich Verfahren einleiten, um diese mit Unterstützung von Handel und Vertrieb vom Markt zu nehmen. Die Mitteilung an die Behörde darf nicht zu einer strafrechtlichen Verfolgung oder für ein Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz gegen den meldenden Landwirt als Futtermittelunternehmer verwendet werden.

Rückverfolgbarkeit⁹³

Die Rückverfolgbarkeit von Futtermitteln muss sichergestellt werden. Dazu muss dokumentiert werden, von wem der landwirtschaftliche Betrieb Futtermittel erhalten oder an wen er sie abgegeben hat. Der Landwirt kann diese Anforderung mit einer geordneten Dokumentation der Wareneingänge und -ausgänge erfüllen. Die Art der Dokumentation ist

nicht spezifisch vorgeschrieben, sie muss aber erlauben, den Behörden im Bedarfsfall über Lieferanten oder Abnehmer schnell und zuverlässig Auskunft zu erteilen. Die Dokumentation kann zum Beispiel in Form von Lieferpapieren erfolgen, die so geordnet abgelegt sind, dass Lieferanten oder Abnehmer, auch in Bezug auf einen bestimmten Zeitraum, identifiziert werden können. Die Dokumentation sollte neben dem Namen und der Anschrift eines Lieferanten oder Abnehmers auch eine zur Identifizierung des Produktes ausreichende Bezeichnung und seine Menge umfassen.

Von diesen Dokumentationspflichten ausgenommen sind Futtermittel, die aus betriebseigener Erzeugung stammen (Primärproduktion) und innerbetrieblich verwendet werden.

Anforderungen an die Futtermittelhygiene⁹⁴

- Futtermittel sind von Chemikalien, Düngemitteln, Bioziden, Pflanzenschutzmitteln, Fütterungsarzneimitteln getrennt zu lagern, um Verunreinigungen oder Kontaminationen von Futtermitteln zu vermeiden,⁹⁵
- Anlagen, Ausrüstungen, Behälter, Transportkisten und Fahrzeuge, mit deren Hilfe Futtermittel hergestellt, behandelt, sortiert, verpackt oder befördert werden, sind sauber zu halten bzw. vor Gebrauch zu säubern und erforderlichenfalls nach Reinigung in geeigneter Weise zu desinfizieren,⁹⁶
- Abfälle und gefährliche Stoffe sind so zu lagern und zu behandeln, dass eine gefährliche Kontamination von Futtermitteln verhindert wird, insbesondere durch eine sichere Lagerung dieser Stoffe,⁹⁷
- Tränkewasser muss – dem Augenschein nach – so beschaffen sein, dass es für die betreffenden Tiere geeignet ist,⁹⁸
- Lagerbereiche und Behälter, Fütterungs- und Tränkeeinrichtungen werden sauber gehalten.⁹⁹
- die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, Bioziden und gentechnisch verändertem Saatgut ist zu dokumentieren.

7.2 Vorgaben zur Lebensmittelsicherheit

Produktion sicherer Lebensmittel¹⁰⁰

Landwirte als Lebensmittelunternehmer müssen auf allen Produktions-, Verarbeitungs- und Vertriebsstufen in den ihrer Kontrolle unterstehenden Unter-

nehmen dafür sorgen, dass die Lebensmittel die Anforderungen des Lebensmittelrechts erfüllen. Die Einhaltung der für die Landwirte als Lebensmittelunternehmer relevanten Anforderungen liegt in ihrer Verantwortung. Relevant sind die lebensmittelrechtlichen Bestimmungen, die für die landwirtschaftliche Tätigkeit gelten.¹⁰¹

Der Landwirt als Lebensmittelunternehmer darf nur sichere Lebensmittel abgeben. Er muss deshalb gegebenenfalls prüfen, ob die Lebensmittelsicherheit gewährleistet ist, wenn ihm Tatsachen bekannt werden, die die Sicherheit der von ihm produzierten Lebensmittel nachteilig beeinflussen könnten.

Lebensmittel sind dann nicht sicher, wenn sie gesundheitsschädlich oder nicht zum Verzehr geeignet sind¹⁰²:

- Eine Gesundheitsschädlichkeit kann erfahrungsgemäß bei Produkten aus der Primärproduktion durch Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden, pharmakologisch wirksamen Substanzen, Kontamination mit Dioxinen, Polychlorierten Biphenylen, Polycyclischen Aromatischen Kohlenwasserstoffen, Schwermetallen, Mykotoxinen, Nitrat oder durch mikrobiologische Belastungen (Krankheitserreger) ausgelöst werden. Die Gesundheitsschädlichkeit von Lebensmitteln wird durch Untersuchung und wissenschaftliche Bewertung des Ergebnisses nachgewiesen.
- Zum Verzehr nicht geeignet sind Lebensmittel, wenn sie infolge einer Kontamination durch Fremdstoffe oder auf sonstige Weise, durch Fäulnis, Verderb oder Zersetzung, nicht für den Verzehr durch den Menschen akzeptabel sind. Auch zur Feststellung der Nichteignung zum Verzehr sind Untersuchungen erforderlich, soweit nicht die sensorischen Eigenschaften (z.B. fauliger Geruch, verschimmelter Produkt) die Nichteignung begründen.

Die Anwendung der guten landwirtschaftlichen Praxis unter Beachtung der allgemeinen Hygiene-grundsätze (Schutz vor Kontamination, angemessene Sauberkeit) führt im Allgemeinen zu sicheren Lebensmitteln. Fehlerhafte Produktionsmethoden (z. B. Überdosierung von Pflanzenschutzmitteln, Verwendung von verschreibungspflichtigen Tierarzneimitteln außerhalb der tierärztlichen Anordnung) sowie individuelle Situationen (z. B. besondere Bodenbelastungen, besondere Emissionsquellen, Krankheitsausbrüche im Bestand) können aber dazu führen, dass die produzierten Lebensmittel nicht mehr sicher sind.

In allen Fällen kann der Landwirt Beratung in Anspruch nehmen (z. B. Berufsverbände, Lebensmittelüberwachungsbehörden), um die notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit und weitere Handlungsoptionen (z. B. Verwertung außerhalb des Lebensmittelbereichs) abzustimmen.

Information der Behörden, Rückruf und Rücknahme von Lebensmitteln¹⁰³

Landwirte als Lebensmittelunternehmer sind verpflichtet, Lebensmittel vom Markt zu nehmen und die Veterinär- bzw. Lebensmittelüberwachungsämter der Landkreise und kreisfreien Städte zu informieren, wenn sie Grund zu der Annahme haben, dass ein von ihnen erzeugtes Lebensmittel nicht sicher ist. Sofern das Lebensmittel bereits den Verbraucher erreicht hat, muss der Landwirt als Lebensmittelunternehmer einen Rückruf einleiten.¹⁰⁴ Die Mitteilung an die Behörde darf nicht zu einer strafrechtlichen Verfolgung oder für ein Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz gegen den meldenden Landwirt als Lebensmittelunternehmer verwendet werden.

Rückverfolgbarkeit¹⁰⁵

Im Falle z.B. einer Gesundheitsgefahr durch Lebensmittel ist die Identifizierung der betroffenen Chargen zur Rücknahme der Produkte vom Markt die wichtigste Maßnahme zum Schutz der Verbraucher. Landwirte als Lebensmittelunternehmer haben deshalb die Rückverfolgbarkeit der Lebensmittel und der der Lebensmittelgewinnung dienenden Tiere sicher zu stellen.

Die Rückverfolgbarkeit der zur Lebensmittelgewinnung dienenden Tiere wird durch die Einhaltung der Vorschriften zur Tierkennzeichnung und – Registrierung (siehe Kap. IV, Nr. 5) erfüllt.

Für Lebensmittel muss dokumentiert werden, von wem der landwirtschaftliche Betrieb sie erhalten oder an wen er sie abgegeben hat. Nur die Abgabe an den Endverbraucher ist von der Dokumentationspflicht ausgenommen. Zukäufe von Lebensmitteln zum Zwecke der Direktabgabe ab Hof sind ebenfalls von der Dokumentationspflicht ausgenommen, da dieses keine landwirtschaftliche Tätigkeit im Sinne von Cross Compliance darstellt. Die Art der Dokumentation ist nicht spezifisch vorgeschrieben, sie muss aber erlauben, den Behörden im Bedarfsfall über Lieferanten oder Abnehmer schnell und zuverlässig Auskunft zu erteilen. Die Dokumentation kann zum Beispiel in Form von Lieferpapieren erfolgen, die so geordnet abgelegt sind, dass Lieferanten oder Abnehmer, auch in Bezug auf einen bestimmten Zeitraum, identifiziert werden

können. Die Dokumentation sollte neben dem Namen und der Anschrift eines Lieferanten oder Abnehmers auch eine zur Identifizierung des Produktes ausreichende Bezeichnung und seine Menge umfassen.

Anforderungen an die Lebensmittelhygiene¹⁰⁶

Bei der Beurteilung der "angemessenen Sauberkeit" ist die Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf die eingesetzte Produktionstechnik und das Umfeld der Produktion sowie ggf. Standards der guten landwirtschaftlichen Praxis und Empfehlungen oder Leitlinien der Beratung bzw. von Verbänden zu beachten. Die Anforderungen ergeben sich insbesondere aus den Festlegungen im Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 852/2004:

- Produktionsanlagen, Ausrüstungen, Behälter, Transportmittel und Lager müssen angemessen sauber sein bzw. müssen vor Gebrauch gereinigt und ggf. desinfiziert werden.
- Kontaminationen durch Tiere und Schädlinge sind zu vermeiden.
- Gefährliche Stoffe (z. B. Pflanzenschutzmittel, Schmiermittel) und Abfälle müssen von Lebensmitteln generell getrennt gelagert werden, um eine Kontamination zu verhindern.
- Soweit erforderlich, muss zur Vermeidung von Kontaminationen Trinkwasser oder sauberes Wasser verwendet werden (z. B. zur Reinigung von Melkanlagen).
- Ergebnisse von Analysen und einschlägige Berichte von Untersuchungen an Tieren, Proben von diesen oder Erzeugnissen tierischen Ursprungs und Pflanzenmaterialproben müssen dokumentiert werden. Dies kann in Form einer chronologischen Ablage eingehender Befundmitteilungen (Eigenuntersuchungen, Behördenmitteilungen, tierärztliche Berichte) erfolgen.
- Die Ergebnisse einschlägiger Analysen von Tier- oder Pflanzenmaterialproben oder sonstiger Proben müssen im weiteren Produktionsverfahren berücksichtigt werden, wenn das Ergebnis für die menschliche Gesundheit von Belang ist.
- Die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden sowie von Tierarzneimitteln ist zu dokumentieren.
- Schlachttiere und erforderlichenfalls andere Nutztiere müssen soweit wie möglich sauber gehalten werden.
- Um zu verhindern, dass durch das Einbringen neuer Tiere in den Betrieb Infektionskrankheiten, die auf den Menschen übertrag-

bar sind, eingeschleppt werden, müssen ggf. Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden (z. B. mittels Quarantänestall oder Zukauf von Tieren mit Gesundheitszeugnis). Welche Infektionserreger darunter fallen und welche Vorkehrungen zu treffen sind, richtet sich nach den zunächst behördlich bestimmten Programmen zur Bekämpfung von Zoonosen sowie nach dem Tierseuchenrecht. Hierüber werden die Landwirte von der zuständigen Behörde bzw. Berufsverbänden informiert.

Milcherzeugung¹⁰⁷

Besondere Anforderungen an die Erzeugung von Milch ergeben sich aus der Verordnung (EG) Nr. 853/2004.

Die Anforderungen umfassen die Sauberkeit und die saubere Aufbewahrung des Melkgeschirrs sowie der Räume, in denen Milch gelagert, behandelt oder gekühlt wird. Diese sollen so gelegen und beschaffen sein, dass eine Kontamination der Milch verhindert wird. Dazu müssen Milchlageräume vor Ungeziefer geschützt und von Räumen, in denen Tiere untergebracht sind, getrennt sein.

Oberflächen von Ausrüstungsgegenständen (wie Melkgeschirr, Behälter, Tanks etc.) müssen leicht zu reinigen und erforderlichenfalls zu desinfizieren sein. Sie müssen einwandfrei instand gehalten werden. Die Oberflächen sollen deshalb aus glatten, waschbaren und ungiftigen Materialien bestehen. Nach Verwendung müssen diese Oberflächen gereinigt und erforderlichenfalls desinfiziert werden. Tanks und Behälter zur Beförderung der Rohmilch müssen mindestens einmal pro Arbeitstag gereinigt und erforderlichenfalls desinfiziert werden.

Am Melkplatz müssen geeignete Waschorrichtungen vorhanden sein, damit die mit dem Melken und dem Umgang mit der Rohmilch betrauten Personen ihre Hände und Arme reinigen können.

Die Milch muss unmittelbar nach dem Melken an einen sauberen Ort verbracht werden, an dem eine Kontamination der Milch ausgeschlossen ist. Bei täglicher Abholung ist die Milch unverzüglich auf eine Temperatur von nicht mehr als 8°C und bei nicht täglicher Abholung auf nicht mehr als 6°C zu kühlen. Diese Temperaturanforderungen gelten nicht für Milch, die den Vorschriften in Bezug auf die somatischen Zellen, die Keimzahl sowie den Gehalt an Antibiotika bzw. Gesamttrückstandsgehalt aller antibiotischer Stoffe genügt und innerhalb von zwei Stunden nach dem Melken verarbeitet wird oder wenn aus technischen Gründen für die Herstellung bestimmter Milcherzeugnisse eine höhere Temperatur erforderlich ist und die zuständige Behörde eine entsprechende Genehmigung erteilt hat.

Darüber hinaus darf Rohmilch nur von Tieren stammen,

- die frei sind von Anzeichen einer Infektionskrankheit, die über die Milch auf den Menschen übertragen werden kann,
- deren allgemeiner Gesundheitszustand gut ist, die keine Anzeichen von Krankheiten haben, die zu einer Kontamination der Milch führen könnte, und insbesondere keine eitrigen Genitalinfektionen, keine Magen-Darm-Erkrankungen mit Durchfall und Fieber haben oder an einer sichtbaren Euterentzündung leiden und keine Euterwunden haben, die die Milch nachteilig beeinflussen könnten,
- denen keine nicht zugelassenen Stoffe und Erzeugnisse verabreicht wurden bzw. die keiner vorschriftswidrigen Behandlung im Sinne der Richtlinie 96/22/EG (siehe Nr. 8) unterzogen wurden,
- bei denen nach Verabreichung zugelassener Erzeugnisse oder Stoffe die vorgeschriebene Wartezeit eingehalten wurde,
- die in Bezug auf Brucellose und Tuberkulose die Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 853/2004, Anhang II Abschnitt IX, Kapitel I Nr. 2 und 3 erfüllen,
- und sofern Ziegen mit Kühen zusammen gehalten werden, die Ziegen auf Tuberkulose untersucht und getestet wurden.

Tiere, die Anzeichen einer Infektionskrankheit zeigen, die auf den Menschen übertragen werden kann oder die eine Kontamination der Milch zur Folge haben könnte oder die Brucellose- oder Tuberkulose infiziert oder infektiösverdächtig sind, müssen isoliert werden, so dass eine nachteilige Beeinflussung der Milch anderer Tiere vermieden wird.

Das Melken muss unter hygienisch einwandfreien Bedingungen¹⁰⁸ stattfinden, insbesondere

- müssen Zitzen, Euter und angrenzende Körperteile vor Melkbeginn sauber sein,
- darf Milch mit abnormen Merkmalen (organoleptisch oder physikalisch-chemische Merkmale) nicht für den menschlichen Verzehr verwendet werden,
- darf Milch von Tieren mit klinischen Anzeichen einer Eutererkrankung nur nach

Anweisung eines Tierarztes für den menschlichen Verzehr verwendet werden,

- dürfen Zitzenbäder oder –sprays nur verwendet werden, wenn sie von der zuständigen Behörde zugelassen wurden,
- tragen die Personen, die für das Melken und/oder die weitere Behandlung zuständig sind, geeignete saubere Arbeitskleidung¹⁰⁹.

Anforderungen an die Rohmilch¹¹⁰

In jedem Milcherzeugungsbetrieb muss Rohmilch in einer repräsentativen Anzahl Proben, die nach dem Zufallsprinzip gezogen werden, auf ihren Gehalt an somatischen Zellen und ihre Keimzahl untersucht werden. Dies erfolgt entweder durch das Lebensmittelunternehmen, das die Milch abholt oder muss andernfalls vom Milcherzeuger selbst veranlasst werden. Bei Abholung durch die Molkerei ist die Durchführung dieser Untersuchungen in der Regel sichergestellt.

Die Rohmilch muss folgenden Kriterien genügen:

- **Kuhmilch:**
 - Keimzahl bei 30°C (pro ml) kleiner/gleich 100.000 (über zwei Monate ermittelter geometrischer Mittelwert bei mindestens zwei Probenahmen je Monat) und
 - Somatische Zellen (pro ml) kleiner/gleich 400.000 (über drei Monate ermittelter geometrischer Mittelwert bei mindestens einer Probenahme je Monat, es sei denn, die *zuständige Behörde* schreibt eine andere Methode vor, die den saisonalen Schwankungen der Produktionsmenge Rechnung trägt.).
- **Rohmilch von anderen Tieren:**
 - Keimzahl bei 30°C (pro ml) kleiner/gleich 1.500.000 (über zwei Monate ermittelter geometrischer Mittelwert bei mindestens zwei Probenahmen je Monat).
- **Rohmilch von anderen Tieren, die zur Herstellung von Rohmilcherzeugnissen nach einem Verfahren ohne Hitzebehandlung bestimmt ist:**
 - Keimzahl bei 30°C (pro ml) kleiner/gleich 500.000 (über zwei Monate ermittelter geometrischer Mittelwert

bei mindestens zwei Probenahmen je Monat).

Zusätzlich muss der Landwirt als Lebensmittelunternehmer mit geeigneten Verfahren sicherstellen, dass Rohmilch nicht in den Verkehr gelangt, wenn Rückstandsgehalte von Antibiotika die höchstzulässigen Werte überschreiten. Entsprechende Untersuchungen werden in der Regel von der Molkerei durchgeführt. Andernfalls müssen sie vom Milcherzeuger selbst veranlasst werden.

Geeignete Verfahren sind:

- Dokumentation der Anwendung von Arzneimitteln wie Eutertuben, Salben, Medizinalfutter, Injektionen, Gebärmutterstäbe, Zitzenbäder und Sprays, die Antibiotika enthalten können (siehe Bestandsbuch und Belege des Tierarztes, Kapitel IV, Nr. 8),
- Kennzeichnung von Tieren, die in der Wartezeit sind, um versehentliche Abgabe der Milch dieser Tiere zu verhindern (z.B. durch farbige Fußbänder),
- gesondertes Melken von Tieren in der Wartezeit erst am Ende oder mit gesondertem Melkzeug.

Alle Untersuchungsergebnisse müssen dokumentiert werden.

Genügt die Rohmilch nicht den genannten Anforderungen, so muss der Landwirt als Lebensmittelunternehmer dies der zuständigen Behörde melden und durch geeignete Maßnahmen Abhilfe schaffen.

Eiererzeugung¹¹¹

Eier müssen im Erzeugerbetrieb bis zur Abgabe trocken und sauber gehalten werden. Sie müssen vor Fremdgeruch, Stößen und Sonneneinstrahlung bis zur Abgabe geschützt werden. Eier müssen vorzugsweise bei einer konstanten Temperatur aufbewahrt und befördert werden.

Eier müssen binnen 21 Tagen nach dem Legen an den Verbraucher abgegeben werden.

8 Richtlinie über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe in der tierischen Erzeugung

Betroffen sind Direktzahlungsempfänger, die Tiere zur Lebensmittelgewinnung halten.

Die Richtlinie über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe mit hormonaler bzw. thyreostatischer Wirkung und von β -Agonisten in der tierischen Erzeugung¹¹² ist in Deutschland durch die Verordnung über Stoffe mit pharmakologischer Wirkung und die Verordnung über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe bei der Herstellung von Arzneimitteln zur Anwendung bei Tieren umgesetzt worden.

Die Anwendung von Stoffen mit thyreostatischer, östrogenen, androgenen oder gestagenen Wirkung sowie von Stilbenen und β -Agonisten bei Nutztieren ist grundsätzlich verboten. Unter das Verbot fallen alle Hormone mit einer wachstumsfördernden Wirkung. Ausnahmen von diesem Verbot sind nur in wenigen Fällen zur therapeutischen oder tierzuchtlichen Behandlung von Lebensmittel liefernden Tieren vorgesehen.

Die **zur therapeutischen Behandlung** in bestimmten Fällen zugelassenen Fertigarzneimittel, die Stoffe mit hormonaler Wirkung oder β -Agonisten enthalten, dürfen nur vom Tierarzt angewandt werden. Der Landwirt darf derartige Tierarzneimittel nicht in seinem Besitz haben. Behandelte Tiere dürfen erst nach Ablauf der Wartezeit geschlachtet werden.

Eine weitere Ausnahme besteht für Fertigarzneimittel, die zur **Brunstsynchrisation** oder zur Vorbereitung von Spender- oder Empfängertieren für den **Embryotransfer** bestimmt sind und vom Tierarzt dafür verschrieben oder im Rahmen einer ordnungsgemäßen Behandlung abgegeben wurden. Diese Präparate dürfen nur an eindeutig identifizierte Nutztiere zu dem oben genannten Zweck verabreicht werden.

Der mit den Arzneimitteln übergebene Anwendungs- und Abgabebeleg des Tierarztes ist vom Tierbesitzer 5 Jahre aufzubewahren. Die behandelten Tiere, das verabreichte Tierarzneimittel, dessen Menge und die Verabreichungsart sowie Wartezeit und anwendende Person sind in das Bestandsbuch einzutragen. Eine Behandlung von Masttieren ist verboten.

Die Einhaltung der genannten Verbote wird u. a. im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplanes (NRKP) überwacht. Der NRKP dient der Aufklärung der Ursachen von Rückständen in Lebensmitteln tierischen Ursprungs. Dabei stehen die Aufdeckung von illegalen Anwendungen verbotener Stoffe sowie die Überprüfung der Einhaltung der festgelegten Höchstmengen für Rückstände von zugelassenen Tierarzneimitteln im Vordergrund.

Die zielorientierte Probenahme zur Kontrolle auf Rückstände pharmakologisch wirksamer Stoffe erfolgt durch die Veterinär- bzw. Lebensmittelüberwachungsämter der Landkreise und kreisfreien Städte direkt in den landwirtschaftlichen Betrieben bei Tieren, die zur Lebensmittelgewinnung bestimmt sind (z. B. über Blut- und Urinproben) und in den Schlachthöfen bei geschlachteten Tieren (z. B. über Muskulatur-, Fett-, Organproben). Die Proben werden in amtlichen Laboratorien insbesondere auf Rückstände verbotener Stoffe sowie auf Rückstände von zugelassenen Tierarzneimitteln untersucht. Werden verbotene Stoffe nachgewiesen, nimmt die zuständige Veterinärbehörde auf der Grundlage des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches (LFGB) Ermittlungen über die Ursachen für das Vorhandensein der nachgewiesenen Rückstände auf. Dazu gehören auch Kontrollen im Herkunftsbetrieb des untersuchten Tieres. Bei positiven Rückstandsergebnissen sollen die Länder Vollzugsmaßnahmen ergreifen, z. B. kann die Behörde die Abgabe von Tieren aus dem betroffenen Betrieb verbieten und Proben von weiteren Tieren des Bestandes entnehmen und untersuchen lassen.

Der Nachweis von Rückständen eines verbotenen Stoffes stellt einen Verstoß gegen die Verpflichtungen zur Einhaltung der Grundanforderungen nach der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 dar, es sei denn, die Ergebnisse der sich anschließenden Überprüfungen und Untersuchungen belegen, dass der Landwirt nicht für die Verabreichung des verbotenen Stoffes verantwortlich ist. Dies kann zum Beispiel dann der Fall sein, wenn das betroffene Tier unmittelbar vor der Entnahme der Probe erworben wurde.

9 Verfütterungsverbot

Betroffen sind Direktzahlungsempfänger, die Futtermittel an Tiere verfüttern, die zur Lebensmittelgewinnung dienen.

Die Verpflichtungen und entsprechende Ausnahmeregelungen hinsichtlich der Verfütterung bestimmter Futtermittel an Tiere ergeben sich für den Landwirt aus der TSE-Verordnung¹¹³.

9.1 Verfütterungsverbote bestimmter Futtermittel¹¹⁴

Für die Verfütterung bestimmter Futtermittel an Nutztiere, ausgenommen Nutztiere, die zur Pelzgewinnung gehaltene Fleischfresser sind, gelten **Verfütterungsverbote** für:

- a) verarbeitetes tierisches Protein, das definiert ist als ausschließlich aus Material der Kategorie 3 gewonnenes Eiweiß¹¹⁵
- b) aus Wiederkäuern gewonnene Gelatine,
- c) Blutprodukte,
- d) hydrolysiertes Protein,
- e) Di-Calciumphosphat und Tri-Calciumphosphat tierischen Ursprungs (z. B. Knochenmehl) an Nutztiere, ausgenommen von zur Gewinnung von Pelzen gehaltenen Nutztieren,
- f) Futtermittel, die in den Buchstaben a) bis e) aufgeführten Proteine enthalten und
- g) tierische Proteine und Futtermittel, die solche Proteine enthalten, an Wiederkäuer.

9.2 Generelle Ausnahmen vom Verfütterungsverbot¹¹⁶

Die Verfütterungsverbote an Nutztiere gelten nicht für:

- a) Milch, Erzeugnisse auf Milchbasis und Kolostrum,
- b) Eier und Eiererzeugnisse,
- c) aus Nichtwiederkäuern gewonnene Gelatine,
- d) hydrolysierte Proteine aus Teilen von Nichtwiederkäuern sowie aus Wiederkäuerhäuten und -fellen.

Landwirtschaftliche Betriebe, die keine Wiederkäuer halten, dürfen fischmehlhaltige Mischfuttermittel ohne besondere Reglementierung an Nutztiere verfüttern, sofern diese Futtermittel direkt verfüttert werden.

9.3 Behördliche Ausnahmen vom Verfütterungsverbot¹¹⁷

Für die Futtermittel-Ausgangserzeugnisse Fischmehl, Di-Calciumphosphat und Tri-Calciumphosphat, aus Nichtwiederkäuern gewonnene Blutprodukte für die Verfütterung an Nutztiere, die keine Wiederkäuer sind, und für aus Nichtwiederkäuern gewonnenes Blutmehl für die Verfütterung an Fische gelten Ausnahmen von den vorgenannten Verboten, sofern die rechtsverbindlichen besonderen Verwendungsbedingungen eingehalten werden. Diese Bedingungen bezwecken insbesondere die Vermeidung von Verunreinigungen von Futtermitteln für Wiederkäuer mit verbotenen tierischen Proteinen. Hierzu gehören besondere Kennzeichnungs- und Aufzeichnungspflichten sowie Herstellungs-, Lagerungs- und Transportbedingungen.

Für bestimmte Ausnahmen muss der landwirtschaftliche Betrieb bei der zuständigen Behörde eine **Gestattung, Registrierung oder Zulassung** erwirken. Die zuständige Behörde ist für Niedersachsen das Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit; Dezernat 41 – Futtermittelüberwachung, Postfach 3949 in 26029 Oldenburg.

Eine **Gestattung** ist für Betriebe notwendig

- die Wiederkäuer halten und
- die Fischmehl enthaltende Futtermittel lagern und unmittelbar (ohne Mischen) an Nichtwiederkäuer verfüttern.

Die Gestattung wird erteilt, wenn nach Einschätzung der Behörde in dem Betrieb Maßnahmen angewandt werden, die zuverlässig ausschließen, dass Fischmehl enthaltende Futtermittel an Wiederkäuer verfüttert werden.

Betriebe, die fischmehlhaltige Futtermittel für das Mischen von Futtermitteln verwenden, benötigen hierfür entweder eine Registrierung bei der oder eine Zulassung durch die zuständige Behörde:

Eine **Registrierung** ist für selbstmischende landwirtschaftliche Betriebe ausreichend, die

- keine Wiederkäuer halten,
- fischmehlhaltige Alleinfuttermittel ausschließlich unter Verwendung fischmehlhaltiger Ergänzungsfuttermittel herstellen,

- dabei nur fischmehlhaltige Ergänzungsfuttermittel mit einem Rohproteingehalt von weniger als 50 % verwenden (Mischungen von z. B. 97 % Fischmehl und 3 % Sojaschrot dürfen deshalb nicht verwendet werden) und
- diese lediglich im eigenen Betrieb verwenden.

Eine **Zulassung** ist für Betriebe notwendig, die sowohl Futtermittel für Wiederkäuer als auch Fischmehl enthaltende Futtermittel für Nichtwiederkäuer herstellen und verfüttern. Für diese Betriebe gilt:

- Die für Wiederkäuer bestimmten losen und verpackten Futtermittel müssen in Einrichtungen hergestellt, befördert, gelagert und aufbewahrt werden, die räumlich von Einrichtungen getrennt sind, in denen Fischmehl und lose Futtermittel, die Fischmehl enthalten, hergestellt, gelagert, befördert oder verpackt werden (strikte Trennung der Futtermittel).
- Aufzeichnungen mit Angaben über den Kauf und die Verwendung von Fischmehl sowie

über den Verkauf von Fischmehl enthaltenden Futtermitteln müssen mindestens 5 Jahre lang zur Verfügung gehalten werden.

- Die für Wiederkäuer bestimmten Futtermittel müssen routinemäßig untersucht werden, um sicherzustellen, dass sie keine verbotenen Proteine und damit auch kein Fischmehl enthalten.

Analoge Bestimmungen für die Gestattung, Registrierung und Zulassung bestehen auch für die Produkte Di-/Tricalciumphosphat, Blutprodukte und Blutmehl.

Des Weiteren kann die zuständige Behörde das Verfüttern von mit Knochenfragmenten verunreinigten Knollen- und Wurzelfrüchten und Futtermitteln, die solche Erzeugnisse enthalten (z. B. Zuckerrübenschnitzel), freigeben, sofern eine Risikobewertung der zuständigen Behörde ergeben hat, dass Bedenken im Hinblick auf die Übertragung transmissibler spongiformer Enzephalopathien (z. B. BSE) nicht bestehen.

10 Tierseuchen

Betroffen sind Direktzahlungsempfänger, die Rinder einschließlich Bisons, Wisenten und Wasserbüffel, Schweine, Schafe und Ziegen oder Pferde halten

Es gelten hier folgende Regelungen:

- TSE-Verordnung¹¹⁸,
- MKS-Richtlinie¹¹⁹,
- Richtlinie mit allgemeinen Gemeinschaftsmaßnahmen zur Bekämpfung bestimmter Tierseuchen sowie besonderen Maßnahmen bezüglich der vesikulären Schweinekrankheit¹²⁰,
- Richtlinie mit besonderen Bestimmungen für Maßnahmen zur Bekämpfung und Tilgung der Blauzungenkrankheit¹²¹.

Durchführungsbestimmungen zu den genannten EG-Vorschriften (Rechtsakten) finden sich im nationalen Tierseuchengesetz¹²² sowie der Verordnung über anzeigepflichtige Tierseuchen¹²³.

10.1 Meldung von Tierseuchen¹²⁴

Landwirte, die die oben genannten Tiere halten, sind verpflichtet,

zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung

- der Transmissiblen Spongiformen Enzephalopathie (TSE) (*hier*: Bovine Spongiforme Enzephalopathie (BSE) und Scrapie),

zur Bekämpfung

- der Maul- und Klauenseuche (MKS),
- der Rinderpest,
- der Pest der kleinen Wiederkäuer,
- der Vesikulären Schweinekrankheit,
- der Epizootischen Hämorrhagie der Hirsche (EHD),
- der Schaf- und Ziegenpocken (Capripox),
- der Stomatitis vesicularis (bläschenartige Maulschleimhautentzündung),
- der Afrikanischen Schweinepest (ASP),
- der Dermatitis nodularis (Lumpy-skin-Krankheit - knötchenartige Hautentzündung) und
- des Rifttal-Fiebers sowie

zur Bekämpfung und Tilgung

- der Blauzungenkrankheit

den **Verdacht** oder den **Ausbruch** einer der oben genannten Tierseuchen unverzüglich – auch am Wochenende – dem zuständigen Veterinäramt anzuzeigen.¹²⁵

Nähere Erläuterungen über das Wesen, die Weiterverbreitung und das klinische Erscheinungsbild der einzelnen Tierkrankheiten/Tierseuchen finden sich in Anlage 6 dieser Broschüre. Darüber hinaus stehen dem Landwirt ergänzende Informationen in der AID-Broschüre „Anzeigepflichtige Tierseuchen“ (ISBN 3-8308-0367-2) zur Verfügung.

10.2 Weitere Tierhalterpflichten¹²⁶

Neben der Verpflichtung zur Anzeige des Verdachts oder des Ausbruchs von **BSE** oder **Scrapie** sind für den Tierhalter folgende Sachverhalte von Relevanz:

A. Verbringungssperre für Tiere aus dem Bestand im Falle des Verdachts auf BSE oder Scrapie¹²⁷

Bis zum Vorliegen der Ergebnisse einer von der zuständigen Behörde durchgeführten Untersuchung auf BSE oder Scrapie unterliegen alle Rinder, Schafe oder Ziegen des Bestandes einer amtlichen Verbringungssperre und dürfen nicht aus dem Bestand verbracht werden. Den Anweisungen der zuständigen Behörde ist strikt zu folgen.

B. Maßnahmen im Falle der Bestätigung von BSE oder Scrapie

Im Falle der Bestätigung von BSE oder Scrapie sind die amtlich angeordneten Maßnahmen strikt zu beachten.¹²⁸

C. Bedingungen für das Inverkehrbringen von Rindern, Schafen oder Ziegen oder von ihrem Sperma, ihren Embryonen oder ihren Eizellen, unabhängig vom Vorliegen eines Verdachts auf oder der Bestätigung von BSE oder Scrapie

1. Innergemeinschaftlicher Handel¹²⁹

Beim innergemeinschaftlichen Handel mit Rindern, deren Samen, Eizellen oder Embryonen sind die gemeinschaftsrechtlich vorgeschriebenen Gesundheitsbescheinigungen mitzuführen.

Für den innergemeinschaftlichen Handel mit Schafen und Ziegen, ihren Embryonen oder ihren Eizellen sind folgende Anforderungen einzuhalten:

a) Zuchtschafe und -ziegen sind entweder Schafe des Prionprotein-Genotyps ARR/ARR oder Schafe oder Ziegen, die ab Geburt oder in den letzten drei Jahren ununterbrochen in einem Betrieb/in Betrieben gehalten wurden, der/die die folgenden Bedingungen mindestens drei Jahre lang erfüllt/e:

- er/sie ist/sind regelmäßig von einem amtlichen Tierarzt kontrolliert;
- die Tiere sind gekennzeichnet;
- es wurde kein Fall von Scrapie bestätigt;
- es sind Kontrollen durch Probenahmen bei alten weiblichen Tieren durchgeführt worden, die zur Schlachtung bestimmt sind;
- in den Betrieb sind weibliche Tiere, mit Ausnahme von Schafen des Prionprotein-Genotyps ARR/ARR, nur aus Betrieben aufgenommen worden, die dieselben Anforderungen erfüllen;
- alle im Haltungsbetrieb verendeten oder getöteten über 18 Monate alten Tiere werden in zugelassenen Labors mit festgelegten Laborverfahren auf Scrapie untersucht (detaillierte Regelungen sind bei der zuständigen Behörde zu erfragen);
- Schafe und Ziegen, mit Ausnahme von Schafen des Prionprotein-Genotyps ARR/ARR, sind nur dann in den Haltungsbetrieb aufgenommen worden, wenn sie von einem Haltungsbetrieb stammen, der dieselben Anforderungen erfüllt.

b) Seit 1. Januar 2005 müssen

- Samen und Embryonen von Schafen und Ziegen gewonnen werden, die ununterbrochen ab Geburt oder während der letzten drei Lebensjahre in einem Haltungsbetrieb/Haltungsbetrieben gehalten wurden, der/die die unter a) genannten Anforderungen erfüllt hat/haben, oder
- Samen und Embryonen von Schafen und Ziegen, im Fall von Samen von Schafen von männlichen Tieren des Prionprotein-Genotyps ARR/ARR gewonnen werden oder
- Embryonen von Schafen von weiblichen Tieren des Prionprotein-Genotyps ARR/ARR gewonnen werden.

c) Für Schlachtschafe und -Ziegen gelten im Hinblick auf Scrapie im innergemeinschaftlichen Handel keine weiteren Anforderungen als die weiter unten unter Nr. 3 – Verbot des Handels - genannten.

Sendungen von Schafen und Ziegen sowie ihren Embryonen und Eizellen müssen von den gemeinschaftsrechtlich vorgeschriebenen Gesundheitsbescheinigungen begleitet werden. Detaillierte Regelungen sind beim zuständigen Veterinäramt zu erfragen.

2. Einfuhr von Rindern, Schafen oder Ziegen oder von ihrem Sperma, ihren Embryonen oder ihren Eizellen¹³⁰

Bei der Einfuhr von Rindern, Schafen oder Ziegen, deren Sperma, ihren Embryonen oder ihren Eizellen ist auf die Vorlage der einschlägigen gemeinschaftsrechtlich vorgeschriebenen Gesundheitsbescheinigungen zu achten. Diesbezügliche detaillierte Regelungen sind beim zuständigen Veterinäramt zu erfragen.

3. Verbot des Handels¹³¹

Das Inverkehrbringen der ersten Nachkommengeneration BSE-verdächtiger/-infizierter Rinder bzw. Scrapie-verdächtiger/-infizierter Schafe oder Ziegen oder von Sperma, Embryonen oder Eizellen BSE-verdächtiger/-infizierter Rinder bzw. Scrapie-verdächtiger/-infizierter Schafe oder Ziegen, die innerhalb von zwei Jahren vor oder nach dem Auftreten der ersten klinischen Krankheitsanzeichen geboren wurden, ist verboten.

V KONTROLL- UND SANKTIONSSYSTEM

1 Kontrolle

Die Kontrolle der Landwirte hinsichtlich der Einhaltung der Cross Compliance-Verpflichtungen obliegt den in den Ländern zuständigen Fachrechtsbehörden. Die Kontrollen können von den Zahlstellen übernommen werden, wenn deren Kontrollen ebenso wirksam sind, wie die Kontrollen der Fachrechtsbehörden. Die Kontrollen erfolgen grundsätzlich unangekündigt.

1.1 Systematische Kontrolle

Das EG-Recht schreibt grundsätzlich vor, dass die Einhaltung der anderweitigen Verpflichtungen von der fachlich zuständigen Behörde bei mindestens **1% der Betriebsinhaber, die einen Antrag auf Direktzahlungen stellen, systematisch vor Ort kontrolliert werden müssen**. Das jeweilige Fachrecht kann jedoch einen anderen Mindestkontrollsatz vorsehen, der dann maßgeblich ist (z.B. 5 % bei der Registrierung und Kennzeichnung von Rindern).

1.2 Weitere Kontrollen (Cross Checks)

Neben den systematischen Kontrollen sind von den fachlich zuständigen Behörden (z.B. Landwirtschafts-, Veterinär- oder Naturschutzbehörde) **alle weiteren festgestellten Verstöße gegen die anderweitigen Verpflichtungen** durch einen Empfänger von Direktzahlungen an die Prämienbehörde **zu melden**. Solche anlassbezogene Cross Checks können auf Grund von Hinweisen anderer Behörden, aber auch von Dritten veranlasst sein, wenn diesen vermuteten Verstößen durch die Fachrechtsbehörde nachgegangen wird.

Dieses aus zwei Komponenten bestehende Kontrollsystem ist notwendig, weil sich die systematische Kontrolle nur auf solche Gegenstände beziehen kann, die einem systematischen Kontrollverfahren auf der Basis einer vorherigen Auswahl von bestimmten Betrieben überhaupt zugänglich sind. Die systematische Kontrolle konzentriert sich daher vor allem auf die Prüfung von Unterlagen sowie auf Buch- und Sichtprüfungen. Durch die Cross Checks können dagegen alle Sachverhalte überprüft werden, die zufällig aufgefallen sind und vermutlich Verstöße gegen die anderweitigen Verpflichtungen darstellen.

Unabhängig von der Art der Kontrollen führen alle festgestellten Verstöße gegen CC-Prüfinhalte zu einer Kürzung der Direktzahlungen.

Um den Kontrollaufwand zu begrenzen, können die systematischen **Kontrollen gebündelt werden**, d.h. bei einem Prüfbesuch werden im selben Betrieb mehrere Anforderungen oder Standards überprüft.

2 Bewertung eines Verstoßes gegen die anderweitigen Verpflichtungen

Die den Verstoß feststellende Behörde erstellt einen Kontrollbericht und bewertet den Verstoß.

Hinweis: Relevant für die Kürzung der Direktzahlungen ist die Nichterfüllung einer oder mehrerer anderweitiger Verpflichtungen nur dann, wenn dies im Rahmen einer landwirtschaftlichen Tätigkeit oder auf einer landwirtschaftlichen Fläche des Betriebs (einschl. obligatorisch stillgelegter oder aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommener Flächen) erfolgte.

Bei der Bewertung wird generell auf die Kriterien **Häufigkeit, Ausmaß, Schwere und Dauer** abgestellt. Diese Begriffe sind wie folgt zu verstehen:

- ▶ **Häufigkeit:** Wiederholte Nichteinhaltung derselben Anforderung innerhalb von 3 aufeinander folgenden Jahren, vorausgesetzt der Betriebsinhaber wurde auf den vorangegangenen Verstoß hingewiesen und er hatte die Möglichkeit, die erforderlichen Maßnahmen zur Abstellung dieses Verstoßes zu treffen.
- ▶ **Ausmaß:** Der räumliche Bezug, insbesondere ob der Verstoß weit reichende Auswirkungen hat oder auf die Flächen des Betriebes oder den Betrieb selbst begrenzt ist.

- ▶ **Schwere:** Bezogen auf die Ziele, die mit der betreffenden Rechtsvorschrift erreicht werden sollen.
- ▶ **Dauer:** Insbesondere bezogen auf die Länge des Zeitraums, in dem die Auswirkungen festzustellen sind, oder welche Möglichkeiten bestehen, die Auswirkungen mit angemessenen Mitteln abzustellen.

Die zuständige Fachbehörde hat nach diesen Kriterien den festgestellten **Verstoß** als **leicht**, **mittel** oder **schwer** zu bewerten. Aufgrund dieser Bewertung kürzt die Prämienbehörde dann die Direktzahlungen (Sanktion).

3 Sanktionshöhe

- ▶ Bei einem **fahrlässigen Verstoß** werden die gesamten Direktzahlungen eines Betriebes bei
 - leichtem Verstoß um 1 %,
 - mittlerem Verstoß um 3 %
 - schwerem Verstoß um 5 %

gekürzt.

Die Cross Compliance-Regelungen sind in vier Bereiche zusammengefasst:

- 1. Bereich: Umwelt (laufende Nr. 1-5 der Anlage 2)
- 2. Bereich: Lebens- und Futtermittelsicherheit, Tierkennzeichnung, Tiergesundheit (laufende Nr. 6-15 der Anlage 2)
- 3. Bereich: Tierschutz (laufende Nr. 16-18 der Anlage 2)
- 4. Bereich: Vorgaben zur Erhaltung der Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand sowie ein Genehmigungsgebot für Dauergrünlandumbruch bzw. die Wiederansaatverpflichtung von Dauergrünland

Mehrere Verstöße innerhalb eines Jahres in einem Bereich werden wie ein Verstoß sanktioniert. Werden innerhalb eines Bereichs unterschiedliche Kürzungssätze verhängt, gilt als Kürzungssatz für den gesamten Bereich der jeweils höchste Wert. Der zulässige Kürzungssatz kann somit bei fahrlässigen Verstößen maximal 5 % betragen.

Beispiel:

Ein Betriebsinhaber verstößt in einem Jahr sowohl gegen eine relevante Regelung der Düngeverordnung als auch gegen eine gesetzliche Auflage der Klärschlammverordnung.

Verstoß (mittel) gegen Düngeverordnung: Kürzungssatz 3 %

Verstoß(mittel) gegen Klärschlammverordnung: Kürzungssatz 3 %

Gesamtkürzung 3 %

Beide Verstöße sind dem ersten Bereich (Umwelt) zuzuordnen. Deshalb werden sie als ein Verstoß gewertet und die Gesamtkürzung beträgt 3 %. Läge ein mittlerer Verstoß gegen die Düngeverordnung (Kürzungssatz 3 %) und ein schwerer Verstoß gegen die Klärschlammverordnung vor (Kürzungssatz 5 %), betrüge die Gesamtkürzung 5 %.

Bei Verstößen in mehreren Bereichen werden die festgesetzten Kürzungssätze addiert, wobei der **gesamte Kürzungssatz 5 % nicht überschreiten darf**.

Beispiel:

Ein Betriebsinhaber verstößt gegen eine relevante Regelung im Bereich der Umwelt (z.B. Düngeverordnung und Vogelschutzrichtlinie) sowie gegen eine Regelung im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tierkennzeichnung und Tiergesundheit (z.B. Tierkennzeichnung).

Verstöße (mittel) gegen Düngeverordnung u. Vogelschutzrichtlinie: Kürzungssatz 3 %

Verstoß (mittel) gegen Tierkennzeichnung: Kürzungssatz 3 %

Kappung der Gesamtkürzung auf 5 %

Anstatt einer Gesamtkürzung von 6 % (3 % + 3 %) werden die Direktzahlungen aufgrund der Obergrenze insgesamt nur um 5 % gekürzt.

Ist ein Verstoß allerdings für zwei oder mehr Bereiche relevant, so wird er nur einmal berücksichtigt.

Beispiel:

Ein Verstoß gegen das Beseitigungsverbot von Landschaftselementen, welches sowohl ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie (1. Bereich) als auch gegen die Vorgaben zur Erhaltung von Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (4. Bereich) darstellen kann, wird als ein Verstoß gewertet.

Im **Wiederholungsfall**, d.h. wenn sich ein Verstoß gegen eine relevante Anforderung einer Verordnung oder Richtlinie innerhalb von 3 Jahren wiederholt, wird der anzuwendende Kürzungssatz um den **Faktor 3 erhöht**. Bei jedem Wiederholungsfall wird der Faktor 3 auf das vorangegangene Ergebnis angewendet. Die Sanktion darf jedoch **bei Fahrlässigkeit eine Obergrenze von 15 %** nicht überschreiten.

Beispiele:

a) Ein Betriebsinhaber verstößt gegen eine relevante Bestimmung der Düngeverordnung. Im darauf folgenden Jahr wird dieser Verstoß erneut festgestellt.

erstmaliger Verstoß (mittel): Kürzungssatz 3 %

*erneuter Verstoß (vorheriger Kürzungssatz * 3)*

Gesamtkürzung im zweiten Jahr 9 %

*Da es sich im zweiten Jahr um einen Wiederholungsfall handelt, beträgt die Sanktion dann 9 % (3 * 3 %).*

b) Der Betriebsinhaber aus dem Beispiel a) wiederholt auch im dritten Jahr diesen Verstoß gegen die Düngeverordnung.

erstmaliger Verstoß (mittel): Kürzungssatz 3 %

erster Wiederholungsfall: Kürzungssatz 9 %

*zweiter Wiederholungsfall: (vorheriger Kürzungssatz * 3)*

Kappung der Gesamtkürzung auf 15 %

*Bei der zweiten Wiederholung wird nicht der errechnete Wert von 27 % (3 * 9 %), sondern lediglich die Obergrenze von 15 % als Kürzungssatz angewendet.*

Wird der maximale Prozentsatz von 15 % erreicht, erhält der Empfänger der Direktzahlungen eine Information, dass ein erneuter Verstoß gegen die gleiche relevante Verpflichtung wie **Vorsatz** gewertet wird.

Beispiel:

Der Betriebsinhaber aus dem obigen Beispiel wiederholt auch im vierten Jahr diesen Verstoß gegen die Düngerverordnung. Er ist nach dem zweiten Wiederholungsfall darauf hingewiesen worden, dass jede weitere Wiederholung als Vorsatz gilt.

erstmaliger Verstoß (mittel): Kürzungssatz 3 %

erster Wiederholungsfall: Kürzungssatz 9 %

zweiter Wiederholungsfall: Kürzungssatz 27 % (gekappt auf 15 %)

dritter Wiederholungsfall

Gesamtkürzung **20 % oder höher**

Nachdem der Betriebsinhaber darauf hingewiesen wurde, dass eine Wiederholung als Vorsatz angesehen wird, gilt die Obergrenze von 15 % nicht mehr. Entsprechend wird dieser Verstoß mit einem Sanktionssatz von 20 % oder mehr bewertet.

Kommt es zu einem **Zusammentreffen von einem erstmaligen Verstoß und Wiederholungsverstößen** greift die Kappungsgrenze von 5 % nicht. Solange jedoch kein Vorsatz festgestellt wird, gilt die Obergrenze von 15 %.

Beispiel:

Ein Betriebsinhaber verstößt gegen eine relevante Anforderung der Düngerverordnung. Im folgenden Jahr wird eine Wiederholung dieses Verstoßes festgestellt. Zusätzlich hält dieser Betriebsinhaber in diesem Jahr eine Regelung im Bereich Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tierkennzeichnung und Tiergesundheit (Tierkennzeichnung) erstmalig nicht ein.

erster Wiederholungsfall Verstoß (mittel) gegen Düngerverordnung: Kürzungssatz 9 %

erstmaliger Verstoß (mittel) gegen Tierkennzeichnung: Kürzungssatz 3 %

Gesamtkürzung 12 %

Die Addition der beiden Kürzungssätze ergibt eine Gesamtkürzung von 12 %, die Kappungsregelung auf 5 % bei erstmalig festgestellten Verstößen greift nicht.

- Bei einem **vorsätzlichen Verstoß** erfolgt in der Regel eine Kürzung der gesamten Direktzahlungen eines Betriebes um **20 %**. Auf der Grundlage der Beurteilung der Bedeutung des Verstoßes durch die Fachbehörde kann dieser Prozentsatz auf **mindestens 15 %** verringert oder auf **maximal 100 %** erhöht werden. In besonders schweren Fällen können die Direktzahlungen auch für mehr als ein Jahr komplett versagt werden.

VI ANLAGEN

1 Humusbilanz und Bodenumusuntersuchung

1.1 Grenzwert für die Humusbilanz

Der Humusbilanzsaldo soll im Bereich zwischen - 75 kg Humus-C/ha/Jahr und + 125 kg Humus-C/ha/Jahr liegen und darf den Wert von - 75 kg Humus-C/kg/Jahr im dreijährigen Durchschnitt nicht unterschreiten.

Berechnungsverfahren:

Bilanzierung des Humusbedarfs der angebauten Fruchtarten und der Humusreproduktion durch Verbleib von Ernteresten und Zufuhr von organischen Düngern auf Betriebsebene innerhalb eines Jahres anhand der Tabellen 1 bis 3 (siehe auch Rechenbeispiel).

1.2 Grenzwerte für den Erhalt der organischen Substanz im Boden bei der Bodenumusuntersuchung

Tongehalt im Boden ≤ 13 % : Humusgehalt > 1 Prozent

Tongehalt im Boden >13 % : Humusgehalt > 1,5 Prozent

Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann wegen besonderer Standortgegebenheiten die Grenzwerte regional anpassen.

Die Umrechnung von organischem Kohlenstoff in Humus wird durch Multiplikation mit dem Faktor 1,72 durchgeführt.

Tabelle 1 Kennzahlen zur fruchtartspezifischen Veränderung des Humusvorrates (Humusbedarf) des Bodens in Humusäquivalenten (kg Humus-C pro ha und Jahr)

Hauptfruchtarten	
Zucker- und Futterrübe, einschließlich Samenträger	– 760
Kartoffeln und 1. Gruppe Gemüse-, Gewürz- und Heilpflanzen ¹⁾	– 760
Silomais, Körnermais und 2. Gruppe Gemüse-, Gewürz- und Heilpflanzen ¹⁾	– 560
Getreide einschließlich Öl- und Faserpflanzen, Sonnenblumen sowie 3. Gruppe Gemüse-, Gewürz- und Heilpflanzen ¹⁾	– 280
Körnerleguminosen	160
Bedarfsfaktoren für Zucker- und Futterrüben sowie Getreide einschließlich Körnermais und Ölfrüchten ohne Koppelprodukte; bei den restlichen Fruchtarten ist die Humusersatzleistung der Koppelprodukte im Humusbedarf berücksichtigt.	
Mehrjähriges Feldfutter	
Ackergras, Leguminosen, Leguminosen-Gras-Gemenge, Vermehrung und 4. Gruppe Gemüse-, Gewürz- und Heilpflanzen ¹⁾	
• je Hauptnutzungsjahr	600
• im Ansaatjahr	
als Frühjahrsblanksaat	400
bei Gründeckfrucht	300
als Untersaat	200
als Sommerblanksaat	100
Zwischenfrüchte	
Winterzwischenfrüchte	120
Stoppelfrüchte	80
Untersaaten	200
Brache	
Selbstbegrünung	
• ab Herbst	180
• ab Frühjahr des Brachejahres	80
Gezielte Begrünung	
• ab Sommer der Brachlegung	700
incl. dem folgenden Brachejahr ²⁾	
• ab Frühjahr des Brachejahres	400

1) Gruppierung von Gemüse-, Duft-, Gewürz- und Heilpflanzen nach ihrer Humusbedürftigkeit:

Gruppe 1: Blumenkohl, Brokkoli, Chinakohl, Fingerhut, Gurke, Knollensellerie, Kürbis, Porree, Rhabarber, Rotkohl, Stabtomate, Stangensellerie, Weißkohl, Wirsingkohl, Zucchini, Zuckermelone.

Gruppe 2: Aubergine, Chicoree (Wurzel), Goldlack, Kamille, Knoblauch, Kohlrübe, Malve, Möhre, Meerrettich, Paprika, Pastinake, Ringelblume, Schöllkraut, Schwarzwurzel, Sonnenhut, Zuckermais.

Gruppe 3: Ackerschachtelhalm, Alant, Arzneifenchel, Baldrian, Bergarnika, Bergbohnenkraut, Bibernelle, Blattpetersilie, Bohnenkraut, Borretsch, Brennessel, Buschbohne, Drachenkopf, Dill, Dost, Eibisch, Eichblattsalat, Eisbergsalat, Endivie, Engelswurz, Estragon, Faserpflanzen, Feldsalat, Fenchel (großfrüchtig), Goldrute, Grünerbse, Grünkohl, Hopfen, Johanniskraut, Kohlrabi, Kopfsalat, Kornblume, Kümmel, Lollo, Liebstöckel, Majoran, Mangold, Mutterkraut, Nachtkerze, Ölfrüchte, Pfefferminze, Radicchio, Radies, Rettich, Romana, Rote Rübe, Salbei, Schafgarbe, Schnittlauch, Spinat, Spitzwegerich, Stangenbohne, Tabak, Thymian, Wurzelpetersilie, Zitronenmelisse, Zwiebel.

Gruppe 4: Bockshornklee, Schabziegerklee, Steinklee.

2) Gilt auch für nachfolgende Jahre.

Tabelle 2 Kennzahlen zur Humus-Reproduktion organischer Materialien in Humusäquivalenten (kg Humus-C je Tonne Substrat)¹⁾

Material		kg Humus-C pro t Substrat	Trockenmasse (%)
Pflanzenmaterial	Stroh	100	86
	Gründüngung, Rübenblatt, Marktabfälle	8	10
	Grünschnitt	16	20
Stallmist	frisch	28	20
		40	30
		40	25
	verrottet (auch Feststoff aus Gülleseparierung)	56	35
		62	35
		96	55
Gülle	Schwein	4	4
		8	8
	Rind	6	4
		9	7
	Geflügel (Kot)	12	10
		12	15
		22	25
		30	35
		38	45
Bioabfall	nicht verrottet	30	20
		62	40
	Frischkompost	40	30
		66	50
	Fertigkompost	46	40
		58	50
	70	60	
Klärschlamm	ausgefäult, unbehandelt	8	10
		12	15
		28	25
		40	35
		52	45
		56	55
	Kalkstabilisiert	16	20
		20	25
		36	35
		46	45
		56	55
Gärrückstände	flüssig	6	4
		9	7
		12	10
	fest	36	25
		50	35
		70	60
	Kompost	40	30
		70	60
Sonstiges	Rindenkompost	60	30
		100	50
	See- und Teichschlamm	10	10
		40	40

1) Die Humusreproduktion 1 t ROS („reproduktionswirksame organische Substanz“) entspricht 200 kg Kohlenstoff, die 1 t HE („Humuseinheit“) entspricht 580 kg Kohlenstoff. Bei nicht aufgeführten organischen Materialien sind die Kennzahlen der nach Landesrecht zuständigen Behörde zu verwenden.

**Tabelle 3 Richtwerte für das Verhältnis von Haupternteprodukt zu Nebenernte-
produkt (Korn:Stroh-Verhältnis, bzw. Wurzel:Laub-Verhältnis)**

Braugerste	0,70
Gehaltsrübe	0,40
Hafer	1,10
Körnermais	1,00
Massenrübe	0,40
Öllein	1,60
Sommerfuttergerste	0,80
Sommerraps	1,70
Sonnenblume	4,10
Wintergerste	0,80
Winterraps, Winterrübsen	1,30
Winterroggen	0,90
Wintertriticale	0,90
Winterweizen	0,80
Zuckerrübe	0,70
Beispiel: 10 t Weizenkorn liefern gleichzeitig 8 t Stroh	

Diese Werte sind als Richtwerte zu verstehen. In begründeten Fällen (z.B. besondere Sortenwahl, nicht aufgeführte Kultur) können andere Werte verwendet werden.

Die Kennzahlen der Tabellen 1 bis 3 können von den nach Landesrecht zuständigen Behörden wegen besonderer Standortgegebenheiten und Bewirtschaftungssysteme regional angepasst werden.

Rechenbeispiel:

1. Schritt: Ermittlung des Humusbedarfs

Fruchtfolge	Anbauumfang (ha)	Humuswirkung je Hektar (in kg Humus-C)	Humuswirkung auf Gesamtbetrieb (in kg Humus-C)
	(1)	(2)	(1) * (2) = (3)
Kartoffel	10	- 760	- 7 600
Winterweizen	30	- 280	- 8 400
Brache (Selbstbegrü- nung ab Herbst)	4	+ 180	+ 720
Summe Humusbe- darf	44	-	- 15 280

Erläuterung:

Zur Ermittlung des Humusbedarfs eines Betriebes werden die einzelnen angebauten Kulturen (einschl. Brache) mit ihren Anbauflächen aufgeführt. Die Zahlen zur Humuswirkung der einzelnen Kulturen (Spalte 2) sind Tabelle 1 entnommen. Um den Humusbedarf des gesamten Betriebes zu errechnen, werden die Spalten 1 und 2 multipliziert. Insgesamt entsteht ein Humusbedarf von 15 280 kg Humus-Kohlenstoff (Humus-C).

2. Schritt: Ermittlung der Humusreproduktion (hier Humuslieferung durch Nebenprodukte, die auf dem Feld bleiben)

	Anbau- umfang (ha)	Haupt- frucht- ertrag (t pro ha)	Relation Haupternte- /Nebenern- teprodukt	Ertrag Rü- benblatt/ Stroh (in t pro ha)	Faktor	Humusre- produktion je Hektar (in kg Humus- C)	Humusrepro- duktion auf Ge- samtbetrieb (in kg Humus-C)
	(1)	(2)	(3)	(2) * (3) = (4)	(5)	(4) * (5) = (6)	(6) * (1) = (7)
Kartoffel	10	40	-	-	-	-	0
Winterweizen	20	8,5	0,8	6,8	100	680	+ 13 600
Summe Humusrepro- duktion							+ 13 600

Erläuterung:

Zur Ermittlung der Humusreproduktion sind die ausgebrachten organischen Düngemittel sowie auf dem Feld verbleibende Nebenprodukte zu berücksichtigen. Auf dem Beispielbetrieb wurde kein organischer Dünger ausgebracht, sodass für die Humusreproduktion allein die Humuslieferung durch Nebenprodukte, die auf dem Feld verbleiben, zu berechnen ist.

Zu diesem Zweck wird der Hauptfruchtertrag (Spalte 2) mit dem Faktor multipliziert, der die Relation von Haupternteprodukt zu Nebenerteprodukt wiedergibt (Spalte 3). Gemäß Tabelle 3 beträgt die Relation bei Winterweizen 0,8. Bei Kartoffeln wird die Humusersatzleistung durch Nebenprodukte bereits bei der Ermittlung der Humuswirkung im 1. Schritt berücksichtigt (siehe auch Tabelle 1).

Durch Multiplikation von Spalte 2 und 3 wird der Nebenproduktertrag (Stroh) errechnet (Spalte 4). Zur Ermittlung der Humus-Kohlenstoffmenge wird der Nebenproduktertrag mit einem Faktor multipliziert, der angibt, wie viel Humus-C in einer Tonne Ausgangsmaterial bei unterschiedlichen Trockenmassegehalten enthalten ist. Die entsprechenden Faktoren sind der Tabelle 2 zu entnehmen. Eine Tonne Stroh liefert danach 100 kg Humus-C.

Durch Multiplikation der Spalten 4 und 5 errechnet sich die Humusreproduktion je ha Winterweizen (Spalte 6). Wird diese Menge mit der Anbaufläche multipliziert, ergibt sich die Humusreproduktion für den gesamten Betrieb (Spalte 7). Da das Stroh von 10 ha verkauft wurde, werden für die Humusreproduktion nur die verbleibenden 20 ha Winterweizenfläche berücksichtigt.

3. Schritt: Bilanzierung

Bilanz	kg Humus-C
Summe Humusbedarf	- 15 280
Summe Humusreproduktion	+ 13 600
Gesamtbilanz	- 1 680
Humusbilanz in kg Humus-C pro Hektar und Jahr (1 680 kg Humus-C ÷ 44 ha)	- 38

Erläuterung:

In der Humusbilanz werden Humusbedarf und Humusreproduktion einander gegenübergestellt. Für den Beispielbetrieb ergibt sich ein negativer Saldo von - 1 680 kg Humus-C. Bezogen auf den Hektar liegt der Saldo in dem betrachteten Jahr bei - 38 kg Humus-C.

Ein Betriebsinhaber muss an einer Beratungsmaßnahme teilnehmen, wenn der Saldo im dreijährigen Durchschnitt den Wert von - 75 kg Humus-C/ha unterschreitet. Würde im Falle des Beispielbetriebes auch in den folgenden Jahren das jährliche Defizit bei - 38 kg Humus-C/ha liegen, bräuchte der Betriebsinhaber demnach an keiner Beratungsmaßnahme teilnehmen.

2 Grundanforderungen an die Betriebsführung

A. Ab dem 1.1.2005 anwendbar		
	Umwelt	
1.	Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten	Artikel 3, Artikel 4 Absätze 1, 2 und 4, Artikel 5, 7 und 8
2.	Richtlinie 80/68/EWG des Rates vom 17. Dezember 1979 über den Schutz des Grundwassers gegen Verschmutzung durch bestimmte gefährliche Stoffe	Artikel 4 und 5
3.	Richtlinie 86/278/EWG des Rates vom 12. Juni 1986 über den Schutz der Umwelt und insbesondere der Böden bei der Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft	Artikel 3
4.	Richtlinie 91/676/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen	Artikel 4 und 5
5.	Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen	Artikel 6, 13, 15 und Artikel 22 Buchstabe b
	Gesundheit von Mensch und Tier Kennzeichnung und Registrierung von Tieren	
6.	Richtlinie 92/102/EWG des Rates vom 27. November 1992 über die Kennzeichnung und Registrierung von Tieren	Artikel 3, 4 und 5
7.	Verordnung (EG) Nr. 2629/97 der Kommission vom 29. Dezember 1997 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 820/97 des Rates im Hinblick auf Ohrmarken, Bestandsregister und Pässe im Rahmen des Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern (aufgehoben und ersetzt durch Verordnung (EG) Nr. 911/2004 zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1760/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Ohrmarken, Tierpässe und Bestandsregister; Artikel 6, 8 und 9)	Artikel 6 und 8
8.	Verordnung (EG) Nr. 1760/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000 zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern und über die Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 820/97 des Rates	Artikel 4 und 7
8a.	Verordnung (EG) Nr. 21/2004 des Rates vom 17. Dezember 2003 zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Schafen und Ziegen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sowie der Richtlinien 92/102/EWG und 64/432/EWG	Artikel 3, 4 und 5
B. Ab dem 1.1.2006 anwendbar		
	Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanze	
9.	Richtlinie 91/414/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln	Artikel 3
10.	Richtlinie 96/22/EG des Rates vom 29. April 1996 über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe mit hormonaler bzw. thyreostatischer Wirkung und von β -Agonisten in der tierischen Erzeugung und zur Aufhebung der Richtlinien 81/602/EWG, 88/146/EWG und 88/299/EWG	Artikel 3, 4, 5 und 7

11.	Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit	Artikel 14, 15, Artikel 17 Absatz 1, Artikel 18, 19 und 20
12.	Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien	Artikel 7, 11, 12, 13 und 15
	Meldung von Krankheiten	
13.	Richtlinie 85/511/EWG des Rates vom 18. November 1985 zur Einführung von Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche (aufgehoben und ersetzt durch Richtlinie 2003/85/EG über Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, zur Aufhebung der Richtlinien 85/511/EWG sowie der Entscheidungen 89/531/EWG und 91/665/EWG und zur Änderung der Richtlinie 92/46/EWG; Artikel 3 Abs. 1 Buchst. a)	Artikel 3
14.	Richtlinie 92/119/EWG des Rates vom 17. Dezember 1992 mit allgemeinen Gemeinschaftsmaßnahmen zur Bekämpfung bestimmter Tierseuchen sowie besonderen Maßnahmen bezüglich der vesikulären Schweinekrankheit	Artikel 3
15.	Richtlinie 2000/75/EG des Rates vom 20. November 2000 mit besonderen Bestimmungen für Maßnahmen zur Bekämpfung und Tilgung der Blauzungenkrankheit	Artikel 3
C. Ab dem 1.1.2007 anwendbar		
	Tierschutz	
16.	Richtlinie 91/629/EWG des Rates vom 19. November 1991 über Mindestanforderungen für den Schutz von Kälbern	Artikel 3 und 4
17.	Richtlinie 91/630/EWG des Rates vom 19. November 1991 über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen	Artikel 3 und 4 Absatz 1
18.	Richtlinie 98/58/EG des Rates vom 20. Juli 1998 über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere	Artikel 4

3 Ausführungen zu landesspezifischen Regelungen für den Bereich Vogelschutzrichtlinie und FFH – Richtlinie

Um die Ansprüche auf Direktzahlungen in vollem Umfang zu erhalten, müssen bei der landwirtschaftlichen Tätigkeit bestimmte Verpflichtungen eingehalten werden, die letztlich aus der Vogelschutzrichtlinie und FFH – Richtlinie resultieren. Da diese Richtlinie für Direktzahlungsempfänger keine unmittelbare Geltung besitzen, sondern von den Mitgliedstaaten in ihr nationales Recht umzusetzen sind, kommen als relevante Vorschriften nur solche des niedersächsischen Landesrecht oder des unmittelbar geltenden Bundesrechts in Betracht.

1. Hinsichtlich der Vogelschutzrichtlinie handelt es sich um folgende Vorschriften:

a) Nach § 34 b Abs. 5 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes –NNatG- (Nds. GVBl. S. 155) sind in einem Vogelschutzgebiet, das im Bundesanzeiger bekannt gemacht worden ist, Vorhaben, Maßnahmen, Veränderungen oder Störungen, die zu erheblichen Beeinträchtigungen des Gebietes in seinen für die Erhaltungsziele maßgeblichen Bestandteile führen können, verboten. Die in Niedersachsen bestehenden Vogelschutzgebiete sind im Bundesanzeiger vom 11.06.2003 bekannt gemacht worden. Die Fortführung einer bisher rechtmäßigen Bewirtschaftung in einem Vogelschutzgebiet führt nicht zu einem Verstoß gegen § 34 Abs. 5 NNatG. Vor der Änderung der Bewirtschaftung sowie vor der Aufnahme neuer Tätigkeiten in einem Vogelschutzgebiet ist es daher ratsam sich bei der Landwirtschaftskammer beraten zu lassen.

b) Soweit ein Vogelschutzgebiet bereits ganz oder teilweise zu einem Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiet erklärt worden ist, können diese Verordnungen Vorschriften für die landwirtschaftliche Tätigkeit enthalten (z.B. Verbot von Grünlandumbruch). Da diese Vorschriften speziell für jedes einzelne Schutzgebiet festgelegt werden, ist es unerlässlich, dass sich die Direktzahlungsempfänger unmittelbar bei der Landwirtschaftskammer oder

bei der unteren Naturschutzbehörde über bestehende Vorschriften informieren. Darüber hinaus können in diesen Gebieten auch Pflichten aufgrund sonstiger Verordnungen (z.B. nach § 41 NNatG) oder aufgrund von Allgemeinverfügungen oder Einzelanordnungen (z.B. nach § 41 oder § 63 NNatG) der Naturschutzbehörden bestehen. Auch hierüber kann die Landwirtschaftskammer im Einzelfall Auskunft erteilen. Darüber hinaus gibt es in diesen Gebieten keine weiteren Pflichten.

c) In den niedersächsischen Nationalparks „Harz“ und „Niedersächsisches Wattenmeer“ sowie im Biosphärenreservat „Niedersächsische Elbtalaue“ und die in diesem Gebiet erlassenen Landschaftsschutzgebietsverordnungen bestehen ebenfalls besondere Regelungen für die Landwirtschaft. Die Inhalte dieser Verpflichtungen ergeben sich aus den Gesetzen und Verordnungen über diese Schutzgebiete.

d) Außerdem können sich anderweitige Verpflichtungen aus Verträgen ergeben, die im Hinblick auf die Vogelschutzrichtlinie vom Land mit Direktzahlungsempfängern geschlossen werden. Die Inhalte dieser Verpflichtungen ergeben sich direkt aus dem jeweiligen Vertrag.

e) Nach § 34 c NNatG ist ein Projekt vor seiner Zulassung oder Durchführung auf seine Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines im Einwirkungsbereich des Projekts befindlichen Vogelschutzgebietes zu überprüfen. Von Bedeutung sind in diesem Rahmen nur Projekte, die einer behördlichen Entscheidung oder einer Anzeige an eine Behörde bedürfen. Nur wenn von diesen Behörden Anforderungen an das Projekt gestellt werden (z.B. Auflagen oder Inhaltsbestimmungen in der Genehmigung), so stellt die Beachtung dieser eine anderweitige Verpflichtung im Rahmen von Cross Compliance dar. Im Übrigen bestehen in diesem Zusammenhang keine weiteren Pflichten.

f) Für alle Direktzahlungsempfänger, also auch für die, die keine Flächen in einem Vogelschutzgebiet bewirtschaften, ist die Beachtung der in § 42 Abs. 1 Ziffer 1 und 3 i.V.m. § 43 Abs. 4 Bundesnaturschutzgesetz –BNatSchG- (BGBl. I 2002 S. 1193) verankerten Verbote, europäischen Vogelarten **absichtlich** „nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen, Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtstätten der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören“ oder sie **absichtlich** „an ihren Nist-, Brut-, Wohn oder Zufluchtstätten durch Aufsuchen oder ähnliche Handlungen zu beeinträchtigen oder zu stören“ im Rahmen von Cross Compliance relevant. In diesem Zusammenhang können sich weitere Verpflichtungen aus Verordnungen oder Verwaltungsakten nach § 41 NNatG, die zum Schutz europäischer Vogelarten ergehen, ergeben.

2. Hinsichtlich der FFH – Richtlinie handelt es sich um folgende Vorschriften:

- a) Nach § 34 b Abs. 5 NNatG sind in einem FFH - Gebiet, das im Bundesanzeiger bekannt gemacht worden ist, Vorhaben, Maßnahmen, Veränderungen oder Störungen, die zu erheblichen Beeinträchtigungen des Gebietes in seinen für die Erhaltungsziele maßgeblichen Bestandteile führen können, verboten. Zurzeit sind noch keine FFH – Gebiete im Bundesanzeiger bekannt gemacht worden. Da jedoch im Dezember 2004 von der Europäischen Kommission jeweils Teillisten für die FFH – Gebiete erstellt wurden, ist damit zu rechnen, dass demnächst auch diese im Bundesanzeiger veröffentlicht werden. Ab dem Datum der Veröffentlichung gilt dann auch für diese Gebiete das Beeinträchtungsverbot des § 34 b Abs. 5. Die Fortführung einer bisher rechtmäßigen Bewirtschaftung in einem FFH - Gebiet führt nicht zu einem Verstoß gegen § 34 Abs. 5 NNatG. Vor der Änderung der Bewirtschaftung sowie vor der Aufnahme neuer Tätigkeiten in einem FFH - Gebiet ist es daher ratsam sich bei der Landwirtschaftskammer beraten zu lassen.
- b) Soweit ein FFH - Gebiet bereits ganz oder teilweise zu einem Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiet erklärt worden ist, können diese Verordnungen Vorschriften für die landwirtschaftliche Tätigkeit enthalten (z.B. Verbot von Grünlandumbruch). Da diese Vorschriften speziell für jedes einzelne Schutzgebiet festgelegt werden, ist es unerlässlich, dass sich die Direktzahlungsempfänger unmittelbar bei der Landwirtschaftskammer oder bei der unteren Naturschutzbehörde über bestehende Vorschriften informieren. Darüber hinaus können in diesen Gebieten auch Pflichten aufgrund sonstiger Verordnungen (z.B. nach § 41 NNatG) oder aufgrund von Allgemeinverfügungen oder Einzelanordnungen (z.B. nach § 41 oder 63 NNatG) der Naturschutzbehörden bestehen. Auch hierüber kann die Landwirtschaftskammer im Einzelfall Auskunft erteilen. Darüber hinaus gibt es in diesen Gebieten keine weiteren Pflichten.
- c) In den niedersächsischen Nationalparks „Harz“ und „Niedersächsisches Wattenmeer“ sowie im Biosphärenreservat „Niedersächsische Elbtalaue“ und die in diesem Gebiet erlassenen Landschaftsschutzgebietsverordnungen bestehen ebenfalls besondere Regelungen für die Landwirtschaft. Die Inhalte dieser Verpflichtungen ergeben sich aus den Gesetzen und Verordnungen über diese Schutzgebiete.
- d) Außerdem können sich anderweitige Verpflichtungen aus Verträgen ergeben, die im Hinblick auf die FFH - Richtlinie vom Land mit Direktzahlungsempfängern geschlossen werden. Die Inhalte dieser Verpflichtungen ergeben sich direkt aus dem jeweiligen Vertrag.
- e) Nach § 34 c NNatG ist ein Projekt vor seiner Zulassung oder Durchführung auf seine Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines im Einwirkungsbereich eines FFH –Gebietes zu überprüfen. Von Bedeutung sind in diesem Rahmen nur Projekte, die einer behördlichen Entscheidung oder einer Anzeige an eine Behörde bedürfen. Nur wenn von diesen Behörden Anforderungen an das Projekt gestellt werden (z.B. Auflagen oder Inhaltsbestimmungen im Rahmen der Genehmigung), so stellt die Beachtung dieser eine anderweitige Verpflichtung im Rahmen von Cross Compliance dar. Im Übrigen bestehen in diesem Zusammenhang keine weiteren Pflichten.

Für alle Direktzahlungsempfänger, also auch für die, die keine Flächen in einem FFH - Gebiet bewirtschaften, ist die Beachtung der in § 42 Abs. 1 Ziffer 2 i.V.m. § 43 Abs. 4 BNatSchG verankerten Verbote, Pflanzenarten des Anhangs IV der FFH – Richtlinie **absichtlich** „abzuschneiden, abzupflücken, aus- oder abzureißen, auszugraben, zu beschädigen oder zu vernichten“ oder deren Standorte **absichtlich** „durch Aufsuchen, Fotografieren oder Filmen der Pflanzen oder ähnliche Handlungen zu beeinträchtigen oder zu zerstören“ im Rahmen von cross compliance relevant. In diesem Zusammenhang können sich weitere Verpflichtungen aus Verordnungen oder Verwaltungsakten nach § 41 NNatG, die zum Schutz der Pflanzenarten des Anhangs IV der FFH – Richtlinie ergehen, ergeben.

4 Musterformular Nährstoffvergleich

Jährlicher betrieblicher Nährstoffvergleich¹³²

für Stickstoff (N) oder Phosphat (P₂O₅) (Nährstoff unterstreichen) für das Düngjahr

1: Erfassung der Daten für den betrieblichen Nährstoffvergleich

Der Nährstoffvergleich erfolgt

1.1) durch Zusammenfassung der Ergebnisse von Vergleichen für Schläge oder Bewirtschaftungseinheiten

1.2) durch Vergleich von Zufuhr und Abfuhr für die landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt

Eindeutige Bezeichnung des Betriebes:

Größe des Betriebes in Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche:

Beginn und Ende des Düngjahres:

Datum der Erstellung:

2: Erfassung von Daten für auf den Schlag oder auf die Bewirtschaftungseinheit bezogene Nährstoffvergleiche



(für die spätere Zusammenfassung von Schlagbilanzen nach Nr. 1.1):

- eindeutige Bezeichnung des Schlages, der Bewirtschaftungseinheit:

- Größe des Schlages, der Bewirtschaftungseinheit

- Bei Grünland:

Anzahl der Schnittnutzungen:

Zahl der Weidetage auf dem Schlag

Anzahl und Art der auf der Weide gehaltenen Tiere

1.	1	2	3	4
2.	Zufuhr (auf die Gesamtfläche, Bewirtschaftungseinheit, Einzelschlag)	Nährstoff in kg	Abfuhr (von der Gesamtfläche, Bewirtschaftungseinheit, Einzelschlag)	Nährstoff in kg
3.	Mineralische Düngemittel		Ernteprodukte ²⁾	
4.	Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft ¹⁾		Nebenprodukte	
5.	Sonstige organische Düngemittel			
6.	Bodenhilfsstoffe			
7.	Kultursubstrate			
8.	Pflanzenhilfsmittel			
9.	Abfälle zur Beseitigung (§ 27 Abs. 2 oder 3 KrW-/AbfG)			
10.	Stickstoffbindung durch Leguminosen			
11.	Summe der Zufuhr		Summe der Abfuhr	
12.	Ggf. Summe der Zu/Abschläge nach Anlage 2, Zeilen 12 bis 15 ³⁾			
13.	Differenz zwischen Zufuhr und Abfuhr			
14.	Differenz je Hektar (nicht für Schlagbilanzen)			

1) bei Weidegang anteilige Nährstoffzufuhr in Abhängigkeit von der Zahl der Weidetage nach § 4 Abs. 1

2) bei Grünland in Abhängigkeit der standortabhängigen Nutzungshäufigkeit und der Standortgüte

3) detaillierte Aufschlüsselung gemäß Anlage 2 der Düngeverordnung erforderlich

5 Musterformular für mehrjährigen betrieblichen Nährstoffvergleich

Mehrjähriger betrieblicher Nährstoffvergleich ¹³³

Gleitende Mittelwerte für Stickstoff (3 Jahre) und Phosphat (P₂O₅) (6 Jahre)

Letztes berücksichtigtes Dünge- bzw. Wirtschaftsjahr.....

Beginn und Ende des Düngjahres:

Eindeutige Bezeichnung des Betriebes:

Größe des Betriebes in Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche:

Art der Bilanzierung der Ausgangsdaten:

Datum der Erstellung:

1. Betrieblicher Nährstoffvergleich im Durchschnitt mehrerer aufeinander folgender Jahre nach Anlage 3 der Düngverordnung			
2.		Differenz je Hektar im Dünge- bzw. Wirtschaftsjahr kg/Hektar	
3.		Stickstoff: Düngjahr und zwei Vorjahre	Phosphat: Düngjahr und fünf Vorjahre
4.	Vorjahr:		
5.	Vorjahr:		
6.	Vorjahr:		
7.	Vorjahr:		
8.	Vorjahr:		
9.	Düngjahr:		
10.	Durchschnittlicher betrieblicher Überschuss je ha und Jahr		

6 Wesen, Weiterverbreitung und klinisches Erscheinungsbild der einzelnen Tierkrankheiten/Tierseuchen

1. Transmissible Spongiforme Enzephalopathien (TSE)

TSE ist der Oberbegriff für verschiedene Formen von spongiformen Enzephalopathien, die beim Menschen (z.B. Creutzfeldt-Jakob-Erkrankung, Kuru) oder Tieren (siehe 1.1 und 1.2; TSE'n kommen auch bei anderen Tieren vor, z.B. Katzen: Feline Spongiforme Enzephalopathie) auftreten können.

1.1 Bovine Spongiforme Enzephalopathie (BSE) bei Rindern

In Deutschland wurde der erste originäre Fall Ende 2000 nachgewiesen. Die Inkubationszeit beträgt mehrere Jahre. Zu den klinischen Anzeichen gehören Anomalien im Verhalten, im Gang und in der Körperhaltung der Tiere, die sich anfangs durch Unruhe und Angst bemerkbar machen. Manche Tiere stampfen mit den Füßen, während andere ununterbrochen ihre Nase lecken. Die Reaktionen auf Geräusche und Berührungen sind erhöht. In den hinteren Gliedmaßen ist deutlich ein schwankender Gang zu entdecken, bei dem die Füße hochgezogen werden. Die Anzeichen können sich weiter entwickeln und von einer niedrigeren Milchleistung über Schwäche und Konditionsverlust bis hin zu Raserei und Aggressionen reichen. Ausschlagen und eine allgemeine Nervosität im Melkstand werden häufig als Krankheitsanzeichen angegeben. Die Anomalien beim Gehen lassen sich auf der Weide und dort insbesondere beobachten, wenn die Tiere zum Traben animiert werden. Auf Betonboden können die Tiere beim Umdrehen hinfallen. Im fortgeschrittenen Stadium liegen die Tiere fest und verenden.

1.2 Scrapie (Traberkrankheit) der Schafe und Ziegen

Scrapie ist eine übertragbare, langsam voranschreitende spongiforme Enzephalopathie bei Schafen und Ziegen. Die Traberkrankheit ist, von Neuseeland und Australien abgesehen, weltweit verbreitet. Die natürliche Übertragung erfolgt hauptsächlich durch Kontaktinfektionen. **Eine Ansteckung innerhalb der Gebärmutter ist möglich.** Ein frühes Symptom ist Juckreiz (fehlendes Vlies). Daneben werden Unruhe, Schreckhaftigkeit, Zittern und ein trabähnlicher Gang beobachtet. Die Tiere magern ab. Die Krankheit endet stets tödlich.

2. Maul- und Klauenseuche (MKS)

MKS ist eine schnell verlaufende, fieberhafte und sehr leicht übertragbare Viruserkrankung der Wiederkäuer und Schweine. Sie ist gekennzeichnet durch den schnellen Verlauf im Bestand und die schnelle Verbreitung über größere Gebiete. Die Erkrankungsrate ist meistens hoch (bis 100 %), die Sterblichkeitsrate ist dagegen gering (2-5%). Bei bösartigen Verlaufsformen können allerdings auch 50 – 70 % der jungen Rinder sterben.

Der Erreger der MKS ist in den Blasendecken und im Blaseninhalt massenhaft enthalten. Vor allem mit dem Speichel und der Milch wird das Virus ausgeschieden. Es kann durch Mensch und Tier über Milch, Milchfahrzeuge und Viehtransporte weiter verbreitet werden. Außerdem kann das Virus durch Personen und Gegenstände, die mit Ausscheidungen kranker Tiere in Berührung kamen, weiter getragen werden. Auch durch Fleisch MKS-kranker Tiere kann die Seuche verschleppt werden. Es muss deutlich betont werden, dass der Speichel und die Milch das Virus schon Tage vor Ausbruch der Krankheiten enthalten können, wenn noch niemand an Vorsichtsmaßnahmen denkt.

Die Inkubationszeit beträgt

- beim Rind 2 bis 7 Tage, selten mehr,
- beim Schwein 2 bis 12 Tage, selten mehr,
- bei Schaf und Ziege 2 bis 14 Tage, selten mehr.

Als erstes Krankheitszeichen tritt beim **Rind** Fieber (1 bis 2 Tage) auf. Die Tiere beginnen zu speicheln. An der Innenfläche der Lippen, am Zahnfleisch, am zahnlosen Rand des Oberkiefers sowie am Rücken und an den Rändern der Zunge erscheinen Blasen. Dabei sind Schmatzgeräusche zu hören. Gleichzeitig entwickeln sich Blasen an den Klauen und Zitzen.

Beim **Schwein** sind vorwiegend die Klauen, seltener die Rüsselscheibe oder die Maulschleimhaut befallen. Saugferkel verenden plötzlich ohne sichtbare Krankheitserscheinungen. Am Gesäuge der Sau treten Blasen oder geplatzte Blasen mit blutigem Grund auf. Größere Schweine stehen nicht auf oder zeigen Schmerzen beim Aufstehen und gehen lahm. Bei genauer Untersuchung sind Blasen am Kronrand der Klauen und Zwischenklauenspalt

sichtbar.

Bei **Schaf und Ziegen** gibt es ähnliche Erscheinungen wie beim Rind, die aber weniger stark ausgeprägt sind.

Die Krankheitserscheinungen sind leicht zu verwechseln mit der Stomatitis vesicularis (siehe Nr. 8) und der vesikulären Schweinekrankheit (siehe Nr. 5).

3. Rinderpest

Rinderpest ist eine durch ein Virus hervorgerufene hoch ansteckende Krankheit des Rindes. Sie breitet sich schnell aus und ist gekennzeichnet durch entzündliche Veränderungen aller Schleimhäute. Am auffälligsten sieht man die Entzündungen am Kopf (Lidbindehäute und Maulhöhle). Die Krankheit geht auf andere Wiederkäuer über. Schweine können das Virus beherbergen und ausscheiden, so dass Zukaufstiere aus nicht seuchenfreien Ländern die Krankheit einschleppen können. Auch durch Fleisch und Rohprodukte erkrankte Tiere kann der Erreger übertragen werden. Die Tiere stecken sich vornehmlich durch den Kontakt mit virushaltigen Ausscheidungen an. Die Aufnahme erfolgt über den Luftweg oder die Nahrungsaufnahme.

Seit dem Jahre 1881 ist in Deutschland die Rinderpest nicht mehr aufgetreten. Heute ist sie auf bestimmte Gebiete in Asien und Afrika beschränkt. Die Seuche ist dort jedoch schwer zu tilgen, da Wildtiere und Steppenvieh die Infektionsquelle für die Haustiere darstellen. Die in freier Wildbahn lebenden Tiere zeigen aber nur leichte Krankheitserscheinungen und scheiden das Virus bereits 5 Tage vor Auftreten erster Krankheitserscheinungen aus.

Die Rinderpest ist eine hoch fieberhafte Erkrankung (bis 41°C). Damit verbunden sind Fressunlust, Mattigkeit und Niedergeschlagenheit der Tiere. Entzündliche Veränderungen von Schleimhäuten treten etwa 2 bis 5 Tage nach Beginn des Fiebers auf. Betroffen ist ohnehin die Maulschleimhaut. Es kommt zu Augen- und Nasenausfluss. Die Krankheit verursacht eine ausgedehnte Magen- und Darmentzündung mit unstillbarem Durchfall. Weiterhin sind die Abgänge mit Blut und Schleim vermischt und es kommt zu starker Hinfälligkeit. Der Tod tritt häufig 6 bis 12 Tage nach Fieberbeginn ein.

4. Pest der kleinen Wiederkäuer

Diese Tierseuche ist eine hoch ansteckende, virusbedingte, fieberhaft verlaufende Allgemeinerkrankung der Schafe und Ziegen. Sie weist mit der Rinderpest vergleichbare Symptome auf. Die Krankheit ist vor allem in Westafrika verbreitet. Das Virus wird über Nasen- und Rachensekret mit Tränenflüssigkeit und nach Beginn des Fiebers auch über den Kot ausgeschieden. Übertragung erfolgt über Tröpfcheninfektionen.

Die Pest der kleinen Wiederkäuer wurde in Deutschland noch nie festgestellt.

Nach einer Inkubationszeit von 4 bis 5 Tagen zeigen die Tiere hohes Fieber, Abgeschlagenheit und Fressunlust. Die Krankheit ist charakterisiert durch schwerwiegende Entzündungen der Maulhöhlenschleimhaut und des Zahnfleisches. Daneben haben die Wiederkäuer Durchfälle und Lungenentzündungen. Die Sterblichkeitsrate kann bei Ziegen 95% betragen, bei Schafen liegt sie etwas niedriger.

5. Vesikuläre Schweinekrankheit

Die Vesikuläre Schweinekrankheit (SVD – Swine Vesicular Disease) ist eine akute, leicht übertragbare Virusseuche der Schweine. Sie wird vorwiegend direkt von Tier zu Tier übertragen. Indirekt wird die Seuche vor allem durch Fleisch und Fleischprodukte, die nicht ausreichend erhitzt sind, kontaminierte Transportfahrzeuge, Stallgeräte sowie durch den Menschen weiterverbreitet. Der Erreger wird über Kot oder Nasensekret ausgeschieden.

Die Seuche wurde in Deutschland zuletzt 1985 diagnostiziert.

Nach einer Inkubationszeit von zwei bis sieben Tagen kommt es zu den **Erscheinungen, die von der Maul- und Klauenseuche (siehe Nr. 2) nicht oder nur schwer zu unterscheiden** sind.

6. Epizootische Hämorrhagie der Hirsche (EHD)

Die EHD ist eine von Stechmücken übertragbare, virusbedingte Infektionskrankheit von Hirschen in den USA, Australien und Afrika. **In Deutschland ist EHD noch nie aufgetreten.** Die Inkubationszeit beträgt sechs bis

acht Tage und ist gekennzeichnet durch Schock-symptome und Mehrfachblutungen. Die Krankheit endet tödlich.

7. Schaf- und Ziegenpocken (Capripox)

Die durch ein Virus verursachte Pockenseuche der Schafe und Ziegen ähnelt in Erscheinungsform und im Krankheitsverlauf den Pocken des Menschen. Das Virus ist äußerst leicht über die Atemluft und Speicheltröpfchen übertragbar und hält sich längere Zeit in der Außenwelt. Eintrocknet bleibt es sogar über Monate ansteckungsfähig. Der Erreger wird jedoch durch direkte Sonneneinstrahlung rasch inaktiviert. Beim erkrankten Tier findet sich das Virus in den veränderten Stellen der äußeren Haut, der Nasen- und Rachenschleimhaut, in Harn, Kot und Milch. Die natürliche Infektion erfolgt direkt von Tier zu Tier.

Seit 1920 ist Deutschland frei von der Pockenseuche der Schafe und Ziegen. Die Seuche ist in Asien und Afrika verbreitet.

8. Stomatitis vesicularis

Die vesikuläre Stomatitis (bläschenartige Maulschleimhautentzündung) ist eine hochansteckende, fieberhafte, virusbedingte Infektionskrankheit bei Pferden, Rindern und Schweinen. Von Bedeutung ist das Auftreten von Blasen in der Maulhöhle, an der Zunge, den Klauen und Hufen sowie am Euter. **Die Blasen sind nicht von denen der Maul- und Klauenseuche zu unterscheiden.** Im Gegensatz zur MKS verläuft die Krankheit aber gutartig.

In Deutschland wurde die Stomatitis vesicularis noch nie nachgewiesen. Die Seuche ist insbesondere in Mittel- und Südamerika verbreitet. Sie wird durch direkten Kontakt übertragen. Daneben werden auch Insekten für die Weiterverbreitung verantwortlich gemacht.

Nach nur 24-stündiger Inkubationszeit treten Fieber und verminderte Futteraufnahme auf. Dann entstehen die Blasen. In der Regel genesen erkrankte Tiere innerhalb von drei bis fünf Tagen und die Blasen heilen ab.

9. Afrikanische Schweinepest

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) ist eine durch ein Virus hervorgerufene, hochansteckende Krankheit der Schweine. Ursprünglich war die Seuche nur in Afrika verbreitet. 1957 trat die afrikanische Schweinepest zum ersten Mal in Europa (Portugal) auf. **In Deutschland trat ASP bisher noch nie auf.**

Die afrikanische Schweinepest zeigt eine ähnliche Verlaufsform wie die klassische Schweinepest. Die Inkubationszeit schwankt zwischen fünf und fünfzehn Tagen. Sie beginnt zwei bis elf Tage nach der Ansteckung mit hohem Fieber (42°C). Andere Krankheitserscheinungen fehlen in der Regel zunächst, manchmal bleibt sogar die Fresslust erhalten. Später zeigen sich Appetitlosigkeit und ein schwankender Gang, der plötzliche Tod kann in besonders akuten Fällen sogar während der Futteraufnahme auftreten. Deutliche Krankheitssymptome werden oft erst 48 Stunden vor dem Tode beobachtet. Diese sind blutiger Durchfall, Atemnot, Erbrechen, Mehrfachblutungen, schleimig-eitriger Nasen- und Lidbindehautausfluss sowie Blaufärbung der Ohrenspitzen und der Unterbauchhaut. Die Krankheit endet nach kurzer Zeit meist tödlich. ASP kann u. U. auch einen schleichenden, chronischen Verlauf nehmen, sodass dann beim erkrankten lebenden Tier keine sicheren erkennbaren Unterschiede zwischen der klassischen Schweinepest und der ASP erkennbar sind.

Hauptüberträger des Seuchengeschehens sind virusausscheidende Schweine sowie nicht erhitzte virushaltige Schlacht- und Speiseabfälle. Das Virus wird bereits in der Inkubationszeit über Nasen-, Rachen- und Augensekret sowie über den Speichel ausgeschieden. Später findet sich das Virus auch in Urin und Kot. Übertragen wird die Krankheit durch direkten Kontakt von Tier zu Tier (Stallhaltung, Viehmärkte, Tiertransporte) oder indirekt durch virusverunreinigtes Futter und Trinkwasser.

10. Dermatitis nodularis (Lumpy-Skin-Disease)

Die Dermatitis nodularis (auch knötchenartige Hautentzündung genannt) des Rindes ist eine fieberhaft verlaufende, durch einen Virus hervorgerufene Infektionskrankheit, die in Ost-, Süd- und Westafrika auftritt. **In Deutschland wurde die Krankheit noch nie nachgewiesen.** Neben Rindern sind auch Wildwiederkäuer (Giraffen) hochempfindlich. Nach einer durchschnittlichen Inkubationszeit von sieben Tagen, die auch bis zu fünf Wochen dauern kann, kommt es zu einer bis zu vierzehn Tage andauernden Fieberphase. Diese wird von Tränen-, Nasen- und Speichelfluss begleitet. Kurz nach Beginn des Fiebers zeigen sich zahlreiche Hautknoten von derber Konsis-

tenz (0,5 – 5 cm Durchmesser). Die Hautknoten werden nach einiger Zeit aufgelöst und abgestoßen. Es entstehen tiefe Geschwüre. Die Krankheit verläuft meist gutartig, die Sterblichkeitsrate ist gering.

11. Rifttal-Fieber

Die durch Moskitos übertragene Krankheit ist eine virusbedingte, fieberhaft verlaufende Allgemeinerkrankung bei Rindern, Schafen, Ziegen, Büffeln und Kamelen. Sie ist nach einer Region in Ost-Afrika benannt und kommt nur in Afrika vor.

Der Erreger ist auch auf den Menschen übertragbar. Menschliche Erkrankungen sind durch grippeähnliche Symptome und Blutungen, zum Teil mit tödlichem Ausgang, gekennzeichnet.

Seuchenausbrüche sind charakterisiert durch vermehrte Aborte und eine hohe Sterblichkeitsrate bei Jungtieren. Bei Neugeborenen und Jungtieren sind neben Fieber, unsicherem Gang und Nasenausfluss kaum klinische Symptome sichtbar. Meist sterben die Tiere innerhalb von ein bis zwei Tagen. Die Sterblichkeitsrate bei älteren Tieren beträgt bis zu 40%. An Symptomen sind Abgeschlagenheit, hohes Fieber, Gelbsucht und Durchfälle zu beobachten.

12. Blauzungenkrankheit

Die Blauzungenkrankheit (Bluetongue – BT) ist eine von Stechmücken übertragbare, virusbedingte Infektionskrankheit. Vor allem Schafe sind von ihr betroffen. Daneben können auch Rinder, Ziegen und Wildwiederkäuer infiziert werden.

BT ist erstmals 1906 in Südafrika nachgewiesen worden. In Europa wurde sie insbesondere in Griechenland, Italien, Frankreich und Spanien festgestellt. **In Deutschland wurde bislang noch kein Fall von BT ermittelt.**

Nach einer durchschnittlichen Inkubationszeit von 3 bis 7 Tagen treten Schläfrigkeit, Fressunlust und Fieber (40 bis 42°C) auf. Bei der typischen Verlaufsform dauert das Fieber etwa 6 bis 8 Tage. Danach fällt eine verstärkte Durchblutung der Kopfschleimhäute mit nachfolgenden entzündlichen Veränderungen auf. Durch bakterielle Sekundärinfektionen entwickeln sich Geschwüre und Abszesse. Oftmals führt die Krankheit zu eitriger Nasenschleimhautentzündung mit entsprechendem Ausfluss. Im weiteren Verlauf kommt es zu Lippen-, Gesichts-, Ohren- und Zungenödemen und der charakteristischen Blaufärbung der Zunge. Der Tod tritt nach 2 bis 20 Tagen Krankheitsdauer ein. Bei Jungtieren liegt die Sterblichkeitsrate bei bis zu 95%, bei älteren Tieren bei bis zu 30%.

VIIGLOSSAR

1 Begriffsbestimmungen

Ackerflächen: Für den Anbau landwirtschaftlicher Kulturpflanzen genutzte Flächen und stillgelegte Flächen oder in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand erhaltene, aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommene Flächen sowie ggf. bestimmte mehrjährige Kulturen. Zur Ackerfläche gehören auch Gartenbaukulturen sowie Flächen unter Gewächshäusern oder anderen festen oder beweglichen Abdeckungen (Ausnahme: Unterglasanbau von Dauerkulturen). Auch eingesätes oder natürliches Grünland zählt als Ackerland, wenn es im Rahmen einer Fruchtfolge weniger als fünf Jahre als solches genutzt wurde. Nicht zur Ackerfläche zählen Dauergrünland, Dauerkulturen (inklusive Hopfen).

Betriebsinhaber: Eine natürliche oder juristische Person oder eine Vereinigung natürlicher oder juristischer Personen, unabhängig davon, welchen rechtlichen Status die Vereinigung und ihre Mitglieder aufgrund nationalen Rechts haben, deren Betrieb sich im Gebiet der EU befindet und die eine landwirtschaftliche Tätigkeit ausübt.

Dauergrünland: Flächen, die durch Einsaat oder auf natürliche Weise (Selbstaussaat) zum Anbau von Gras oder anderen Grünfütterpflanzen genutzt werden und mindestens 5 Jahre lang nicht Bestandteil der Fruchtfolge des Betriebes sind (5-Jahres-Regelung). Hierzu zählt auch der ununterbrochene Anbau von Klee, Klee-gras, Luzerne, Gras und Klee-Luzerne-Gemischen bzw. das Wechselgrünland. Bezüglich der Regelungen in der Nitratrichtlinie zählen hierzu auch Wiesen und Weiden, die gemäß der 5-Jahres-Regelung noch kein Dauergrünland sind.

Dauerkulturen: Nicht in die Fruchtfolge einbezogene Kulturen außer Dauergrünland, die für die Dauer von mindestens fünf Jahren auf den Flächen verbleiben und wiederkehrende Erträge liefern, einschließlich Baumschulen und Niederwald mit Kurzumtrieb, mit Ausnahme der mehrjährigen landwirtschaftlichen Kulturen und Reb- und Baumschulen solcher mehrjährigen landwirtschaftlichen Kulturen.

Einzelanordnungen: Einzelfallbezogene, zu beachtende Maßnahmen, die dem Landwirt von der jeweils zuständigen Behörde mitgeteilt wurden bzw. werden.

Feuchtgebiete: In Deutschland werden als für die europäischen Vogelarten und damit für die Höhe der Direktzahlungen relevant folgende Feuchtbiotope angesehen: über die Biotopkartierung erfasste natürliche oder naturnahe Bereiche fließender und stehender Binnengewässer einschließlich ihrer Ufer und der dazugehörigen uferbegleitenden natürlichen oder naturnahen Vegetation (inkl. Sölle) sowie ihrer natürlichen oder naturnahe Verlandungsbereiche, Altarme und regelmäßig überschwemmte Bereiche einerseits, sowie Moore, Sümpfe, Röhrichte, seggen- und binsenreiche Nasswiesen, Quellbereiche und Binnenlandsalzstellen andererseits.

Futtermittelunternehmen: Alle Unternehmen, gleichgültig, ob sie auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind oder nicht und ob sie öffentlich oder privat sind, die an der Erzeugung, Herstellung, Verarbeitung, Lagerung, Beförderung oder dem Vertrieb von Futtermitteln beteiligt sind, einschließlich Erzeuger, die Futtermittel zur Verfütterung in ihrem eigenen Betrieb erzeugen, verarbeiten oder lagern.

Futtermittelunternehmer: Die natürlichen oder juristischen Personen, die dafür verantwortlich sind, dass die Anforderungen des Lebensmittelrechts in dem ihrer Kontrolle unterstehenden Futtermittelunternehmen erfüllt werden.

Landwirtschaftliche Fläche: Gesamtheit der Flächen an Ackerland, Dauergrünland und Dauerkulturen.

Landwirtschaftliche Tätigkeit: Die Erzeugung, die Zucht oder der Anbau landwirtschaftlicher Erzeugnisse, einschließlich Ernten, Melken, Zucht von Tieren und Haltung von Tieren für landwirtschaftliche Zwecke, oder die Erhaltung von Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand.

Lebensmittelunternehmen: Alle Unternehmen, gleichgültig, ob sie auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind oder nicht und ob sie öffentlich oder privat sind, die eine mit der Produktion, der Verarbeitung und dem Vertrieb von Lebensmitteln zusammenhängende Tätigkeit ausführen.

Lebensmittelunternehmer: Die natürlichen oder juristischen Personen, die dafür verantwortlich sind, dass die Anforderungen des Lebensmittelrechts in dem ihrer Kontrolle unterstehenden Lebensmittelunternehmen erfüllt werden.

Mehrjährige Kulturen: Folgende Kulturarten und Reb- und Baumschulen solcher mehrjährigen landwirtschaftlichen Kulturen: Artischocken, Spargel, Rhabarber, Himbeeren, Brombeeren, Maulbeeren, Loganbeeren, schwarze Johannisbeeren, weiße Johannisbeeren, rote Johannisbeeren, Stachelbeeren, Preiselbeeren, Heidelbeeren und andere Früchte der Gattung Vaccinium.

Vertragliche Vereinbarung: Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Land und dem Nutzungsberechtigten mit dem anstelle einer Schutzgebietsverordnung durch entsprechende Bestimmungen ein gleichwertiger Schutz in einem NATURA 2000-Gebiet gewährleistet wird.

2 Relevante Rechtsvorschriften

Die nachfolgenden Rechtsvorschriften gelten in ihrer jeweils aktuellen Fassung.

- ¹ Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe
- 2 Verordnung (EG) Nr. 796/2004 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen, zur Modulation und zum Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem nach der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe
- 3 Gesetz zur Regelung der Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen durch Landwirte im Rahmen gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über Direktzahlungen (Direktzahlungen-Verpflichtungengesetz - DirektZahlVerpflG)
- 4 Verordnung über die Grundsätze der Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung - DirektZahlVerpflV)
- 5 Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Vogelschutzrichtlinie)
- 6 Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie)
- 7 Nach Anh. III der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sind einerseits die Bestimmungen der Artikel (Art.) 3, Art. 4 Abs. 1, 2 und 4 sowie die Art. 5, 7 und 8 der Vogelschutzrichtlinie, andererseits die der Art. 6, 13, 15 und 22b der FFH-Richtlinie relevant
- 8 Grundlegende Rechtsvorschriften hierzu sind das Niedersächsische Naturschutzgesetz (NNatG), das Niedersächsische Jagdgesetz (NJagdG), die Gesetze über die Nationalparke „Harz“ und „Niedersächsisches Wattenmeer“, sowie das Gesetz über das Biosphärenreservat „Niedersächsische Elbtalaue“
- 9 Art. 6 Abs. 3 und 4 und Art. 7 FFH-Richtlinie
- 10 Art. 3 Vogelschutzrichtlinie
- 11 § 5 DirektZahlVerpflV
- 12 § 30 BNatSchG i.V.m. den jeweiligen landesrechtlichen Vorschriften
- 13 §§ 18 ff. BNatSchG i.V.m. den jeweiligen landesrechtlichen Vorschriften
- 14 § 42 BNatSchG sowie für einzelne Gebiete festgesetzte Schutzgebietsverordnungen
- 15 Art. 4 Vogelschutzrichtlinie
- 16 Art. 5 Vogelschutzrichtlinie
- 17 § 43 Abs. 4 BNatSchG sowie § 5 Abs. 4 bis 6 BNatSchG i.V.m. entsprechenden landesrechtlichen Regelungen
- 18 Art. 7 Vogelschutzrichtlinie, §22 Bundesjagdgesetz (BJagdG), §26 Niedersächsisches Jagdgesetz (NJagdG), siehe u.a. Verordnung über die Jagdzeiten des Bundes und die Nds. Verordnung über Jagdzeiten
- 19 Art. 8 Vogelschutzrichtlinie

- 20 §§ 52 Abs. 6 und 64 BNatSchG i.V.m. § 4 BArtSchV (Verbotene Handlungen, Verfahren und Geräte), § 19 BJagdG sowie § 24 NJagdG
- 21 Art. 6 Abs. 1 FFH-Richtlinie
- 22 Art. 6 Abs. 2 FFH-Richtlinie i.V.m. Landesrecht
- 23 Art. 13 FFH-Richtlinie
- 24 Siehe §§ 42, 43 Abs. 4 BNatSchG
- 25 Art. 15 FFH-Richtlinie
- 26 Die speziellen nationalen Regelungen zur Umsetzung dieser Verbote, die einerseits die Nutzung der in Anhang VI Buchstabe a) FFH-Richtlinie genannten Fang- und Tötungsgeräte sowie andererseits den Einsatz der in Anhang VI Buchstabe b) FFH-Richtlinie genannten Transportmittel zum Fang oder Töten betreffen, sind § 4 Bundesartenschutzverordnung und - für jagdbare Arten - § 19 Bundesjagdgesetz i.V.m. den landesrechtlichen Bestimmungen zu entnehmen. Derartige Mittel werden im Rahmen der guten fachlichen Praxis in Deutschland nicht eingesetzt; auch sind die in Anhang V aufgeführten Tierarten nicht Gegenstand landwirtschaftlicher Tätigkeiten
- 27 Art. 22 Buchstabe b FFH-Richtlinie
- 28 Fundstellen der aktuellen Fassungen in den jeweiligen Amtsblättern der Europäischen Gemeinschaften
- 29 Richtlinie 80/68/EWG des Rates über den Schutz des Grundwassers gegen Verschmutzung durch bestimmte gefährliche Stoffe (Grundwasserschutzrichtlinie)
- 30 Verordnung zur Umsetzung der EG-Richtlinie 80/68/EWG des Rates über den Schutz des Grundwassers gegen Verschmutzung durch bestimmte gefährliche Stoffe vom 18. März 1997
- 31 Klärschlammverordnung (AbfKlärV)
- 32 § 4 Abs. 1 AbfKlärV
- 33 § 3 Abs. 1 AbfKlärV
- 34 § 3 Abs. 4 AbfKlärV
- 35 § 4 Abs. 2 AbfKlärV
- 36 § 4 Abs. 3 AbfKlärV
- 37 § 4 Abs. 4 AbfKlärV
- 38 § 4 Abs. 5 AbfKlärV
- 39 § 4 Abs. 6 AbfKlärV
- 40 § 4 Abs. 7 AbfKlärV
- 41 § 4 Abs. 14 AbfKlärV
- 42 §§ 4 Abs. 8, 9, 10, 12 und 13 sowie 6 Abs. 1 und 2 AbfKlärV. Alle nachfolgend zitierten Rechtsvorschriften sind Bestandteil der AbfKlärV
- 43 § 4 Abs. 1 Düngeverordnung

- 44 § 3 Abs. 5 Düngeverordnung
- 45 § 3 Abs. 6 Düngeverordnung i. V. m. § 2 Abs. 3 Nds. Wassergesetz (NWG)
- 46 § 3 Abs. 7 Düngeverordnung
- 47 § 4 Abs. 5 Düngeverordnung
- 48 § 4 Abs. 4 Düngeverordnung
- 49 § 4 Abs. 3 Düngeverordnung
- 50 § 3 Abs. 1 bis 3 Düngeverordnung
- 51 § 5 Abs. 1 und 2 Düngeverordnung
- 52 Anlagen 3 und 4 Düngeverordnung
- 53 Richtlinie 92/102/EWG des Rates über die Kennzeichnung und Registrierung von Tieren, Art. 3, 4 und 5
- 54 Richtlinie 92/102/EWG des Rates über die Kennzeichnung und Registrierung von Tieren, Art. 3
- 55 Verordnung zum Schutz gegen die Verschleppung von Tierseuchen im Tierverkehr (Viehverkehrsverordnung -ViehVerkV)
- 56 Verordnung (EG) Nr. 911/2004 der Kommission zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1760/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Ohrmarken, Tierpässe und Bestandsregister: relevant sind Art. 6, 8 und 9 (diese Artikel der am 01.05.2004 in Kraft getretenen Verordnung entsprechen den Artikeln 6 und 8 der durch die genannte Verordnung abgelösten Verordnung (EG) Nr. 2629/97 der Kommission mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 820/97 des Rates im Hinblick auf Ohrmarken, Bestandsregister und Pässe im Rahmen des Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern
- 57 Verordnung (EG) Nr. 21/2004 des Rates zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Schafen und Ziegen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sowie der Richtlinien 92/102/EWG und 64/432/EWG, Art. 3, 4 und 5
- 58 Verordnung zum Schutz gegen die Verschleppung von Tierseuchen im Tierverkehr (Viehverkehrsverordnung -ViehVerkV)
- 59 § 24b ViehVerkV
- 60 § 24d ViehVerkV
- 61 § 24h ViehVerkV
- 62 § 24i ViehVerkV
- 63 § 24g ViehVerkV
- 64 § 19b ViehVerkV
- 65 § 24c ViehVerkV
- 66 § 19d ViehVerkV
- 67 Art. 4 der Verordnung (EG) Nr. 21/2004
- 68 Art. 5 der Verordnung (EG) Nr. 21/2004
- 69 Art. 6 der Verordnung (EG) Nr. 21/2004
- 70 Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, Art. 3 i.V. mit Art. 4
- 71 Gesetz zum Schutz der Kulturpflanzen (Pflanzenschutzgesetz - PflSchG)
- 72 Grundsätze für die Durchführung der guten fachlichen Praxis im Pflanzenschutz
- 73 § 1 Pflanzenschutz-Sachkundeverordnung
- 74 §§ 7, 7a der Verordnung über Pflanzenschutzmittel und Pflanzenschutzgeräte (Pflanzenschutzmittelverordnung)

- 75 § 6a Abs 1 Satz 1 Nr.1 i.V.m. § 18 Abs 1 Satz 1, § 18a Abs 4, § 18b Abs 1 Satz 1, § 11 Abs 2 Satz 1 Nr. 2 u. 3 PflSchG
- 76 § 6a Abs 1 Nr. 2 PflSchG
- 77 § 6 Abs 1 Satz 3 PflSchG
- 78 § 6 Abs 2 PflSchG
- 79 Verordnung über Anwendungsverbote für Pflanzenschutzmittel (Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung)
- 80 §§ 1 bis 4 Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung
- 81 Verordnung über die Anwendung bienengefährlicher Pflanzenschutzmittel (Bienenschutzverordnung)
- 82 § 2 Abs 1 Bienenschutzverordnung
- 83 § 2 Abs 2 Bienenschutzverordnung
- 84 § 2 Abs 4 Bienenschutzverordnung
- 85 § 2 Abs 3 Bienenschutzverordnung
- 86 Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung einer Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit
- 87 Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Lebensmittelhygiene., Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs
- 88 Verordnung (EG) Nr. 183/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Futtermittelhygiene
- 89 Art. 15 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002
- 90 Anlagen 5 und 5 a der Futtermittelverordnung
- 91 Anlage 6 der Futtermittelverordnung
- 92 Art. 20 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002
- 93 Art. 18 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002
- 94 Siehe Anhänge I und III der Verordnung (EG) Nr. 183/2005
- 95 Anhang I Teil A I Nr. 3 der Verordnung (EG) Nr. 183/2005
- 96 Anhang I Teil A I Nr. 4 der Verordnung (EG) Nr. 183/2005
- 97 Anhang I Teil A I Nr. 4 der Verordnung (EG) Nr. 183/2005
- 98 Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 183/2005
- 99 Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 183/2005
- 100 Art. 17 (1) der Verordnung (EG) Nr. 178/2002
- 101 Art. 4 Abs. 1 i. V. mit Anhang I, Teil A der Verordnung (EG) Nr. 852/2004
- 102 Art. 14 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002
- 103 Art. 19 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002
- 104 Art. 19 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002
- 105 Art. 18 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002
- 106 Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Lebensmittelhygiene
- 107 Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs, Anhang III, Abschnitt IX, Kapitel I
- 108 Verordnung (EG) Nr. 853/2004, Art. 3 Abs. 1 i. V. mit Anhang III Abschnitt IX Kapitel I Teil IIB
- 109 Verordnung (EG) Nr. 853/2004, Art. 3 Abs. 1 in Verbindung mit Anhang III Abschnitt IX Kapitel I Teil II C
- 110 Verordnung (EG) Nr. 853/2004, Art. 3 Abs. 1 in Verbindung mit Anhang III Abschnitt IX Kapitel I Teil III

- 111 Verordnung (EG) Nr. 853/2004, Art. 3 Abs. 1 in Verbindung mit Anhang III Abschnitt X Kapitel I
- 112 Richtlinie 96/22/EG des Rates vom 29. April 1996 über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe mit hormonaler bzw. thyreostatischer Wirkung und von β -Agonisten in der tierischen Erzeugung und zur Aufhebung der Richtlinien 81/602/EWG, 88/146/EWG und 88/299/EWG
- 113 Art. 7 der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (TSE-Verordnung)
- 114 Art. 7 in Verbindung mit Anhang IV Teil I der TSE-Verordnung
- 115 gemäß Anhang V Kapitel II der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002
- 116 Art. 7 in Verbindung mit Anhang IV Teil II Abschnitt A Buchstabe a der TSE-Verordnung
- 117 Art. 7 in Verbindung mit Anhang IV Teil II Abschnitt A Buchstabe b und c der TSE-Verordnung
- 118 Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (TSE-Verordnung)
- 119 Richtlinie 2003/85/EG des Rates zur Einführung von Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung von Maul- und Klauenseuche in Ablösung der Richtlinie 85/511/EWG des Rates zur Einführung von Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche
- 120 Richtlinie 92/119/EWG des Rates mit allgemeinen Gemeinschaftsmaßnahmen zur Bekämpfung bestimmter Tierseuchen sowie besonderen Maßnahmen bezüglich der vesikulären Schweinekrankheit
- 121 Richtlinie 2000/75/EG des Rates mit besonderen Bestimmungen für Maßnahmen zur Bekämpfung und Tilgung der Blauzungkrankheit
- 122 Tierseuchengesetz (TierSG)
- 123 Verordnung über anzeigepflichtige Tierseuchen
- 124 Art. 11 der Verordnung (EG) Nr. 999/2001, Art. 3 der Richtlinie 2003/85/EG, Art. 3 der Richtlinie 92/119/EWG und Art. 3 der Richtlinie 2000/75/EG
- 125 § 9 TierSG
- 126 Art. 12, 13 und 15 der TSE-Verordnung
- 127 Art. 12 der TSE-Verordnung
- 128 Art. 13 der TSE-Verordnung
- 129 Art. 15 Abs. 1 der TSE-Verordnung
- 130 Art. 15 Abs. 1 der TSE-Verordnung
- 131 Art. 15 Abs. 2 der TSE-Verordnung
- 132 Anlage 3 Düngeverordnung
- 133 Anlage 4 Düngeverordnung